

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 60 Wg. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Wg. (guldig 2 getragene Worte), jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenangebote und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 25 Wg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Wg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Wg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1876.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 27. Juli 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Der Krupp-Prozeß.

Daß es sich um einen Prozeß gegen die Firma Krupp handelt, mindestens handeln müßte, beweisen auch eingehende Mitteilungen, die das „Berliner Tageblatt“ über den am 31. Juli beginnenden Prozeß gegen Allan und Genossen macht.

Der Prozeß nach sich vor dem Kommandanturgericht die sieben Zeuggoffiziere auf der Anklagebank — in Wirklichkeit aber müßte der Prozeß geführt werden gegen die Anklage zu dem Verrat militärischer Geheimnisse, dessen sich die Angeklagten nach den Akten der Anklageschrift schuldig gemacht haben sollen.

Ob der Prozeß den Verlauf nehmen wird, den er nach der Ueberzeugung aller nicht mit geistigen Scheuklappen durch die Welt laufenden Menschen nehmen müßte? Der Gang der Verhandlungen wird es lehren. Das nur mag sich auch das Gericht gefast sein lassen, daß die Verhandlung dieses Prozesses von der Öffentlichkeit mit äußerster Aufmerksamkeit verfolgt wird und daß jede Absonderlichkeit pfligt gemäß gebucht werden.

Dem daß es im Augenblick für das Volk keine dringlichere und im nationalen Interesse gebotener Aufgabe gibt, als bei der Enttarnung der Krupp'schen Helferdienste zu leisten, ist für jedermann ohne weiteres klar, der da aus der parlamentarischen Geschichte weiß, daß wiederholt auch der Reichstag und Reichstagskommissionen geharnischte Befehle erhoben haben wegen der ungeheuerlichen Ueberlieferung des Deutschen Reiches bei den Kanonen- und Panzerplattenlieferungs-geschäften der Firma Krupp. Wozu dann noch das nicht minder nationale Interesse käme, Deutschland wenigstens von den schlimmsten Erscheinungen großkapitalistischer Korruption zu befreien.

Mit welcher peinlicher Aufmerksamkeit die Öffentlichkeit diesen Prozeß zu verfolgen hat, ergibt sich schon aus dem befreundlichen Nachrichtenpiel darüber, ob die Verhandlung der öffentlichen Kontrolle entzogen werden soll oder nicht.

Zuerst war da gemeldet worden, daß die Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden würden, da durch eine öffentliche Verhandlung die Interessen der Landesverteidigung gefährdet seien. Vermutlich war diese Mitteilung einer halbamtlichen Korrespondenz weniger auf eine Indiskretion als auf die Absicht zurückzuführen, die Stimmung der Öffentlichkeit erst einmal zu sondieren. Als daraufhin der schärfste Einspruch gegen solch ungeheuerliche Geheimnisthramerei erhoben wurde, erklärte das offiziöse Organ, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß das Kriegsministerium keineswegs eine Verhandlung hinter verschlossener Tür gewünscht habe. Nach ein paar Tagen wurde der Öffentlichkeit dann die Mitteilung gemacht, daß zwar das Kommandanturgericht völlig „unbeeinflusst“ über Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit entscheiden würde, daß aber sicherlich bei den 900 Einzelfällen die Öffentlichkeit aus rein sachlichen, eben im Interesse der Landesverteidigung liegenden Gründen ausgeschlossen werden müsse, und daß logischerweise dann auch bei den Plädoyers und der Urteilsbegründung Ausschluß der Öffentlichkeit zu gewärtigen sei.

Wir haben die Absurdität eines solch ganz unbegreiflichen Verfahrens, wie es da offenbar plausibel gemacht werden sollte, sofort gründlich nachgewiesen, und von amtlicher Stelle hat man bisher offenbar auch noch keine plausiblere Ausrede zu finden vermocht. Wohl aber wird jetzt in der Presse gemeldet, daß die Erklärung der offiziösen „Norddeutschen Allg. Zeitung“ eine geradezu unvorstellbare Unwahrheit gewesen sei. Daß nämlich in Wirklichkeit die Akten den Vermerk enthielten, das Kriegsministerium wünsche die Verhandlungen im Interesse der Landesverteidigung unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt zu sehen. Wenn schon die publizistische Vorgeschichte des Prozesses eine solche Fülle von Intrigen und Unwahrheiten aufzuweisen vermag, — wessen wird man sich dann erst bei den Verhandlungen selbst gewärtigen müssen!

Aus den Akten des Prozesses gibt das „Berliner Tageblatt“ die folgenden Mitteilungen wieder:

Am 17. Oktober vorigen Jahres übermittelte der Reichstagsabgeordnete Rechtsanwält Dr. Karl Liebknecht dem damaligen Kriegsminister v. Deering die Abschriften von 17 „Kornwalzen“, in denen wichtige geheime militärische Dinge enthalten waren. Als „Kornwalzen“ wurden die Geheimbehalte, die von der Berliner Filiale der Firma Krupp an das Hauptbureau nach Essen geschickt wurden, bezeichnet. Diese „Kornwalzen“ waren mit Schreibmaschine hergestellt, wurden nicht unterzeichnet und gingen auch nicht mit der gewöhnlichen Briefpost nach Essen, sondern sie wurden in einem besonderen Umschlag an eine eingeweihte Stelle dirigiert. Die Persönlichkeit, die diese Berichte zuerst in die Hand bekam, war ein Herr v. Dewig. Er besah eine Anzahl von Stempeln mit den Namen der Direktoren und setzte auf jeden Geheimbericht den Namen desjenigen Direktors, für den der Inhalt nach seiner Meinung Interesse hatte. Dann machten die Berichte die Runde und wurden schließlich in einem Geheimschrank aufbewahrt. Alljährlich einmal sollten die vorliegenden Berichte vernichtet werden. Auf diese Mitteilung des Abgeordneten

Liebknecht hin beauftragte der Kriegsminister die politische Polizei mit den Ermittlungen. Polizeirat Koch, der der politischen Polizei vorsteht, ließ das Haus Wohlstraße 18, in dem sich das Berliner Bureau der Firma Krupp befindet, beobachten, und bald waren zwanzig verdächtige Personen ermittelt. Unter ihnen befanden sich eine französische Sprachlehrerin und auch der Direktor eines Unternehmens des Fürst-Hohenlohe-Konzerns. Das Ergebnis der Ermittlungen wurde dem Kriegsminister unterbreitet, und es fand dann eine Beratung statt, an welcher der Vorsitzende der Artillerieprüfungskommission und der Feldzeugmeister teilnahmen. Es wurde beschlossen, die sieben am schwersten verdächtigen Personen zur gleichen Stunde festzunehmen.

Die sieben Personen, gegen die der Verdacht ein besonders schwerer war, sind folgende Militärbeamte:

1. Oberintendantsekretär A. Pfeiffer, Steglitz, Schildhornstr. 19, kommandiert zum Kriegsministerium,
2. Hauptmann Hoge, Charlottenburg, Spielhagenstr. 18, zugehört der Artillerieprüfungskommission,
3. Feuerwerker Droege, früher bei der Artillerieprüfungskommission, dann Angestellter der Firma Krupp,
4. Hauptmann Adolf Tillian, Spandau, Pichelsdorfer Straße 118, seit 1908 bei der Munitionsfabrik in Spandau,
5. Hauptmann Hinz vom Artilleriedepot in Marienburg,
6. Hauptmann Hellmuth Schleuder vom Artilleriedepot in Koblenz,
7. Feuerwerker Jürgen Schmidt.

Diese sieben Militärbeamten wurden am 7. Februar dieses Jahres vormittags 11 Uhr verhaftet. Am die gleiche Stunde beschlagnahmte der Untersuchungsrichter beim Landgericht I in Berlin, Landrichter Dr. Wegel, im Geheimschrank der Firma Krupp nahezu tausend „Kornwalzen“. An demselben Tage wurde auch der in der Berliner Filiale der Firma Krupp angestellte frühere Feuerwerksfeldwebel Max Brandt verhaftet, und es wurden bei ihm dreizehn Kisten mit Briefschaften und Akten mit Beschlagnahme belegt. Fast vier Monate dauerte die Untersuchung. Nachdem die Untersuchung beendet war, wurden zunächst die vier Zeuggoffiziere und die beiden Feuerwerker aus der Haft entlassen. Einige Zeit darauf wurde auch der Oberintendantsekretär und dann zuletzt Brandt auf freien Fuß gesetzt.

Die Anklage, die die Aufschrift „Weheim“ trägt und einen Umfang von 24 Seiten in Schreibmaschinenschrift hat, erging zu Anfang dieses Monats. Die Akten enthalten einen Vermerk, der dem Vernehmen nach, folgenden Wortlaut hat: „Das Kriegsministerium wünscht, daß die Verhandlung im Interesse der Landesverteidigung unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wird.“

Der Anklage liegen, soweit bekannt ist, folgende Tatsachen zugrunde: Bis zum Jahre 1900 bestand für die Firma Krupp keinerlei Konkurrenz. Als sich auch die Firma Ehrhardt um Aufträge des Kriegsministeriums zu bemühen begann, wurde man in Essen nervös. Da der damalige Leiter der Berliner Filiale, der inzwischen verstorbenen Direktor v. Schüb, krank war, setzte man ihm als Bureauvorsteher den in der Zentrale in Essen beschäftigten Herrn Brandt an die Seite. Brandts Verlegung erfolgte im Jahre 1906 auf Direktionsbeschl. Vor der Abreise nach Berlin befragte er den ihm unmittelbar vorgesetzten Direktor Eccius, was er in Berlin solle. Er erhielt eine Antwort, die mit seiner zukünftigen Beschäftigung nichts zu tun hatte. Erst in Berlin wurde er dahin aufgeklärt, daß seine Hauptaufgabe sein werde, den Verkehr mit den militärischen Unterbeamten, zu denen er ja aus seiner früheren Tätigkeit als Oberfeuerwerker und im Depot der Artillerieprüfungskommission die besten Beziehungen habe, zu pflegen und Nachrichten zu sammeln.

Das Einkommen Brandts betrug zu Anfang seiner Berliner Tätigkeit 9000 M. und wuchs schließlich auf 7000 M. jährlich. Außerdem waren ihm vom Direktorium als Repräsentationsgelder“ zuerst 2000 M. und schließlich 3500 M. jährlich bewilligt worden.

Die Untersuchung in der Angelegenheit ist auch auf einige Mitglieder des Direktoriums der Firma Krupp in Essen ausgedehnt worden. Nach den an den maßgebenden Stellen vorherrschenden Ansichten hält man es für wahrscheinlich, daß Mitglieder der Direktion der Firma Krupp, die auch in der am 31. d. M. beginnenden Verhandlung vor dem Kriegsgericht als Zeugen vernommen werden sollen, über den Ursprung der in den Geheimberichten mitgeteilten Tatsachen nicht im Zweifel sein konnten. Brandt soll von Essen aus direkte Aufträge erhalten haben, sich über dieses oder jenes zu informieren. Einmal soll sich Brandt bei einem Subdirektor, der zufällig in Berlin anwesend war, darüber bitter beklagt haben, er müsse so viel trinken und habe nichts von seinem Leben, und er wolle doch ein anständiger Mensch bleiben. Der Subdirektor habe ihm darauf erwidert: „Lun Sie denn was Unanständiges? Wenn das Mindeste passiert, sind Sie für uns erledigt! Werken Sie sich das!“ Auf den Bericht des Subdirektors hin soll dann beschlossen worden sein, Brandt von Berlin an eine andere Stelle zu versetzen. Diese Versetzung unterblieb jedoch. Brandt erhielt auch verschiedene Extragrattifikationen.

In der Verhandlung werden eine große Anzahl von Offizieren aller Chargen, Mitglieder der Direktion der Firma Krupp, frühere Direktoren der Firma Krupp und eine große Reihe militärischer Sachverständiger vernommen werden. Die Sachverständigen, hohe Militärs, werden sich darüber zu äußern haben, ob die in den Geheimberichten mitgeteilten Tatsachen im Interesse der Landesverteidigung geheimgehalten werden. Die Anklage ist wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Verrat militärischer Geheimnisse, wegen Verletzung und wegen Ungehorsams gegen militärische Befehle erhoben worden.

Für jedermann, der zu lesen versteht, ergibt sich aus diesen Mitteilungen, daß unipere Beurteilung der Angelegenheit, daß nämlich die Firma Krupp die Anklage

der ganzen Landesverratsaffäre ist, durchaus ins Zentrum trifft.

Dem ganz offenbar ist der ehemalige Oberfeuerwerker Brandt doch nur deshalb zu einem Geheimratsgehalt an die Stelle eines früheren höheren Beamten gesetzt worden, um gegen eine so hohe Bezahlung seine ehemaligen Beziehungen zu den Zeuggoffizieren nach Möglichkeit auszunutzen. Es verrät schon einen erstaunlichen Grad von Schamlosigkeit, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrem Abendblatt vom Sonnabend meint, daß Brandt bei einem Gehalt von 6000 bis 7000 M. und weiteren 2000 bis 3500 M. Repräsentationsgeldern ja wohl kaum besonders wichtige und geheime Mitteilungen habe erkaufen können. Herr Brandt hat ja auch noch Extragrattifikationen erhalten. Und außerdem ist es gerade der Trieb unseres kapitalistischen Ausbeutertums, just aus schlechtbezahlten Lohnslaven und kümmerlich besoldeten Beamten ein Höchstmaß von Ruhestoff herauszuschlagen. Im übrigen ist uns die Auffassung des Agrarierorgans nur willkommen. Wenn der pp. Brandt mit seinen kärglichen Bestechungsgeldern so wenig herauszuholen vermocht hat, war es erst recht unsinnig und unverantwortlich, die Öffentlichkeit auch nur bei einem Teile der Beweishebung auszuschließen!

Sonderbar berührt es bei diesem Prozeß vor allen Dingen auch, daß die Militärverwaltung es eiliger gehabt hat, die 7 Zeuggoffiziere (die man auch sonderbarerweise wieder, ohne irgendwelche Bestätigung für eine Verdunkelung des Tatbestandes zu hegen, aus der Haft entlassen hat!) zur Verantwortung zu ziehen, bevor dem Brandt, dem Ankläger selbst, auf Grund der doch beschlagnahmten so reichhaltigen Beweisdokumente seiner Bestechungs- und landesverräterischen Versuchaktionen der Prozeß gemacht wurde! Hätte nicht eine Verhandlung vor einem Zivilgericht gerade auch den Militärbehörden und Militärgerichten viel tiefer greifende Anhaltspunkte geben können? Oder hat man gerade eine Voruntersuchung durch bürgerliche Gerichte vermeiden wollen? Hat man etwa die Feststellungen und damit möglichst definitive Umgrenzungen des Untersuchungsgebietes dem Militärgericht reservieren wollen?!

Auch das sind Fragen, die durchaus in die Kruppaffäre hineinspielen und die noch gründlichere Erörterung verdienen. Aber auch so wird die Öffentlichkeit nichts verabsäumen, um eine Verdunkelung des wirklichen Tatbestandes zu verhindern!

## Rumänien der Friedensstifter.

Aus Bukarest wird uns vom 23. Juli geschrieben:

Nach den ersten Tagen einer künstlich angefehten Begeisterung, nach den „riesigen“ Kriegsdemonstrationen der Interessenten, an denen Kinder, Reugierige und Leute, die in ihrem ganzen Leben nicht daran dachten, eine Waffe zu tragen, teilnahmen, sind wir zu einer neuen Periode der Gleichgültigkeit übergegangen. — Die Erregung wird bloß von Zeit zu Zeit von den Zeitungen, die sich ohne Parteiunterschied der Regierung verschrieben haben und deren Aktion unterstützen, aufgepeitscht.

Die Presse fügt sich sogar, ohne Bewilligung der Zensur keine Nachrichten vom „Kriegsschauplatz“ zu geben, obwohl ein Belagerungszustand nicht dekretiert wurde. — Die Nachrichten, die hier bekannt werden, sind ganz unbestimmt und erwecken kein Interesse mehr. —

Die Mobilmachung hat das ökonomische Leben des Landes größtenteils aufgelöst. Viele beginnen zu fragen, ob die ganze Kraftentfaltung Rumäniens der Mühe wert war im Verhältnis zu dem angerichteten Schaden. —

Das offiziöse Blatt der liberalen Partei „Vitorul“, sowie das Blatt des früheren Landwirtschaftsministers „Epoca“, beides kriegerische Blätter, begnügen sich nicht mehr mit der mäßigen Förderung der sogenannten strategischen Linie Turcuia-Doibric-Balcic, sondern verlangen das ganze Bieder, einschließlich der Städte Ruzschan, Varna, sowie auch den Distrikt Vidin, wo Rumänen in größerer Anzahl vorhanden seien.

Wenn die Regierung sich von diesen gefährlichen Lodungen verführen läßt, und dem bekannten Sprichworte, daß „der Appetit während des Essens kommt“ folgt, ist es schwer zu ersehen, wohin die hervorgerufenen Konflikte auf der Balkanhalbinsel führen werden.

Rumänien trägt heute die Maske des Friedensstifters und sein Gebaren wird als ein Verdienst von der ausländischen Presse und der öffentlichen Meinung gefeiert. Niemand aber hat sich gefragt, ob eine Oligarchie und besonders die rumänische Oligarchie fähig ist, eine uneigennütige Friedenspolitik zu treiben.

Die ganze Aktion Rumäniens ist auf das Anstreben Rumäniens inszeniert worden. Unsere sogenannten Politiker verlangten, daß man schon am Anfang des Balkankrieges diesen Schritt machen sollte. Damals hatte uns Rußland aber gebindert. Die Ereignisse waren damals auch für die rumänische Oligarchie eine Ueberraschung. Alle Vorbereitungen, Rüstungen und militärischen Maßnahmen wurden erst seit dieser Zeit getroffen.

Wir befinden uns heute in vollem Kriegszustande, obwohl die Bulgaren der rumänischen Armee noch keine Gelegenheiten gaben, einen Waffenerfolg zu verzeichnen. Nirgends fanden wir Widerstand. —

Unter dem Anscheine der Friedensvermittlung verbarge aber die rumänische Oligarchie die Absicht, das vergrößerte und siegreiche Bulgarien, das ganz Europa moralisch imponierte, zu demütigen. Sie konnte nicht dulden, daß auf der Balkanhalbinsel Bulgarien das schwerste Gewicht habe. —

Diese Eroberungs- und Friedenspolitik wird aber Rumänien teuer zu bezahlen haben. Bulgarien wird in Zukunft alles daran setzen, gegen Rumänien zu agitieren und den von Rumänien jetzt „eroberten“ Boden zurückzuführen. — Ohne Not ist eine effah-lathringische Frage des Orients geschaffen worden. Den ungeheuren bisherigen Militärausgaben des neuen Kurzes in Rumänien werden andere folgen. Anstatt einer vernünftigen Politik, die als Zweck haben müßte, das Volk zu heben, seine mangelhaften elementaren Schulkenntnisse aufzubessern, das allgemeine Wahlrecht einzuführen, — werden wir einen unaufhörlichen Millionenkrieg zur „Verteidigung der Nation“ erleben.

Die rumänische sozialdemokratische Partei hat seit Anfang des Balkankrieges einen unaufhörlichen Kampf gegen alle Kriegshetze der interessierten Parteien und deren Presse geführt. —

An dem Tage der Dekretierung der Mobilmachung wurde in Konstantinopel ein Manifest verteilt, worin die Partei gegen den Krieg im allgemeinen und besonders gegen einen Krieg gegen Bulgarien heftig protestiert. Es wurde ausführlich dargelegt, in welche Gefahr die rumänische Oligarchie die Interessen des Volkes stürzt. An demselben Tage wurde auf Veranlassung der Partei die Arbeit in sämtlichen Fabriken der Hauptstadt als Zeichen des Protestes eingestellt. Die einberufene Versammlung, die sich bestimmt zu einer tiefen Demonstration gestaltet hätte, wurde von der Polizei mit Gewalt aufgelöst.

Anlässlich der Kriegserklärung, hat das Zentralblatt der Partei „România Muncitoare“ nachstehende Erklärung des Exekutivkomitees erscheinen lassen:

„Wir betrachten es als unsere Pflicht, zu erklären, daß wir entsprechend unserer ganzen Tätigkeit als Sozialdemokraten, als Verteidiger der jetzigen sowie der zukünftigen Interessen der Arbeiterklasse, wie auch des gesamten rumänischen Volkes, welche Gemeinschaft mit der Regierung und den Parteien, die das Land in einen Krieg treiben, zurückweisen. Wir brandmarken die Haltung der regierenden, sowie auch der sogenannten unabhängigen Presse, die von Klassen-, Partei- oder gemeinen Handelsinteressen getrieben, auf den Massenhaß spekuliert und die Völker gegeneinander aufhetzt.“

In demselben Augenblick, wo die ganze rumänische Oligarchie sich einmütig erhebt, um ihr enges Klasseninteresse, ihre angreifende, überfallende Politik durchzuführen, ist die rumänische Sozialdemokratie stolz, die Fahne der Brüderlichkeit, des Friedens und der Zivilisation zu erheben.“

Die Ereignisse haben unsere Partei fast völlig aufgelöst, da sämtliche Mitglieder unter die Waffen gerufen wurden. Hoffentlich werden wir in der nächsten Zukunft, wenn endlich wieder Frieden herrscht, durch eine energische Propaganda Ruhen ziehen und den Zweckerreben der rumänischen Oligarchie ein Ende bereiten.

**Warum Serbien und Griechenland keinen Waffenstillstand wollen.**

Athen, 25. Juli. (Meldung der Agence d'Athènes.) Maßgebende Kreise behaupten, daß in Athen und Belgrad der Druck von russischer und österreichischer Seite andauere. Sowohl Griechenland als auch Serbien hätten schon wiederholt, sobald der erste freundschaftliche Vermittlungsversuch von Seiten Russlands erfolgte, erklärt, daß sie die Vermittlung dankbar annähmen, und gleichzeitig ihre Delegierten ernannt, welche die Friedenspräliminarien erörtern sollten. Griechenland und Serbien hätten sich keineswegs geweigert, es sei Bulgarien, das den Frieden zurückweise, nicht die Verbündeten. Denn während die Verbündeten vom Frieden sprächen, spreche Bulgarien vom Waffenstillstand. Waffenstillstand bedeute nicht Frieden. Wenn Bulgarien aufrichtig Frieden schließen wolle, warum weigere es sich dann, die aufgestellten Bedingungen zu erörtern, warum wolle es vor den Besprechungen einen Waffenstillstand? Warum weigere sich Bulgarien sogar, die Bedingungen der Verbündeten anzuhören. Man sage, durch den Vormarsch der Truppen der Verbündeten seien die Ordnung in Sofia und der Thron des Königs Ferdinand bedroht. Aber die Bulgaren können Thron und Ordnung retten, wenn sie erklären, daß sie die Bedingungen der Sieger annähmen. Folglich müßten sich die Mächte vielmehr an Sofia und nicht an Athen und Belgrad wenden. Sobald Sofia erkläre, daß es die Bedingungen der Verbündeten annehme, wie es schon die Bedingungen Rumaniens angenommen habe, werde der Waffenstillstand abgeschlossen werden. Sonst sei nichts zu hoffen.

**Das friedfertige Bulgarien.**

Sofia, 26. Juli. Gegenüber den Mitteilungen, daß Serbien die Einstellung der Feindseligkeiten mit dem Hinweis verweigere, daß die bulgarischen Truppen lebhafte serbische Ortshäuser angegriffen hätten, stellt die Agence Bulgare fest, daß die bulgarischen Truppen schon am 10. Juli in Befolgung eines durch politische Rücksichten bedingten Befehles sich aus dem serbischen Gebiet in die Gegend von Rapana, Kula und Bjelogradschil zurückgezogen und selber in diesen Gegenden keinen Angriff unternommen haben, während die Serben am 17. Juli in bulgarisches Gebiet einbrangen und Tschupreni und Tergowischte besetzten. Andererseits erhielten die gegen Jaribrod und Pirov operierenden Truppen am 7. Juli Befehl, sich auf bulgarisches Gebiet zurückzuziehen. Als die Serben in der ersten Hälfte des Juli auf der Linie Blasina-Bateriga in bulgarisches Gebiet einbrangen, beschränkten sich die Bulgaren darauf, sie zurückzudrängen, was erst gestern vollständig gelang. Die von serbischer Seite aufgestellte Behauptung, daß die Bulgaren lebhafte serbische Gebiet angegriffen hätten, ist somit vollständig unbegründet. Sie ist erfinden, um die Verweigerung der Einstellung der Feindseligkeiten zu erklären, welche von allen außer Serbien und Griechenland herbeigesehnt wird.

**Die Türkei appelliert an Europa.**

Konstantinopel, 25. Juli. Ein offizielles Communiqué erinnert an die erste Erklärung Europas beim Beginn des Krieges der Türkei mit den Balkanstaaten, in welcher das Prinzip der allgemeinen Integrität der Türkei proklamiert worden sei. Man könne nicht glauben, daß Europa, das es ablehnte, in dem Konflikt zwischen den früheren Verbündeten zu intervenieren, die Türkei sollte zwingen wollen, zu vergessen, daß Thrazien muslimanisches Gebiet und Adrianopel seine ehemalige Hauptstadt sei. Die muslimanische Welt hätte es niemals begriffen, daß die Fortie inmitten aller Massaker ihre muslimanischen Brüder in Thrazien nicht rettete. Die jetzigen Ereignisse hätten bereits eine so große Rückwirkung auf die asiatische Türkei ausgeübt, als daß man glauben konnte, Europa wolle die Kluft zwischen der muslimanischen und der christlichen Welt vergrößern.

**Zu den Friedensverhandlungen in Bukarest.**

Bukarest, 26. Juli. Die Bevollmächtigten Serbiens, Griechenlands und Montenegros haben heute früh Belgrad an Bord eines Dampfers verlassen und sich nach Bukarest begeben, wo sie Montag ein treffen werden. Benešic wurde persönlich eingeladen, hat jedoch den Tag seiner Ankunft noch nicht bestimmt. Bulgarien erklärte sich bereit, Bevollmächtigte zu ernennen.

**Zurückziehung der türkischen Truppen von bulgarischem Gebiet.**

Konstantinopel, 26. Juli. Auf die telegraphisch ausgesprochene Bitte des bulgarischen Ministers des Äußern Schevadiev, den türkischen Truppen Befehl zum Rückzug zu geben, hat der Großvezir erwidert, daß nur einige Rekognoszierungsabteilungen die alte türkisch-bulgarische Grenze überschritten hätten und auf Anordnung des Generalissimus bereits wieder zurückgezogen worden seien.

**Die Griechen in Dedeagatsch.**

Athen, 26. Juli. Freitag früh ist Dedeagatsch von Landungstruppen eines griechischen Geschwaders besetzt worden. Admiral Coundouriotis erklärte den in Dedeagatsch befindlichen Konsuln der Mächte, Dedeagatsch werde besetzt aus militärischen Gründen und um einen Schutz für die griechische Bevölkerung Thraziens gegen die bulgarischen Ausschreitungen zu schaffen.

## Die Fleischnot steigt.

Das zweite Vierteljahrheft der Statistik des Deutschen Reiches bringt eine Uebersicht über die Ergebnisse der Fleischschau, aus welcher die Zahl der im Deutschen Reich in den letzten Jahren geschlachteten Tiere ersichtlich ist. Diese Statistik erbringt aufs neue den Beweis für die ohnehin schon bekannte Tatsache, daß die Fleischversorgung des deutschen Volkes in den letzten Jahren rapide zurückgegangen ist. Die nachstehende Tabelle gibt Auskunft über die Zahl der Schlachtungen, getrennt nach den einzelnen Vieharten.

	Veshaupflichtige Schlachtungen im Jahre			
	1907	1909	1911	1912
Pferde und andere Einhufer . . . . .	186 273	152 214	151 990	178 961
Ochsen . . . . .	575 449	623 358	561 049	523 149
Stullen . . . . .	428 449	513 124	428 019	421 772
Rühe . . . . .	1 590 793	1 801 408	1 777 000	1 727 621
Jungvinder über 3 Monate alt . . . . .	938 710	1 180 191	983 600	961 452
Rälber bis 3 Monate alt . . . . .	4 371 379	5 144 011	4 596 163	4 360 826
Schweine . . . . .	16 397 934	15 573 171	18 616 434	18 199 343
Schafe . . . . .	2 185 926	2 477 104	2 240 452	2 233 423
Ziegen . . . . .	494 698	516 292	498 700	467 858
Hunde . . . . .	6 472	6 990	6 553	8 132

Das herborstehendste Moment in dieser Statistik ist die starke Zunahme der Pferde- und Hundeschlachtungen. Während im Jahre 1910 erst 149 098 Pferde für den menschlichen Genuß geschlachtet wurden, stieg die Zahl der „Schlachtpferde“ im Jahre 1912 auf 178 961. Noch rapider ist die Steigerung der Zahl der geschlachteten Hunde, die nach einem vorübergehenden Rückgang im Jahre 1911, im Jahre 1912 auf 8132 gestiegen ist. Bei allen anderen Tierarten ist seit dem Jahre 1909 ein fast ununterbrochener Rückgang der Schlachtungen zu konstatieren. Im Vergleich zu dem Jahre 1911 zeigt nur die Zahl der geschlachteten Schafe eine kleine Steigerung, aber selbst bei dieser Tiergattung bleibt die Zahl der Schlachtungen noch erheblich hinter den Zahlen von 1909 und 1910 zurück.

Dabei ist keinerlei Aussicht auf Besserung vorhanden. Das gleiche Gese der Reichsstatistik bringt auch die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischschau im ersten Vierteljahr 1913, aus welcher die folgende Tabelle zusammengestellt ist.

	Veshaupflichtige Schlachtungen im ersten Vierteljahre:			
	1909	1911	1912	1913
Pferde und andere Einhufer . . . . .	89 757	89 293	43 596	48 280
Ochsen . . . . .	148 911	143 180	182 431	126 524
Stullen . . . . .	124 688	102 620	97 172	110 942
Rühe . . . . .	441 088	437 499	459 087	419 079
Jungvinder über 3 Monate alt . . . . .	281 281	199 396	210 588	199 137
Rälber unter 3 Monate alt . . . . .	1 149 668	1 064 607	1 144 613	1 089 717
Schweine . . . . .	4 041 913	4 532 816	4 973 859	4 349 243
Schafe . . . . .	483 537	464 999	467 465	451 096
Ziegen . . . . .	118 879	198 194	111 084	131 149
Hunde . . . . .	2 455	2 180	2 441	2 517

Diese Tabelle zeigt im wesentlichen die gleiche Tendenz, wie die vorige: im Jahre 1913 ist die Zahl der Schlachtungen weiter zurückgegangen. Abgesehen von den Stullen, die eine geringe Steigerung aufweisen, sind es wiederum nur die Pferde und Hunde, die in größeren Mengen zur Schlachtbank gebracht wurden. Da in der gleichen Zeit auch noch die Einfuhr von ausländischem Fleisch und Vieh zurückgegangen ist, kann die Preissteigerung gegenüber dem Vorjahre nicht wundernehmen. Nur die „Deutsche Tageszeitung“ scheint noch immer nicht begreifen zu wollen, daß die Teuerung zum großen Teil eine Folge des Fleischmangels ist.

Verständigt man, daß die Bevölkerung des Deutschen Reiches jährlich um etwa eine Million zunimmt, dann kann man sich erst ein Bild davon machen, wie sehr die Ernährung des deutschen Volkes leidet. Der geringe Auftrieb von Schlachtvieh, der die Fleischpreise zu schwindelhafter Höhe treibt, kommt aber unseren Agrariern vortrefflich zustatten. Um den Profit dieser habfüchtigen Klasse nicht zu schmälern, vermeldet es die Regierung sorgfältig, durch die Öffnung der Grenzen für eine ausreichende Zufuhr von Fleischmahrung Sorge zu tragen. Für den Fleischhunger des Volkes hat die Regierung nur Hohn. War es doch der preussische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer, der die Rahrhaftigkeit und den Wohlgeschmack des Pferdefleisches rühmte. Vom Hundefleisch hat er in dem Zusammenhang nicht gesprochen, aber jedenfalls ist er davon überzeugt, daß auch dieses Nahrungsmittel für das arbeitende Volk gut genug sei. Die starke Zunahme der Pferde- und Hundeschlachtungen wird er vermutlich als einen Beweis für die von ihm aufgestellte Behauptung in Anspruch nehmen. In Wirklichkeit ist aber die Statistik der Schlachtungen nur ein neuer Beleg für das strapulose System rein agrarischer Förderung, mit dem in Preußen-Deutschland regiert wird.

Wie sind nun die Aussichten für die Zukunft zu beurteilen? Wir wiesen schon vor kurzem darauf hin, daß seit einiger Zeit die Preise weiter steigen und zurzeit bereits höher sind als im Sommer des Vorjahres. Die neuesten Angaben der „Statistischen Korrespondenz“ über die Preise in der ersten Hälfte des Juli befähigen das. Man gabte durchschnittlich für ein Kilo (in Pfennigen):

	1909	1912	1913
Rindfleisch . . . . .	186	182	180
Kalbfleisch . . . . .	172	196	201
Lammfleisch . . . . .	169	189	202
Schweinefleisch . . . . .	156	164	165
Schinken . . . . .	—	354	379
Speck . . . . .	179	184	192
Pferdefleisch . . . . .	75	80	91

Die Preissteigerung gegenüber dem Vorjahre beträgt also bei Kalbfleisch 5 Pfennige, für Lammfleisch 13 Pfennige, für Schinken 25 Pfennige, für Speck 8 Pfennige, für Pferdefleisch 11 Pfennige. Die Ungeheuerlichkeit dieser nackten Zahlen wird umso klarer, wenn man sich erinnert, daß für den Juli vergangenen Jahres bereits, wenn auch widerwillig, von der Regierung und selbst den Konservativen, die Existenz eines Notstandes zugegeben wurde. Heute stehen wir vor noch schlimmeren Daten. Aber die Regierung rührt sich nicht zur Abhilfe. Dafür läßt sie durch Presse-notizen ihre Absicht kundgeben, den Wucherzolltarif von 1902 unverändert über das Jahr 1917 hinaus zu verlängern, und die Hochschulgölner plädieren sogar für eine mindestens 5prozentige Erhöhung der Gölle. Um so dringender werden die breiten Massen eine Revision des Zolltarifs im Sinne eines Abbaus der Gölle und für den Augenblick wenigstens die Beseitigung der Gölle auf die notwendigen Nahrungsmittel Vieh und Fleisch fordern.

## Politische Uebersicht.

**Wahlprotest.**

Gegen die Wahl des Genossen Gwald im Wahlkreise Jüterbog-Luckenwalde haben die Freikonserverativen Protest erhoben. Sie stützen ihren Protest in der Hauptsache darauf, daß die Inassen der Heilstätte Veelth zur Wahl zugelassen worden sind. Die Verfügung des Regierungspräsidenten in Potsdam, daß diese Patienten in die Wählerliste aufzunehmen seien, wird als rechtsungültig bezeichnet, weil sie im Widerspruch mit der Rechtsprechung höchster Gerichte stehe. Weiter wird erklärt, daß der größte Teil der Patienten der Lungenheilstätte bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 tatsächlich das Wahlrecht in Berlin ausgeübt hat. Letztere Tatsache lasse erkennen, daß das Mandat des Herrn von Oerthy zu Unrecht vom Reichstag kassiert worden sei, denn es sei völlig unzulässig, dem Heilstätte-Patienten ein doppeltes Wahlrecht zu gewähren.

Der Wahlprotest wird den Freikonserverativen nichts helfen. Das Mandat des Herrn v. Oerthy ist allerdings deshalb für ungültig erklärt worden, weil die Ortsbehörde in Veelth es abgelehnt hatte, die wahlberechtigten Patienten der Heilstätte Veelth in die Wählerliste aufzunehmen; aber ob ein Teil der Patienten dann schließlich in Berlin gewählt hat oder nicht, ist vollständig gleichgültig. Man kann ein halbes Duzend Wohnsitze haben und deshalb auch in ebenso viele Wählerlisten eingetragen sein, aber das Wahlrecht darf nur einmal und nur an einem Ort ausgeübt werden. Zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten wohnten die Patienten in Veelth, mußten also, wenn gleich sie auch in Berlin einen Wohnsitz hatten, in die Wählerliste aufgenommen werden. Sie konnten sich dann entscheiden, ob sie entweder in Berlin oder in Veelth zur Wahl gehen wollten. Ihnen das Wahlrecht in Veelth zu nehmen, war gesetzwidrig. Diesen Standpunkt hat die Mehrheit des Reichstags vertreten, und deshalb wurde das Mandat des Herrn v. Oerthy als ungültig erklärt.

Wenn nun der Wahlprotest behauptet, daß die Aufnahme der Veelther Patienten in die Wählerliste im Widerspruch stehe mit der Rechtsprechung höchster Gerichte, so ist auch diese Beweisführung nicht schlüssig. Höher als die Gerichte steht das Recht des Reichstags, die Legitimation seiner Mitglieder selbst zu prüfen. Daraus ergibt sich, daß der Reichstag in der Auslegung des Wahlrechts völlig autonom ist, und daß ihm insbesondere ein Gerichtshof keinerlei Vorschriften zu machen hat. Wir wollen nur daran erinnern, daß z. B. der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie seine Agitatoren, die er bei einer Nachwahl in einem Wahlkreis einsetzt, direkt amweist, sich dort in die Wählerliste einzutragen zu lassen. Diese Leute haben auch noch stets das Wahlrecht ausgeübt, eben weil sie einen mehrfachen Wohnsitz gehabt haben. Was man bei den Reichsverbändlern für zulässig erachtet, das soll den kranken Arbeitern verweigert werden. Diese Auffassung entspricht völlig konserverativer Ansicht, wonach der Arbeiter unter allen Umständen ein Staatsbürger milderer Rechts sein müsse. Wenn die Konserverativen keine anderen Gründe für die Wahlanfechtung haben, dann werden sie allerdings eine glatte Abweisung erleben müssen.

**Landwirtschaft und Landarbeiter.**

In der „Königlichen Zeitung“ macht ein konserverativer Landwirt aus Pommern Vorschläge zur Milderung der Rentennot. Jahraus jahrein gögen die besseren unter den Landarbeitern in die Stadt, und was einmal dort sei, lehre nach alter Erfahrung nicht wieder. Bis jetzt sei es den Landwirten gelungen, mit Hilfe ausländischer Arbeiter die größte Not einigermaßen abzumenden — ein Hilfsmittel, das aus manchen Gründen zu verwerfen sei. Vielfach seien die Landwirte nicht in der Lage, die heimischen Arbeiter zu halten aus Mangel an Wohnungen:

Es gibt Gebiete, in denen gegenwärtig eine Arbeiternot aus Mangel an Arbeitern gar nicht zu spüren ist, wohl aber aus Mangel an Wohnungen. Es ist nicht zu viel behauptet, daß in diesen Gegenden der junge Nachwuchs gezwungen ist, die ländliche Heimat zu verlassen, weil für ihn keine geeignete Wohnung auf dem Gute zu finden ist. Muß es da nicht eigenartig berühren, daß die Landwirte die höheren Preise für die landwirtschaftlichen Produkte dazu benutzen, einander die Bodenpreise in die Höhe zu treiben, anstatt dringende Restorationen vorzunehmen, wozu ja doch in erster Linie der Bau von Arbeiterwohnungen gehören sollte. . . . Dann allerdings muß es sich der deutsche Großgrundbesitzer gefallen lassen, wenn ihm der Vorwurf gemacht wird, daß er nicht nur das Land entvölkere, sondern auch die deutsche Landwirtschaft internationalisiere.

Auf den Artikel des pommerschen Landwirts erhält die „Königliche Zeitung“ eine Erwiderung von der Lokalabteilung Köln des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, worin die Angaben des pommerschen Grundbesitzers bestritten werden. Dagegen kommt nun wieder die „Königliche Zeitung“ mit einer Erwiderung, aus der besonders ein Satz von Bedeutung ist. Der pommersche Landwirt hatte auf die Gefahr hingewiesen, die aus der Beschäftigung zahlreicher ausländischer Arbeiter für die deutsche Landwirtschaft im Falle eines Krieges entstehen können, worauf die „Königliche Zeitung“ ergänzend bemerkt:

Dazu kommt die wachsende Agitation unter den Landarbeitern, die von den Sozialdemokraten ausgeht, immer stärker wird und in dem Maße zunehmen wird, als keine Schritte aus der Landwirtschaft selbst heraus zugunsten der Arbeiter getroffen. Folgen Angaben über das Wachstum des Landarbeiterverbandes. In demselben Maße aber, wie dieser sozialdemokratisch geleitete Verband steigen wird, wird der Grundbesitz gezwungen werden, sich mit der Verbesserung der Arbeiterverhältnisse zu beschäftigen. Diesen auf-

ziehenden Gefahren wollte der konservative Verfasser unserer Zeitschrift begegnen, indem er für eine schnelle Reform der Lohn-, Lohn- und Rechtsverhältnisse der Landarbeiter eintrat.

Mit anderen Worten: Die Arbeiter selber erweisen sich durch ihre Organisation als der treibende Keil — wie den Industriellen, so auch jetzt den Agrariern gegenüber. Die „Königliche Zeitung“ sieht die Radikalisierung der Landarbeiter als eine „Gefahr“ für die Landwirtschaft an. Das ist sie gewiß nicht, ebensowenig wie die Organisation der Industriearbeiter ein Schaden für die Industrie gewesen ist. Die Aufklärung und der Zusammenschluß der Landarbeiter wären höchstens eine Gefahr für die Selbst- und Herrschaft der Agrarier, und wenn die eingeschränkt würde, könnte das der Landwirtschaft und der Allgemeinheit nur von Nutzen sein. Im übrigen aber möge die „Königliche Zeitung“ nicht glauben, durch Reformen und Reformen dem Erwachen und der Sammlung der Landarbeiter Einhalt zu tun. Das hat die Sozialreform bei den Industriearbeitern nicht fertig gebracht und es wird auch in der Landwirtschaft nicht geschehen.

### Titelschacher in Deutschland.

Eine Anzahl rheinischer Großindustrieller erhielt vor kurzer Zeit von Berlin aus Zuschriften, in denen ihnen Hoflieferantentitel angeboten wurden. Der Vermittler erklärte, daß er in der Lage sei, durch eine entsprechende finanzielle Entschädigung diesen Titel für die Geldgeber zu erwirken. Einige Großindustrielle haben dann das Material der Staatsanwaltschaft übergeben und erhielten nunmehr vom Oberstaatsanwalt in Köln die verblichene Mitteilung, daß man gegen den Briefschreiber mit einer Anklage nicht vorgehen könne, da er hinreichende Beweise erbringen konnte, daß er tatsächlich in der Lage sei, solche Titel zu verschaffen. Der Tarif des unternehmenden Mannes bewegt sich zwischen 4000 und 20 000 M.

### Katholisches Turnen.

Es wird schöner mit jedem Tag! Nun sollen auch die Bauweilen, Antrieben usw. katholisch eingetrichert werden. Daraus sind den — interkonfessionellen, neutralen Turnvereinen! (Nicht in streng katholische Turnvereine, in denen man vor dem Einschmuggeln evangelischer oder gar konfessionsloser Weisheit und Hochsprünge geschützt ist!) — Auf der in Köln abgehaltenen Generalversammlung der Präfides katholischer Gesellenvereine beschäftigte man sich auch mit dem Taufeltern des konfessionslosen Turnens. Folgender Beschluß wurde angenommen:

„Die Generalversammlung anerkennt den gesundheitlichen und sittlichen Wert der Leibesübungen, bebauert aber lebhaft die in den letzten Jahren insbesondere bei interkonfessionellen Vereinigungen fast hervorgetretene Ueberschätzung derselben als Mittel zur Erziehung der heranwachsenden Jugend und lehnt grundsätzlich die übertriebene Pflege des Sports ab. Zur Pflege der Leibesübungen und zur systematischen Vorbereitung auf die Wehrzeit empfiehlt die Generalversammlung die Gründung von Turnabteilungen in den Gesellenvereinen und wünscht den Zusammenschluß dieser Turnabteilungen zu Bezirksverbänden, wenn möglich im Verein mit den Turnabteilungen der anderen katholischen Ständevereine, lehnt aber den korporativen Anschluß der Turnabteilungen an interkonfessionelle Verbände, die sich die Pflege der Leibesübungen zur ausschließlichen Aufgabe machen, grundsätzlich ab. Die Generalversammlung empfiehlt die Errichtung einer gemeinsamen Zentralstelle zur Pflege der Leibesübungen in den Gesellenvereinen, Jugendvereinen und den anderen katholischen Ständevereinen.“

Rätselhafte bleibt nur: Warum kommt kein Pflafer auf den naheliegenden Gedanken, katholische Unternehmerverbände zu fordern sowie Vereine katholischer Rechtsanwälte, Großindustrieller, Bankiers, Bauunternehmer usw.? Warum duldet man, daß katholische Scharfmacher in trauriger Gemeinschaft mit protestantischen, jüdischen, atheïstischen Vertretern kapitalistischer Interessen sich gegen Arbeiter verbünden? Solcher interkonfessionellen Verbände für die Gottesmänner nicht, ihr heiliger Eifer dient nur der Erhaltung und Förderung der — Ausbeuterordnung!

### Der landesgefährliche Strohhut.

Die chauvinistischen Gewalttaten des Sonderburger Landrats haben wieder einmal die Aufmerksamkeit der breiten deutschen Öffentlichkeit auf Nord-Schleswig gelenkt, wo eine kleine Schar von friedlichen und kulturliebenden dänischen Bauern von preussischer Junkerpolitik mißhandelt wird.

Da es den halbtürkischen Herrschaften aber unmöglich angenehm sein kann, in ihrer nassen Blöße vor dem deutschen Volk zu stehen, haben sie augenblicklich einen wahren Heißhunger auf Bomben, durch die sich der böhmische Fanatismus belegen ließe. Es ist bekannt, daß man im Zustand des Heißhunger wenig wählerisch ist und daraus mag es sich erklären, daß sie augenblicklich nicht einmal ein Wortchen von geradezu himmelschreiender Gleichgültigkeit verschmähen.

Um zu verhindern, daß der läppische Insult in Form einer chauvinistischen Lüge durch die Presse marschiere und gleichzeitig um die Mittel aufzubeden, mit denen der „böhmische Fanatismus“ zuhande gebracht wird, sei hier die an sich heitere Sache mitgeteilt. In dem nordschleswigschen Dorfe Vedstedt war ein Reservist auf Besuch, der mit seiner Familie der streng religiösen „inneren Mission“ angehört.

Die „innere Mission“ ist schon darum gegen jeden Nationalismus im schlechten Sinne des Wortes gefeilt, weil sie das himmlische Heil über das irdische stellt.

In der Organisation der „inneren Mission“ leben Deutsche und Dänen zusammen und ein im ganzen Lande bekannter deutscher Geistlicher ist ihr erfahrener Führer.

Der Reservist also, der aus diesem religiösen Kreis hervorgegangen war, litt an heftigen Kopfschmerzen und hatte sich von seiner Mutter bereden lassen, einen Strohhut aufzusetzen, als er in die ganz nahe gelegene Kirche ging. Es würde ja keinem Menschen auffallen, meinte die Mutter.

Die Mutter kannte aber weder die berufsmäßigen Denunzianten des nordschleswigschen Nationalismus noch die journalistischen Organe derselben noblen Geistesrichtung: Ein katolisches Blättchen fernierte die schändliche Geschichte seinen Lesern und schrieb nach Verlesung des Bannes, der die preussische Uniform verhöhnt habe. Da so berechtigter Wunsch aber in Preußen selten unerfüllt bleiben, erhielt der Reservist für den eine politische Demonstration während des Gottesdienstes an einem für ihn heiligen Ort geradezu ein Frevel geübt wäre, 14 Tage strengen Arrest aufgebürdet.

Und augenblicklich marschiert dieser Vorgang, der lediglich für das schmutzige preussische Denunziantentum bezeichnend ist, als ein Beweis für den „böhmischen Fanatismus“ durch die Presse.

Es wird gut sein, den elenden Schwindel aufzudecken bevor die anonymen Korrespondenzen des Nationalismus ihn in ihrer wahrheitsliebenden Art für chauvinistische Zwecke ausgeschlachtet beginnen.

### Die unerbittliche Militärjustiz.

Zu der ungeheuerlichen Strafe von acht Jahren Gefängnis verurteilte das Oberkriegsgericht des 4. Armeekorps zu Magdeburg den Militärgefangenen Karl Arends. Arends ist im 31. Lebensjahre und wurde vor fünf Jahren als unfruchtbarer Kantionist eingezogen. Bis dahin war er völlig unbestraft. Beim Kommissar wendete sich jedoch das Blatt: in den Militärjahren hat er sich nicht weniger als 69 Disziplinar- und 7 gerichtliche Strafen zugezogen! Vor dem Oberkriegsgericht hatte er sich wegen zahlreicher (1) Fälle von tätlichen Angriffen auf Vorgesetzte, Widerstand, Achtungsverletzung und anderer militärischer Delikte zu verantworten. Der Angeklagte hatte u. a. bei einem Fluchtwort, den er gelegentlich seiner Ueberführung vom Lazarett nach dem Arrestausführung, einem ihm entgegenstehenden Feldwebel eine

Puffstie ins Gesicht geworfen, einem Sergeanten hatte er mit einem Ziegelstein droht u. dgl. mehr. Der Widerstand wurde darin gefunden, daß er wiederholt Reueäußerungen wie: „Rührt mich nicht an, ich kann gewaltig schlecht werden!“ oder: „Ich folge nicht mehr; ich will meine Freiheit haben!“ den Vorgesetzten gegenüber getan hatte.

Der Angeklagte gab die ihm zur Last gelegten Straftaten reiflos zu, behauptete aber, geistig nicht normal zu sein; gegen Sergeanten z. B. befehle ihn stets ein Koller. Des Geständnisses wegen verzichtete das Gericht auf die Vernehmung von Zeugen und hörte nur zwei ärztliche Sachverständige, die den bebauerten Menschen auf seinen Geisteszustand untersucht, aber nichts Anormales gefunden hatten.

Der Anklagevertreter beantragte 10 Jahre Gefängnis und Entfernung aus dem Heere, während der Verteidiger der geringen Bildung des Angeklagten wegen bat, nicht über das Mindeststrafmaß hinauszuweisen. Das Gericht erkannte, wie erwähnt, auf acht Jahre Gefängnis und Entfernung aus dem Heere.

Ob nicht doch ein Kranter dem Gefängnis überantwortet ist?

### Wie man Soldatenmißhandlungen andröttet.

Vor dem Kriegsgericht in Straßburg i. E. wurde am Freitag gegen den Hauptmann Derichs wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt verhandelt. Der Hauptmann hatte zwei Soldaten, die über den Japanstreich hinaus ausgeblieben waren, mit drei und fünf Tagen Haft bestraft und außerdem angeordnet, daß beide Soldaten jeden Abend mit Gewehr und feldmarschmäßig ausgerüstetem Tornister einen 20 Kilometer langen Marsch auszuführen hätten. Am zweiten Tage brach einer dieser beiden Soldaten gleich hinter den Toren der Stadt Straßburg ohnmächtig zusammen und mußte nach dem Lazarett gebracht werden. Wegen dieser Maßnahmen wurde der Hauptmann zu fünf Tagen Stubenarrest verurteilt. — Der Anklagevertreter hatte 48 Tage Gefängnis beantragt.

### Oesterreich.

#### Aus Kroatien.

Der Banus Juraß hat abgewirtschaftet. Zum Agl. Kommissar wurde der Graf Bejatschewitsch ernannt und in dem betr. Schreiben hofft der Kaiser-König auf baldige Wiederherstellung der normalen Zustände, allerdings bei Aufrechterhaltung der staatsrechtlichen Gemeinschaft mit dem den Südslawen tief verhaßten Ungarn.

#### Der böhmische Staatsstreich.

In der Landeskasse des Königreichs Böhmen werden am 1. August noch 15 000 Kronen sein. Der Oberlandmarschall (Landtagspräsident) Prinz Lobkowitz hat genug von der Landesverwaltung und geht. Eine vielleicht nur aus Beamten bestehende Verwaltungskommission wird die Kutatel über das der Verfassung beraubte schöne und reiche Land ausüben. Vielleicht wird auch ein neues Landtagswahlrecht oktroyiert, das den Kurien der Großgrundbesitzer, Städtebourgeois und Bauern eine Arbeiterkurie mit etwa 40 Mandaten (zu den jetzigen 262 der Besitzenden) hinzufügt. So weit hat es der bürgerliche Nationalismus gebracht.

Prag, 26. Juli. Die dem konservativen Großgrundbesitz angehörenden Mitglieder des Landesauschusses haben in der Landesausschussung vom 23. Juli im Anschluß an die Erklärungen des Oberlandmarschalls die Niederlegung ihrer Mandate erklärt mit der Bemerkung, daß diese Niederlegung gleichzeitig mit der Annahme der Demission des Oberlandmarschalls in Wirksamkeit zu treten habe.

Wien, 26. Juli. Die morgige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben an den Ministerpräsidenten Grafen Stürgß, in dem der Kaiser in landesherrlicher Fürsorge für das Königreich Böhmen, dessen autonome Verwaltung nunmehr zum völligen Stillstand gekommen ist, kraft seiner Regentenpflicht Anordnungen getroffen hat, welche die Fortführung dieser Verwaltung in die Hand von Persönlichkeiten seiner Wahl legen und durch Erschiebung einzelner zur Deckung des dringendsten Bedarfs bestimmten Einnahmequellen ermöglichen sollen. Das Amtsblatt veröffentlicht weiter ein kaiserliches Patent, durch das die Auflösung des böhmischen Landtags verfügt und die Regierung damit betraut wird, im geeigneten Zeitpunkt Neuwahlen vorzunehmen. Ein weiteres kaiserliches Patent setzt eine aus Beamten bestehende Landesverwaltungskommission ein, zu deren Präsident das bisherige Mitglied des böhmischen Landesauschusses und Vizepräsident des Reichsgerichts Graf Schönborn ernannt wird. In demselben Patent wird die Erhöhung gewisser Landessteuerzuschläge und die Einführung einer Bieraufschlag als Hilfsmittel für die Fortführung des Landeshaushaltes verfügt.

### Italien.

#### Was der Militarismus verschlingt.

Rom, 24. Juli. (Fig. Ver.) Die „Gazzetta Ufficiale“ veröffentlicht einen Uebersicht über die Situation des Schatzes am 30. Juni 1913. Es geht daraus hervor, daß die Gesamtausgaben des Gebirgsjahres 1912/13 8 174 703 856 Lire betragen, von denen mehr als dritte Teil, nämlich 1 088 154 862 Lire für Heer und Marine draufgegangen sind, 250 Millionen mehr als im Vorjahre. Ueber eine Milliarde Militärausgaben in einem Jahre! Und da wundern man sich, wenn für Arbeiterversicherung und Uebermachungen das Geld fehlt!

### Marokko.

#### Vom Kampf zwischen Spaniern und Kabylern.

Paris, 26. Juli. Nach einer Madrider Meldung wurde eine spanische Truppenabteilung bei Ceuta von Kabylern überfallen. Ein Offizier und fünf Mann wurden getötet und fünf Mann verwundet. Die Angreifer wurden schließlich in die Flucht geschlagen.

### China.

#### Eine Niederlage der südkoreanischen Revolutionäre.

Schanghai, 26. Juli. Die Einnahme von Hsi-Chow-fu durch die Nordtruppen wird amtlich bestätigt. Auf die Ergreifung des Generals Huangshing, sei er tot oder lebend, sollen 200 000 Taels ausgesetzt worden sein. Die Besatzung der Wufungforts hat sich den Nordtruppen angeschlossen.

Dankau, 26. Juli. Nach Meldungen aus Kuitiang haben die Nordtruppen gestern allgemein den Vormarsch begonnen und die Aufständischen sich in Unordnung zurückgezogen. Die Nordtruppen überschritten den Fluß und besetzten die Elefantinsel, von wo aus sie die Gulawforts zu beschießen begannen.

Heute erbat ein tausend Ausländer, meist Frauen und Kinder, in Kuling Schiffe zu ihrem Schutz.

#### Schutz der Fremden in Schanghai.

Schanghai, 26. Juli. (W. T. B.) Mit Rücksicht auf die im Lande und in den Vorstädten von Schanghai umherziehenden Streikkräfte der Aufrechter ist heute früh in einer Versammlung des Konsularkorps der städtischen Behörden beschlossen worden, Matrosen zu landen und eine Postenkette um die Fremdenniederlassung einzurichten. Auch an beiden Enden der Sudowbucht und an den Grenzen der Niederlassung sind Posten aufgestellt worden, die den Be-

schl erhalten haben, den Durchzug der Aufrechter zu hindern. In der Stadt ist eine Bekannmachung veröffentlicht worden, die den Kriegführenden und allen sich aktiv an dem Aufrechter Beteiligten angezeigt, daß die Niederlassung für sie geschlossen ist.

## Aus Industrie und Handel.

Zur Beurteilung der Handelsstatistik. Wie wenig man die Angaben der offiziellen Statistiken über den Außenhandel als absolut zuverlässig betrachten darf, zeigt ein Vergleich der Zahlen über den deutsch-russischen Handelsverkehr in der russischen und deutschen Statistik. Die Differenzen sind umso interessanter, als die Erneuerung des Handelsvertrages zwischen den beiden Ländern bereits lebhaft erörtert wird. Russlands Ausfuhr nach Deutschland beträgt (in Millionen Mark):

	russische Statistik	deutsche Statistik
1911	1079	1634 Mill. Mark
1912	998	1828
	— 81	— 106 Mill. Mark

Beide Angaben konstatieren eine Verminderung der russischen Ausfuhr. In der deutschen Statistik erscheint aber die russische Ausfuhr bedeutend höher. Noch größer fallen die Differenzen in den Angaben über Russlands Einfuhr aus Deutschland aus:

	russische Statistik	deutsche Statistik
1911	1049	625 Mill. Mark
1912	1144	679
	+ 95	+ 54 Mill. Mark

Es konstatieren beide Statistiken eine Zunahme der russischen Einfuhr aus Deutschland, aber nach deutschen Angaben ist sie fast doppelt so groß als nach russischen. Vergleicht man nun noch Einfuhr und Ausfuhr mit einander, so ergibt sich folgendes überraschende Ergebnis: Nach der russischen Statistik ist die Einfuhr Russlands größer als die Ausfuhr nach Deutschland (die russische Handelsbilanz wäre also passiv), nach der deutschen Statistik führt Russland aber mehr nach Deutschland aus als es von dort einführt (Russlands Bilanz wäre demnach aktiv). Solch erhebliche Unstimmigkeiten müßten durch zweckmäßige internationale Abmachungen über die Technik der Zollstatistik vermieden werden.

(Siehe auch erste Beilage.)

## Aus der Partei.

### Ein sozialdemokratischer Landrat.

Infolge der erfolgten Eingemeindung der Vororte Reckhausen und Hochzoll zur Stadt Augsburg hat die Stadt Kurat für einen weiteren Vertreter im Landrat für Schwaben und Neuburg erhalten. In der durch die beiden städtischen Kollegien vorgenommenen Wahl wurde mit den Stimmen der Liberalen ein Sozialdemokrat, der Gewerkschaftssekretär Genosse Bernthaler als sechster Vertreter in den Landrat gewählt, ebenso ist der gewählte Erjaymann ein Sozialdemokrat.

Mit der Wahl des Genossen Bernthaler zieht der erste Sozialdemokrat in den schwäbischen Landrat ein, eine Korporation, die über die Verwendung der Mittel des Regierungsbezirks Schwaben und Neuburg zu beschließen hat und deren Zusammensetzung an Rückständigkeit nicht mehr übertroffen werden kann. Die Landräte in Bayern entsprechen den Kreistagen in Preußen.

Fortschritt im Süden Oesterreichs. Unsere italienischen Genossen in der Rätienprovinz Görz-Gradiska konnten jetzt ihre Stimmenszahl bei den Landtagswahlen auf 934 steigern, während sie 1909 erst 1285 erlangt hatten. Die sozialdemokratischen Wähler sind zu einem erheblichen Teil Bauern.

## Letzte Nachrichten.

### Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.

Belgrad, 26. Juli. (W. T. B.) Wie verlautet, werden nach einem neuerlich getroffenen Uebereinkommen die militärischen Verhandlungen über den Waffenstillstand in Nisch parallel mit den Friedensverhandlungen in Bukarest gepflogen werden.

### Die Cholera in Saloniki.

Triest, 26. Juli. (W. T. B.) Amtlichen Berichten zufolge ist in Saloniki die Cholera ausgebrochen, daher werden alle Provenienzen aus den Häfen längs des Küstengebietes, welches sich vom Bosporus bis zum Golf von Saloniki und zwar bis zur alten griechischen Grenze erstreckt, gemäß den einschlägigen restriktiven Bestimmungen behandelt werden.

### Umfang der Cholera in Serbien.

Belgrad, 26. Juli. (W. T. B.) Amtlichen Berichten zufolge wurden innerhalb des Königreichs Serbien im ganzen bisher vierhundert Cholerafälle festgestellt, wovon 161 tödlich verliefen. Unter den an Cholera erkrankten Personen befinden sich 348 Soldaten, unter den an Cholera verstorbenen 183 Soldaten. In Belgrad wurden bisher insgesamt 118 Choleraerkrankungen festgestellt, von denen 48 tödlich verliefen, davon sind 106 beim 42 Soldaten.

### Schweres Automobilunglück.

Schweinfurt, 26. Juli. (W. T. B.) Ein Hamburger Automobil wurde heute auf der Straße Bernad-Schmadenwerth infolge Klagens des Pneumatics gegen einen Baum geschleudert und vollständig zertrümmert. Von den Insassen wurde der Redakteur Johann Waber aus Hamburg getötet, drei Hamburger Herren wurden schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

### Zugzusammenstoß.

Thale (Harz), 26. Juli. (W. T. B.) Heute nachmittags um 4 Uhr fuhr der Sitzzug 377 beim Rangieren mit derartiger Gewalt auf einen stehenden leeren Personenzug, daß sämtliche Sitzwagen beschädigt und der Vordröwen zertrümmert in die Höhe gedrückt wurde. Ein Rangierer wurde schwer verletzt.

### Raubmord im Eisenbahnzuge.

Darmstadt, 26. Juli. (W. T. B.) In einem Abteil zweiter Klasse des Personenzuges Frankfurt-Heidelberg wurde heute nachmittags ein Mann tot und anscheinend beraubt aufgefunden.

Der Tote der ist der Kaufmann Brechner aus Darmstadt. Brechner war nachgewiesenermaßen gegen 12 Uhr mittags in Langen in den Zug nach Frankfurt gestiegen und dann von Frankfurt wieder zurückgekehrt.

### Die Eisenbahnkatastrophe in Dänemark.

Kopenhagen, 26. Juli. (W. T. B.) Bei dem Eisenbahnunglück bei Ebbjerg sind folgende Deutsche ums Leben gekommen. Richard Wellner aus Dresden, der Opernsänger Borré aus Düsseldorf, Arthur Wellner aus Berlin. Unter den Toten befindet sich ferner ein Knabe mit Namen Certhelner und ein Knabe, dessen Tschentuch mit den Buchstaben H. J. gezeichnet ist. Bei dem letzteren ist es zweifelhaft, ob er ein Deutscher oder Engländer ist. Unter den Schwerverwundeten befinden sich folgende Deutsche: Frau Opernsänger Borré und Frau Elisabeth Wellner-Dresden; unter den Leichtverletzten Frau Margarete Krause und ihr Sohn Arno Krause-Berlin, Wielandstraße und Frau Frida Kohl-Berlin.

# A. WERTHEIM



LEIPZIGER STRASSE  
KÖNIG-STRASSE

Schriftliche Bestellungen sind an die  
Versand-Abteilung Berlin W.66 zu richten.

ROSENTHALER STR.  
ORANIEN-STRASSE



## GROSSER VERKAUF

### Reise- u. Uebergangs-Hüte

Weicher Loden-Gamin mit Tuch-Bandanz . . . . .	3.50	Schwarze Lack-Kappe mit weichem Rand . . . . .	2.40
Loden-Mütze neue Form, mit Kordel . . . . .	3.25	Elegantes Toque mit farbigem Rips-Kopf, schwarzem Lack-Rand und Tüll-Schmetterling . . . . .	4.75
Filz-Velour-Kappe weich, mit Lack-Schmetterling und Einfassung . . . . .	3.65	Sammet-Wagner-Kappe mit farbigem Sammetband . . . . .	6.25
Neuester Lack-Rembrandt mit grosser Lack-Garnitur . . . . .	3.65	Sammet-Rundhut neueste Form, weicher Kopf mit Tüll und grossem Jet-Schmetterling . . . . .	15.50

### Damen-Wäsche

Taghemden mit Stickerei . . . . .	1.80, 1.95	Taghemden Fassonschnitt mit Stickerei . . . . .	2.45	<b>Garnituren:</b>
Nachthemden mit Stickerei-Volant u. Umlegekrag . . . . .	4.00, 4.50	Nachthemden halbfrei m. Stickerei . . . . .	3.60, 5.00	Taghemden mit Stickerei-Ein- und Ansatz . . . . .
Beinkleider Renforcé mit Stickerei-Volant . . . . .	1.70 bis 2.60	Beinkleider dazu passend . . . . .	2.50, 2.90	Taghemden mit Stickerei und Spitze reich garniert . . . . .
		Nachthemden dazu passend . . . . .	7.50	Beinkleider dazu passend . . . . .

Besonders preiswert:

<b>Wollmusselin-Blusen</b> reich garniert, ganz gefüttert, verschiedene Fassons . . . . .	Serie I	3.75	Serie II	4.90	Serie III	5.90
---	---------	------	----------	------	-----------	------

### Wäschestoffe

Hemdentuch kräftige Qualität Mtr. . . . .	36, 50 Pf.	Bettdamast Deckbettbreite Mtr. . . . .	1.10, 1.35
Renforcé feinfädig . . . Mtr. . . . .	45, 53 Pf.	Laken - Halbleinen kräftige Qual., 150 cm br., Mtr. . . . .	1.20, 1.40
Louisianatuch Kissenbreite Mtr. . . . .	50, 57 Pf.	Laken - Daulas kräftige Qualität, ca. 150 cm breit . Mtr. . . . .	95 Pf.
Louisianatuch Deckbettbreite, Mtr. . . . .	80, 95 Pf.	Bettdamast Kissenbr., Mtr. . . . .	68, 90 Pf.
Bettdamast . . . . .			

### Schürzen

Hausschürzen blau-weiss mit Besatz . . . . .	95 Pf.	Blusenschürzen blau-weiss, doppelseitig, mit Besatz . . . . .	1.50
gestreift Gingang mit Blenden . . . . .	1.20	Tändelschürzen mit Achselbändern weiss Batist mit Stickerei . . . . .	95 Pf.
blau-weiss doppelseitig mit Besatz . . . . .	1.45	gestreift Batist, mit Stick.-Ein- u. Ansatz . . . . .	1.20
Blusenschürzen blau-weiss gepunkt . . . . .	95 Pf.	gestreift Batist, reich garniert . . . . .	1.45
gestreift Gingang mit Blenden . . . . .	1.10		

Ganz besondere Gelegenheit: Ein Posten

<b>Wasch-Kostümrocke</b> aus imit. Leinen oder Rips, glatt oder garniert, moderne Fassung . . . . .	Serie I	2.50	Serie II	3.50
---	---------	------	----------	------



## „Hoffnung“

Berliner Schneider-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)  
gegründet von organisierten Schneidergehilfen  
Berlin N.  
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager  
fertiger

**Anzüge**  
und  
**Sommer-Paletots,**  
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen.  
Kinder-Anzüge in allen Größen.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft  
Berlin und Umgegend.

Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.

## Phänomen

Qualitäts  
Cigarette



Achten Sie darauf, daß Sie den echten  
**Grimm & Triepel Kautabak**  
erhalten.

Firmenzettel  
um jede Stange — in jeder Rolle.

## Spitzenwäsche

Stickereien, Gardinen, Waschseide sowie alle zarten Stoffe, die keine rauhe Behandlung beim Waschen vertragen, werden vollkommen rein, blendend weiss und wie neu durch

### Persil das selbsttätige Waschmittel

wäscht von selbst, ohne Reiben und Bürsten, daher grösste Schonung des Gewebes.  
Beste Ersatz für Rasenbleiche.

Überall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda.

### Der neue Liberalismus.

Eine Feststellung.

Genossin Luxemburg behauptet seit einigen Monaten, ich hätte das „Vorwärts“ unmittelbar nach den letzten Reichstagswahlen durch das Schlagwort vom „neuen Liberalismus“ trügerische Illusionen in bezug auf die Entwicklung der bürgerlichen Parteien geweckt.

Ich hätte zu viel zu tun, wollte ich jede falsche Behauptung über mich richtig stellen. Ich schwieg daher. Da die Genossin Luxemburg aber erst jüngst in einer Berliner Versammlung wieder die gleiche Beschuldigung äußerte, würde mein Schweigen den Eindruck erwecken, als hätte ich mich wirklich niemals so trügerischer Illusionen über den Liberalismus schuldig gemacht. Dieser Legendenbildung möchte ich vorbeugen.

Die Genossin Luxemburg ist vorsichtig genug, bestimmte Zitate zu vermeiden. Es würde ihr schwer fallen, eines vorzubringen, das ihre Behauptung stütze. Das ist gefagt habe, ist folgendes.

In einem Artikel des „Vorwärts“ über den „neuen Liberalismus und den neuen Mittelstand“ vom 25. Februar 1912 wies ich auf die soziale und politische Bedeutung hin, die der sogenannte „neue Mittelstand“ gewinnt, die Intellektuellen und Angestellten, die immer zahlreicher werden, aber auch immer mehr in Gegensatz zum Kapitalismus geraten und doch sich zunächst eher dem Liberalismus anschließen als uns. Das sei eine Erscheinung, die nicht spurlos am Liberalismus vorbeigehen werde.

Ich fuhr fort:

„Man darf sehr wohl mit der Möglichkeit rechnen, daß der Liberalismus sich umbildet, und zwar in der Richtung nach links.“

Diesen Satz wird wohl Genossin Luxemburg als Beweis für ihre Behauptung in Anspruch nehmen. Inbezug fuhr ich gleich fort:

„Es wäre jedoch höchst voreilig, wollte man von mehr als einer Möglichkeit reden oder gar schon mit dieser Umbildung als einer vollzogenen Tatsache rechnen. Vorläufig handelt es sich nur um eine Erscheinung, die man zu beobachten hat, die man nicht mit ein paar wegweisenden Worten abtun darf, die uns unter Umständen noch recht nützlich werden kann — aber von da bis zu jener demokratischen Revolution durch den Liberalismus, von der mancher träumt, ist noch ein weiter Weg.“

Vergessen wir nicht, daß die Umbildung des Liberalismus die verschiedensten Formen annehmen kann. Sie kann wohl dahin führen, daß seine radikalsten Elemente die Oberhand gewinnen und der Liberalismus dauernd eine entschiedene Kampfesstellung einnimmt, uns tatkräftig bei der Eroberung demokratischer und sozialer Reformen unterstützt. Sie kann aber ebenfug dahin führen, daß die Gegensätze innerhalb des Liberalismus sich zuspitzen und seine Politik lähmender, unzuverlässiger, haltloser wird als je, wenn keine Seite über die andere das entscheidende Übergewicht erlangt. Sie kann eine völlige Zerstückelung des Liberalismus herbeiführen, sie kann aber auch zur Folge haben, daß innerhalb des Liberalismus die kapitalistischen, konservativen Elemente den intellektuellen, vorwärtsdrängenden Elementen energischer als bisher entgegenzutreten, diese überwinden und den Liberalismus noch konservativer gestalten, als er schon geworden war. Endlich ist es aber auch möglich, daß ein kluger Rattenjäger à la Bülow die mißgewordenen Intellektuellen wieder einfängt und durch ein paar Zunderströiche zähmt, so daß sie sich ebenso geduldig wie 1907 wieder an den Regierungssparten spannen lassen.

Alle diese Eventualitäten sind möglich und darum wäre nichts verkehrter, als wenn wir das Schicksal unserer Partei von dem des Liberalismus abhängig machen, mit ihm in eine engere Gemeinschaft treten oder um feinetwillen auch nur ein Zuspätkommen unserer bisherigen Taktik aufgeben wollten.

Man vergesse nicht, daß der Liberalismus trotz der fortschreitenden Zunahme der Angestellten in seinen Reihen immer noch sehr stark mit kapitalistischen Elementen durchsetzt bleibt. Vor allem aber vergesse man nicht, daß der „neue Mittelstand“ eben deshalb, weil er ein Mittelstand ist und eine Mittelstellung zwischen zwei Klassen einnimmt, ebenso zwischen einerseits und andererseits hin und her schwankt, wie es der alte Mittelstand tat.“

Man sieht also, ich warnte damals vor den Illusionen jener Genossen, die aus der liberalen Abstimmung bei der Präsidentenwahl neue Argumente für einen Großblock der Linken zu gewinnen gedachten. Im weiteren Fortgang des Artikels aber wies ich auf die Notwendigkeit einer energischen sozialdemokratischen Propaganda unter den Angestellten hin, von denen ein immer größerer Teil in rein proletarische Existenzbedingungen versinkt. Mein Artikel galt viel mehr den Angestellten als den Liberalen.

Ich schloß mit folgenden Worten:

„Neue Waffen (soziale Reformen) oder (wenn er darin verzagt) neue Rekruten oder beides vermag uns der neue Reichstag zu bringen. Drei große Gebiete der Rekrutierung haben wir uns zu erschließen. Gelingt es uns, die Zentrumsarbeiter aus den kirchlichen Nesteln zu befreien, die östlichen Landarbeiter gegen den Terrorismus der Konservativen zu wappnen, und treibt uns liberale Schwäche die große Masse des neuen Mittelstandes in die Arme, so haben wir die Weisheit des deutschen Volkes gewonnen und unserer weiteren Vormarsch wird unübersehblich.“

Die Liberalen haben jetzt die Wahl, mit uns im Kampfe gegen Zentrum und Konservative soziale und demokratische Reformen durchzusetzen, die den Parteien der Rechten ihre letzten Arbeiterwähler nehmen, oder in diesem Kampfe zu versagen und dann um so rascher den besten Teil ihrer eigenen Kraft an uns zu verlieren.

Ob so oder so, wir haben nur zu gewinnen, wenn wir uns selbst treu bleiben.“

Das sind die Ausführungen, die Genossin Luxemburg jetzt als „trügerische Illusionen“ über den Liberalismus bezeichnen. Ich halte diese Ausführungen heute noch für ebenso richtig, wie damals, als sie geschrieben wurden, habe kein Wort davon zurückzunehmen; als sie geschrieben wurden, habe kein Wort davon zurückzunehmen; als sie geschrieben wurden, habe kein Wort davon zurückzunehmen; als sie geschrieben wurden, habe kein Wort davon zurückzunehmen.

Und die Kennzeichnung der Art, in der Genossin Luxemburg meinen Gedankengang wiedergibt, kann ich getrost dem Urteil der Leser überlassen.

R. Kautsky.

### Das Massenstreikproblem.

In Nr. 41 und 42 der „Neuen Zeit“ nimmt Genosse Kautsky ebenfalls Stellung zur Massenstreikfrage. Er knüpft seine Erörterungen unter der Spitzmarke „Nachgedanken an den nachdenklichen Betrachtungen“ an die mehrfach hier erwähnten „nachdenklichen Betrachtungen“ des Genossen Meerfeld und an die Diskussion über die Haltung der Fraktion zur Behrvoilage sowie an die preußische Wahlrechtsfrage an und führt in Nr. 41 u. a. aus: „... auch die Frage über die drohende Verumpfung der

Partei so alt wie sie selbst. Seit vierzig Jahren hören wir sie immer wieder, und dabei marschieren wir eüstig daran. Da wird man etwas abgestumpft gegen diese Klage. Dafür schelten mich auch meine Freunde einen Optimisten. Mein Optimismus hat indes bisher immer recht behalten. Ich sehe keine Ursache, ihn abzulegen.

Kein Zweifel, es ist im Parteileben augenblicklich ein gewisser Stillstand zu verzeichnen, der an manchem Ort sogar zu einem Rückgang der Abonnentenzahlen der Parteipresse und der Mitgliederzahlen der Parteioorganisationen geführt hat. Das ist sicher nicht erfreulich, aber noch lange keine bedenkliche Erscheinung.

Für einen Proletarier bedeutet es ein gewaltiges Opfer an Zeit und Geld, wenn er Mitglied einer Parteioorganisation ist. Diese Opfer entspringen reinem Idealismus, sie werden nicht wie bei den Gewerkschaften durch materielle Gegenleistungen ausgemogelt. Wir dürfen daher nie erwarten, daß unsere Parteimitgliedschaften jemals die Stärke der Gewerkschaften erlangen. Noch auch, daß sie ihre Mitglieder ebenso festhalten wie diese. Bei dem Aufgeben der Parteimitgliedschaft droht einem kein materieller Verlust, ja nicht einmal ein ideeller ist unvermeidlich, denn man kann an den Zielen unserer Bewegung daselbe Interesse nehmen, ob man in der Organisation steht oder nicht. Eine Verteuerung der Lebenshaltung, ein Sinken der Löhne, Wachsen der Arbeitslosigkeit wird daher in den Mitgliederzahlen der Parteioorganisationen weit härtere Fluktuationen hervorgerufen und meist eher eine Verminderung dieser Zahlen herbeiführen, als es bei den Gewerkschaften der Fall ist.

In eine Periode dieser Art sind wir jetzt eingetreten. Die Feuerung dauert unermindert an, und schon zeigen sich Anzeichen eines Konjunkturrückganges. Noch ist es nicht entschieden, ob er bald vorübergeht oder länger andauert. Jedenfalls nimmt er bisher an Schärfe immer zu. In solchen Zeiten heißt es für den Proletarier mehr als je an allen Ecken und Enden sparen, und nur der härteste Idealismus noch vermag ihn zu veranlassen, seine Mitgliedschafts- und Abonnementbeiträge zu bezahlen, wenn es am Notigen fehlt. Wenn dieser starke Idealismus mangelt, der fällt ab, und daneben wächst noch in jenen Zeiten die Zahl jener, die bei allem hingebenden Idealismus nicht mehr imstande sind, ihre Parteipflichten zu erfüllen. Das bedeutet keineswegs ein Sinken der Werbekraft unserer Ideen, sondern nur ein Sinken der Lebenshaltung der Bevölkerung in Krisenzeiten. Die daraus erwachsende Erbitterung kann im Gegenteil die Werbekraft unserer Ideen gewaltig verstärken, was bei der ersten günstigeren Gestaltung der Verhältnisse ein um so reicheres Wachstum der Mitglieder- und Abonnementzahlen hervorgerufen muß.

Aber ist nicht auch die Erbitterung der Massen, ihr revolutionärer Eifer im Abflauen begriffen?

Das scheint im Moment allerdings der Fall zu sein, und Meerfeld hat recht, wenn er diese Erscheinung als eine solche bezeichnet, die Grund zum Nachdenken gibt. Doch auch da scheint er mir zu schwarz zu sehen.

Man kann nicht in ununterbrochener Erregung begriffen sein. Wenigstens bei einem gesunden Organismus kommt das nicht vor. Nun sagt man freilich, die Massen hätten in der Gegenwart besonderen Grund, erregt zu sein und revolutionären Eifer zu entwickeln, und wenn sie es nicht täten, sei nur die Partei daran schuld.

Ist dem so, dann trifft aber die Schuld nicht bloß die deutsche Sozialdemokratie allein. Sie soll die Aufgabe gehabt haben, Massenaktionen gegen die Kriegsgefahr zu veranlassen. Aber wo blieben die Massenaktionen gegen die Kriegsgefahr in Frankreich, in Italien, in Oesterreich, in Rußland? Freilich wird behauptet, den Wehrvorlagen gegenüber habe das französische Proletariat sich weit energischer zur Wehr gesetzt wie das deutsche. Aber wie kann man die augenblickliche Situation in Deutschland mit der in Frankreich vergleichen! Was heute in Deutschland gefordert wird, die Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht auf alle wehrhaften Männer, ist in Frankreich längst bis auf den letzten Mann durchgeführt, ohne daß sich dort die geringste Bewegung im Proletariat dagegen kundgab. Soll aber etwa die Verteuerung der Besizenden die Massen zu stürmischen Protesten erregen?

Was in Frankreich eine lebhaftere Bewegung hervorrief, war nicht die ausgedehnte Anwendung der allgemeinen Wehrpflicht, sondern die Ausdehnung der Dienstpflicht des Einzelnen von zwei auf drei Jahre, von der schon die jetzt Dienenden betroffen werden. Das ist eine ganz andere Sache, und die mußte den energischsten Widerstand hervorrufen. Die verderbliche Seite der deutschen Wehrvorlage liegt vor allem in ihren Auswirkungen auf die auswärtige Politik, in der Verschärfung des Gegenfahes zwischen Deutschland und Frankreich, sowie in der ökonomischen Schädigung, die aus der Lahmlegung so vieler Tausender von Arbeitskräften hervorgeht.

Diese verderblichen Seiten liegen nicht für jedermann ohne weiteres klar zutage. Den Massen, die nicht unsere Presse lesen, nicht unsere Versammlungen besuchen, kommen sie nicht zum Bewußtsein. Aber auch für die Mehrheit unserer Leser und Versammlungsbesucher sind jene Schäden zunächst nicht direkt empfindbar, sondern nur durch Nachdenken erkennbar. Erst die Reichstagsverhandlungen konnten allmählich den Massen die Augen darüber öffnen. Ganz anders die Ausdehnung der Dienstzeit von zwei Jahren auf drei. Das spürt jeder Betroffene sofort in eindringlichster Weise am eigenen Leibe, und mit ihm seine Familie und seine Freunde. Eine solche Last unplethisch den Proletariern auf die Schultern gedrückt, muß ihre wildeste Empörung wachrufen. Wenn heute in Deutschland die Regierung verfährt, daß alle Soldaten, die jetzt im zweiten Jahre dienen, statt im Herbst entlassen zu werden noch ein drittes Jahr in der Kaserne sich schürzeln lassen sollen, würde auch in Deutschland eine sehr energische Protestaktion die Folge sein, wohl weniger als in Frankreich in den Kasernen selbst, dagegen mehr außerhalb der Kasernen in der Zivilbevölkerung. Und diese letztere Bewegung wäre vielleicht noch energischer als die jetzige in Frankreich. Denn was dort in die Augen fiel und was an deutschen Verhältnissen gemessen einen revolutionären Anstrich hatte, das waren die Auflehnungen einiger Hundertter heißblütiger Männer in Uniform. Eine Massenbewegung der Zivilbevölkerung, von einer Welle, die allein bewirkt konnte, daß jene Auflehnungen bessere Resultate erzielten als die Verurteilungen der „Rädelführer“ und die Opferung einer Reihe von Existenzen; daß sie eine politische Wirkung hervorbrachten — eine solche Massenbewegung blieb völlig aus.

Es ist also nicht richtig, daß die deutsche Sozialdemokratie augenblicklich viel weniger Kampfeslust und Eifer entwickelt als ihre Bruderparteien.

Richtig ist, daß die Haltung der Massen in Deutschland wie anderswo unsere „Massenaktionen“ zurzeit enttäuscht. Aber das ist ihnen schon einmalig passiert und wird ihnen noch öfter passieren.

Natürlich suchen sie die Schuld nicht bei sich selbst, bei ihrer mangelhaften Vertrautheit mit dem Fühlen und den Lebensbedingungen des Proletariats. Anstatt als gute Marxisten zuerst die heutige ökonomische Situation zu untersuchen, erklären sie frischweg, wie immer die ökonomischen und politischen Bedingungen sein mögen, die Massen seien stets bereit, auf die Straße zu gehen, sich bereit zu stellen, und wo das ausnahmsweise nicht der Fall, sei die Schuld bei einzelnen Personen oder gar bei einzelnen Worten zu suchen, so zum Beispiel in der Tatsache, daß ich mir herausnahm, die Taktik, die unsere Partei schon ein halbes Jahrhundert lang verfolgt, „Ermattungsstrategie“ zu nennen. Daraus konnte offenbar nichts anderes folgen als Ermattung in den eigenen Reihen.

Die Massenaktionen drehen sich da in einem sonderbaren Kreise. Auf der einen Seite sagen sie, die Massen seien unerschütterlich, sie versagen nie und drängen stets die unwilligen Führer vorwärts — und wenn dann die Massen doch versagen, dann sind

plötzlich die Führer daran schuld, die die Massen nicht gehörig begeistern.

Jetzt ist aber noch ein neuer Sündenbock aufgetaucht: die Organisation.

Genosse Kautsky geht jetzt auf die R. L. gezeichneten Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ ein, die wir unseren Lesern im Auszuge mitgeteilt haben. Er schreibt dazu u. a.:

„... Jene ganze Auffassung wird nur verhältnißlich als Ausfluß russischer Verhältnisse. Die Zustände in der Arbeiterbewegung Rußlands erscheinen als das Ideal, das dem verfallenen Westen zu predigen ist. Die russische Not wird zu internationaler Jugend.“

In Rußland ist die öffentliche Organisation des Proletariats fast völlig unterbunden. Die geheimen Organisationen sind notwendigerweise klein. Sie sind die Führer der Massen, die unorganisiert bleiben müssen und die bei dem Fehlen politischer Rechte fast keine andere Belästigungsweise kennen als den Streik.

Das ist aber keineswegs ein Zustand, der dem russischen Proletariat ideal erscheint. Die Gewinnung des Koalitions-, des Versammlungs- und Vereinsrechtes erscheint ihm als die wichtigste Aufgabe. Das heißt, es strebt nach dem Rechte, ebenso grobe und starke Organisationen aufzubauen wie die westeuropäischen Brüder. Es sieht darin die beste Waffe, aus seiner unerträglichen Lage zu entkommen. ... unsere russischen Brüder sind durchaus keine Schwärmer für die unorganisierte Menge, und sie suchen die Errungenschaften der Revolution vor allem zur raschesten Gewinnung der angeblich so hemmenden Einflüsse starker zentralisierter Organisationen zu benutzen.“

Andererseits sehen unsere belgischen Genossen in der Rückständigkeit ihrer gewerkschaftlichen Organisationen auch keine Quelle der Stärke, und sie sind nach Kräften bestrebt, ihr abzuwehren. ... Wer bildet denn diese unorganisierte Masse? Sie setzt sich zusammen aus der einen Seite aus Elementen, die zu kraftlos, zu gedrückt, zu isoliert, zu verkommen sind, um sich mit ihren Brüdern dauernd zu gemeinsamem Kampfe zusammenschließen, und andererseits aus Elementen, die zu unwillig und gedankenlos sind oder noch zu sehr besungen in bäuerlichen oder kleinbürgerlichen Vorurteilen, um den Ruhen der Organisation zu erkennen. Endlich aus gefinnungslosen Elementen, die auf Kosten ihrer Brüder ihren Vorteil suchen. Jeder Versuch, eine dieser Schichten höher zu heben und aktionsfähig zu machen, muß Hand in Hand mit dem Versuch gehen, ihnen die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation und den Mut zur Organisation beizubringen. Und alle jene Elemente, bei denen jeder derartige Versuch bisher gescheitert ist, die sollen die sicherste Grundlage, die energichste Streitmacht für unsere Kämpfe abgeben, den „begeisterten Heerban“, der „nie verzagt“, wenn nicht die „organisierte Partei“ verzagt!

Doch wozu Eulen nach Athen tragen und deutschen Proletariern beweisen, daß die Organisation ihre unentbehrliche, ihre beste und schärfste Waffe ist. Natürlich sichert der Besitz der Waffe noch nicht den Sieg; dieser erfordert auch die nötige Kraft, Intelligenz und Geschicklichkeit zu ihrer Führung. Die Kraft hängt in erster Linie von den ökonomischen Bedingungen ab. Sie wächst in Zeiten der Prosperität und sinkt in Zeiten der Depression. Die Intelligenz und Geschicklichkeit der organisierten Massen hängt dagegen vor allem von unserer Aufklärungsstätigkeit ab. Niemand wird behaupten wollen, daß unsere Partei sie vernachlässigt.

Endlich aber, gerade weil die Organisation so wichtig und unentbehrlich ist, weil die unorganisierte Masse unbedenkbar, nur auf die unorganisierte unter allen Umständen zu zählen ist, ist es eine unserer dringendsten Aufgaben, stets dafür zu sorgen, daß die Organisation nicht bloß wächst, sondern auch aufs zweckmäßigste gestaltet ist. Mit dem Wachstum der Organisation müssen auch ihre Formen wechseln, soll das Gewicht unserer Aktion nicht zu schwer werden.

Das darf uns indes nicht hindern, am Wachstum unserer Organisation unermüdet zu arbeiten. Sie kann nie zu groß und zu stark sein.

Kein Zweifel, mit dem Wachstum unserer Organisation wächst nicht bloß ihre Kraft, sondern auch ihre Vorsicht. Gegen Abenteuer und Handstreich verhält sie sich immer ablehnender, es bedarf immer gewaltigerer Anstöße, sie zu Aktionen zu veranlassen. Sind diese Aktionen einmal im Gange, dann werden aber auch ihre Konsequenzen immer umfassender. Für Abenteuer und Quertreibern wird die wachsende Organisation ein wachsendes Hemmnis. Aber dieser Nachteil ist zu ertragen.“

(Fortsetzung folgt.)

### Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Der Stabeisenverband gescheitert. — Die Exportpolitik des Stahlwerksverbandes.

In der vergangenen Woche sind die zu Düsseldorf geplagten Verhandlungen zur Bildung eines Stahlwerksverbandes endgültig eingestellt worden. Gleich nachdem der Stahlwerksverband Ende April d. J. verlängert worden war, ohne die B-Produkte (darunter auch Stabeisen) in die Kontingentierung hineinzubeziehen, begannen vorläufige Besprechungen zwecks Gründung eines Stabeisenverbandes. Aber erst als im Winter d. J. die Zeichen der beginnenden Konjunkturschwächung deutlicher wurden, kam es zu eigentlichen Verhandlungen, die jetzt nach sechswochenlanger Dauer als erfolglos aufgegeben worden sind.

Schon die Geschichte der Stabeisen-Kontingentierung zeigt, daß der Syndizierung dieses Produkts besondere Schwierigkeiten entgegenstehen. Während im alten Stahlwerksverband (vor 1912) die A-Produkte (Walzguss, Eisenbahnmaterial, Formeisen) syndiziert waren, blieb Stabeisen gleich den übrigen B-Produkten nur kontingentiert. Für jene setzte der Verband auch die Preise fest und vermittelte den Verkauf durch eine gemeinsame Verkaufsstelle; bei diesen stand ihm nur die Festlegung der Gesamtproduktion und ihre Verteilung an die einzelnen Werke zu. Bis zum Jahre 1911 wurde diese Stabeisen-Kontingentierung des Stahlwerksverbandes durch eine besondere Stabeisenkonvention ergänzt, die auch die Befugnis der Preisfestsetzung ausübte. Der Verkauf geschah dagegen auch hier nicht durch eine Verkaufsstelle, sondern blieb den einzelnen Werken überlassen. Mit dem Stahlwerksverband in der alten Form fiel auch die Stabeisenkonvention. Die einzelnen Werke suchten sich nun für die Verbehalten der Syndizierung von A-Produkten durch forcierte Produktion der B-Produkte (Stabeisen, Walzdraht, Bleche, Gußstücke) zu entschädigen. Schon früher hatte die Erzeugung von B-Produkten innerhalb des Stahlwerksverbandes erhebliche Steigerungen erfahren. Die Verteilungsziffer für Stabeisen z. B. liegt von 1,80 Millionen Tonnen im Jahre 1904 auf 3,48 Millionen Tonnen im Jahre 1911. Damit umfaßte Stabeisen mehr als die Hälfte der Gesamtproduktion von B-Produkten. Je mehr durch eine straffe Syndizierung der A-Produkte den Werken Beschränkung auferlegt wurde, um so mehr suchten sie das durch Erzeugung von B-Produkten auszugleichen.

Hätten nun die Werke einer Kontingentierung von Stabeisen zugestimmt, so wären wahrscheinlich von jetzt an die übrigen B-Produkte ein solches Sicherheitsventil für die Werke geworden. Jede Einschränkung in Stabeisen würde sofort eine Ver-

mehrung von Produktion und Absatz in Holz, Eisen, Kohlen usw. nach sich ziehen. Aus diesen Erwägungen heraus hat denn auch die Eisenindustrie ein Stabesisen-Syndikat ohne gleichzeitige Bindung der anderen E-Produkte (Eisen, Kohlen) begründet.

Um die Gefahren auszuweichen, die in der hier angeordneten Möglichkeit liegen, forderten die Werke von vornherein möglichst hohe Beteiligungsquoten für Stabesisen. Während bei Auflösung des Stahlwerksverbandes die Gesamtbeteiligung in Stabesisen 3,48 Millionen Tonnen betrug, meldeten die Werke zu Beginn der jetzigen Verhandlungen mehr als 5 Millionen Tonnen an. Bei einer solch hohen Bemessung der Quoten hat natürlich ein Syndikat, das doch die Produktion begrenzen soll, für die Werke überhaupt keinen Sinn. In Erwartung einer Auflösung des Stahlwerksverbandes haben dazu in den letzten Jahren die großen Hüttenwerke bedeutende Betriebserweiterungen und Neuanlagen in Angriff genommen, für die sie jetzt, ohne daß diese Anlagen bereits betriebsfähig wären, Quoten in Höhe der vollen Leistungsfähigkeiten fordern. In diesen Mehrforderungen von Thyssen, Phönix, Gelsenkirchen, Burbach-Düdelingen u. a. ist dann auch die ganze Syndizierung in erster Linie gescheitert. Thyssen u. Co. verlangten allein für ihr neues Werk in Hagendingen eine Mehrquote von 350 000 Tonnen, obgleich ihre Gesamtquote im alten Verband nur 377 000 Tonnen betrug; und die Phönix u. G. forderte für ihre Neuanlagen eine Beteiligung von 190 000 zu der alten Quote von 255 000 Tonnen. Diese Forderungen wurden mit entsprechenden Forderungen der übrigen Werke beantwortet. So ist der Verband an der Quotenfrage gescheitert.

Reben diesen Schwierigkeiten haben auch Differenzen über die Organisation des Verbandes eine Rolle gespielt. Einzelne Werke sprachen sich für ein Syndikat aus, das den Inlands- und Auslandsabsatz regelt, während andere nur für einen Verband mit inländischem Geltungsbereich eintraten. Auch die Frage, ob die Händlerorganisation selbst in die Hand zu nehmen sei, und die Gestaltung der Preise sind bei den Verhandlungen schon in Erwägung gezogen worden.

Die Konsumenten können mit dem Ausgang dieser Verhandlungen nur zufrieden sein. Sie bleiben dadurch vor Monopolwucherpreisen bewahrt. Der Stahlwerksverband schraubt schon jetzt die Eisenpreise genug in die Höhe, was natürlich auch in dem für Stabesisen in Erscheinung tritt. Die Nachricht von dem endgültigen Scheitern des Verbandes hat sofort einen erneuten Rückgang der Stabesisenpreise nach sich gezogen. Behauptet man doch sogar, daß die Verhandlungen nur so lange Zeit ausgebeutet worden sind, um die Preise, die seit dem Winter eine entschiedene Tendenz nach unten zeigen, noch für eine Weile zu halten. Eine Stabesisenverbandsbildung wäre um so mehr in den Preisen zur Geltung gekommen, als man mit dem Bunde umging, Exportvergütungen einzuführen, die durch eine Abgabe vom Inlandsabsatz aufgebracht werden sollten. Genau so wie bei den jetzt bestehenden Syndikaten hätte also auch hier das Inland höhere Preise zahlen müssen als das Ausland. Und die Differenz hätten die deutschen Konsumenten aus eigener Tasche zugunsten der ausländischen Verbraucher tragen müssen! Offenbar sehen die Hüttenwerke und die bürgerliche Presse, die das Scheitern des Verbandes bedauern, auch in diesen Plänen eine „Stärkung der nationalen Volkswirtschaft“.

Zur Exportpolitik unserer großen Monopolverbände bietet der soeben erschienene Jahresbericht des Deutschen Stahlwerksverbandes für 1912/13 interessantes Material. Die Ausfuhr eines Syndikats wird bekanntlich in Jahren der Konjunkturaufschwung vergrößert, um den im Inland existierenden Rückgang des Verbrauchs auszugleichen. In Zeiten der Hochkonjunktur dagegen ist die Nachfrage im Inland so stark, daß das Syndikat die Ausfuhr einschränkt. Da im Inland die höheren Preise gezahlt werden müssen, muß also das Syndikat die Konjunktur stets zu ungunsten der inländischen Konsumenten aus. Besonders deutlich prägt sich das bei Halbzeug, dem Rohmaterial für Stahlwaren, aus. Es betrug:

Der Export in Prozent des Verbandes						
	1904	1906	1907	1908	1910	1912
Halbzeug . . .	29,14	18,43	18,46	36,27	36,92	38,14
Eisen-Rohst. . .	25,68	32,94	31,42	25,25	44,08	37,19
Formeisen . . .	22,93	25,56	26,58	22,47	25,64	27,33

  

Der Export in 1000 Tonnen						
	1904	1906	1907	1908	1910	1912
Halbzeug . . .	499	329	269	514	672	709
Eisen-Rohst. . .	894	670	744	559	886	815
Formeisen . . .	385	493	426	315	454	507

Nach den Hochkonjunkturjahren 1906/07 steigt die Ausfuhr von Halbzeug bis 1911 auf mehr als das Doppelte, sowohl der absoluten Größe nach als in Prozent des Gesamtverbandes. Von 1911 auf 1912 tritt indessen nur ein unerheblicher Rückgang des Exports ein. Das Syndikat hat sich offenbar in seiner ganzen Politik auf eine Forcierung des Exports auf Kosten des Inlandes eingerichtet. Zum Teil illustrieren diese Zahlen auch eine ökonomische Wandlung in der inländischen Eisenindustrie. Die großen Werke, die neben der Rohstahlproduktion auch die Weiterverarbeitung betreiben, sind seit der letzten Hochkonjunkturperiode zahlreicher geworden. Statt Halbzeug an die weiterverarbeitende Industrie abzugeben, geschieht die Verarbeitung (zu Blechen, Röhren usw.) jetzt im eigenen Betriebe. Das nicht in eigenen Werken verbrauchte Halbzeug wird an das Ausland abgegeben. Um so mehr hat der Stahlwerksverband es allerdings in der Hand, den inländischen Verbrauchern von Halbzeug die Preise zu diktieren. Das zeigt sich auch darin, daß im vergangenen Jahre vom Stahlwerksverband zuerst die Preise für Halbzeug erhöht wurden, und zwar um 5 M. pro Tonne am 1. Juli 1912, während zur gleichen Zeit die Formeisenpreise nur eine Erhöhung von 2,50 M. erfuhr, der allerdings ab 1. Januar 1913 ein weiterer Aufschlag von 2,50 M. folgte.

Die planmäßige Steigerung des Verbandes nach dem Auslande wird durch ein weiteres bestätigt. Während der Verband von Halbzeug im Jahre 1906/07 nur 95 Proz. der Gesamtbeteiligung betrug, erreichte er im Jahre 1912/13 rund 130 Proz. Der Inlandsabsatz sank in dieser Zeit (1906—1913) um etwa 20 Proz., während der Export sich um 115 Proz. erhöht hat. Selbst wenn wir berücksichtigen, daß der Inlandsverbrauch geringer wird, weil die größten Werke immer mehr selbst zur Weiterverarbeitung und Herstellung von Fertigfabrikaten übergehen, deutet diese Steigerung des Verbandes nach dem Ausland auf eine systematische Exportpolitik, die das Inland mit hohen Preisen belästigt, um mit Schleuderpreisen die Konkurrenzfähigkeit im Auslande aufrechtzuerhalten und auszubehalten.

## Preußische Wahlstatistik.

Ein statistisch interessierter Parteigenosse schreibt uns: Gestatten Sie auch einem Statistiker einige unpolitische und doch für den Politiker nicht gleichgültige Anregungen für die geplante Wahlstatistik zu machen. So schmerzhaft die öffentliche Stimmung unter dem Gesichtspunkte ist, daß der sozial stärkere zu einer Bevormundung des Schwächeren auch auf politischem Gebiete kommen kann, so interessant ist vom Standpunkte des Sta-

listikers diese dem Politiker besonders anrühliche Bestimmung des künftigen preußischen Wahlrechts. Alle Wahlstatistiken, auch die ja langsam zu höherer Vervollständigung gelangende Statistik der deutschen Reichstagswahlen wie die eigenartige neue Statistik der österreichischen Reichsratswahlen, die den Beruf zum ersten Male für einen großen Wahlkörper kombiniert mit der Tatsache der Stimmabgabe, lassen das wichtigste doch ungefragt, weil es unerforschbar ist, nämlich die Beziehung der Gesellschaftsstruktur mit der Zusammenfassung der Parteien. Alle diese Statistiken beantworten nicht die Frage, wer sind denn eigentlich die Leute, die konventionell, die nationalliberal, die sozialdemokratisch stimmen, wer sind diese Leute der Großstadt, in der Kleinstadt und auf dem flachen Lande, wer sind diese Leute im Osten und Westen, im Gebiete des gefestigten Großgrundbesitzes und in den Bergwerksrevieren, dort wo die Heimarbeit vorherrscht und dort wo die Schöte der Riesenfabriken den Charakter des Landes kennzeichnen. Heber all das haben wir — sagen wir es nur ganz offen — doch nur Vermutungen, vielleicht sehr begründete, sehr ernsthaft erwogene, aber wir wissen darüber nichts.

Wir konnten darüber nichts wissen, denn die Statistiken der Reichstagswahlen bieten uns ja gar keine Möglichkeit zu ähnlichen Feststellungen. Diese Wahl ist geheim, wie Statistiker vermögen also nur den Beruf zu kombinieren mit der Tatsache der Stimmabgabe oder mit der Zugehörigkeit zur einzigen Partei, für die sie sich feststellen läßt, zu der Partei der Nichtwähler. Aber auch diese Berechnungen sind leider noch immer nicht für die Wahlen zum Deutschen Reichstago vom reichstatistischen Amte festgesetzt, wohl aber für die Hauptwahlen vom Jahre 1908 wie für die Stichwahlen vom 25. Juni 1908, auch für die Hauptwahl vom 12. Januar 1912 wie für die engere Wahl vom 25. Januar 1912 für den sechsten Wahlkreis des Arnberger Regierungsbezirkes vom statistischen Amte der Stadt Dortmund. Außerdem wurden für die letzten österreichischen Reichsratswahlen die Beziehung von Beruf und Stimmabgabe statistisch bearbeitet und in einem vor wenigen Monaten erschienenen umfangreichen Bande von der österreichischen statistischen Zentralkommission veröffentlicht.

Preußen könnte mit seinem „elendesten aller Wahlsysteme“, so merkwürdig das ist, in der Wahlstatistik aller Welt voran sein, wenn es die sich nun ergebende Möglichkeit, hoffentlich die letzte sich für die Statistik ergebende Möglichkeit auszunutzen wollte, um die Abgabe der Stimme für die einzelnen Parteien zu kombinieren mit den Berufen der Abstimmenden, wobei sich weitere Beziehungen schaffen ließen mit Größenklassen der bewohnten Orte wie mit der wirtschaftlichen Struktur der Wahlkreise. Bloß auf diese Möglichkeiten will ich hinweisen und alle anderen theoretisch möglichen und praktisch nicht unmöglichen, aber zu kostspieligen, zu zeitraubenden und nicht in hohem Maße bedeutsamen Beziehungen gar nicht zur Erörterung stellen. Wollen die amtlichen Statistiker und das Ministerium noch mehr aus der Wahlstatistik herausheben, so wird niemand dagegen etwas einwenden.

Nun wird man mit dem „schuldigen Mißtrauen“, das jeder Minister und sonstige Beamte, jeder bürgerliche Politiker und Journalist gegen Anregungen in diesem Blatte haben muß, sagen, daß nur die Sozialdemokratie und nur das Streben nach Erweiterung des Wahlrechtes von dieser Statistik einen Vorteil haben dürfte. Aber eine kurze Überlegung wird selbst die schroffsten Gegner des Wahlrechtes mit Einschluß der hochmütigen Minister zu einer anderen Auffassung unseres Vorschlages führen. Auch sie wissen ja über diese Voraussetzungen jeder neuen Stellungnahme zum Wahlrechte, zu seiner Reform, zur Öffnung und zur geheimen Stimmabgabe bei aller angebotenen Geiseltätigkeit ebensowenig wie wir. Niemand — Herr Dallwitz ebensowenig wie ein Sozialdemokrat — weiß, wer die Leute sind, die sich der Wahl enthalten, welchen Berufen sie angehören, sie wissen nicht, ob sich nicht viele ihrer eigenen Massenangehörigen durch die offene Stimmabgabe beengt fühlen und bewegen nicht können. Sie wissen nicht, ob das, was sie vom Terrorismus der Arbeiter schreiben, richtig ist, auch nicht, wie weit es richtig sein könnte, auf wieviele Personen es wirken dürfte. Sie wissen das ebensowenig, wie wir es wissen, die wir das Terrorismusgeheimnis für ein tödliches Verlegenheitsgeheimnis halten. Die Regierung weiß nicht, wie viele Arbeiter und wie viele Nichtarbeiter sozialdemokratisch wählen, jede Partei möchte gerne wissen, wie viele Arbeiter sozialdemokratisch stimmen und wie viele Arbeiter ihren und welchen anderen Parteien ihre Stimme abgegeben haben. Wie begründet müssen auch wir die Reugier der freikonservativen Partei, aber auch aller anderen Parteien halten, wer denn für diese Parteien gestimmt hat, welchen Schichten die Anhänger dieser Parteien angehören, wie sie sich ihrer beruflichen Gruppierung nach unterscheiden. Wer möchte nicht wissen, wie sich die Freikonservativen einerseits von den Deutschkonservativen, andererseits von den nationalliberalen Wählern in den Gebieten gleicher wirtschaftlicher Struktur nach Beruf und Stellung im Berufe unterscheiden. Wer wählt in der Großstadt, wer in der Mittelstadt, wer auf dem Lande nationalliberal? Erst die von uns vorgeschlagene Statistik vermag diese und zahlreiche andere Fragen zu beantworten, die sich von selbst aufdrängen, wenn man der Frage der Kombination von Beruf und Stimmabgabe näherzutreten will.

Wir glauben, daß alle Parteien und selbst eine hohe Regierung in gleicher Weise an einer derartigen Statistik interessiert sein müssen, weil sie ganz bedeutende Resultate jedem verheißt, welche Stellung er auch in den preußischen Wahlrechtsfragen einnimmt. Zum ersten Male könnte eine Grundlage geschaffen werden für ein Gebiet der politischen Statistik, das uns heute noch vollständig fremd ist, das mehr als jedes andere Gebiet gesellschaftlicher Massenerscheinungen ein Feld oder Konjunkturalstatistik ist.

Die preußische Statistik, die einst mit Recht den Ruf genossen hat, neue Bahnen eröffnet zu haben und die die Statistik aller Länder zu neuen Methoden und zur Inangriffnahme neuer Arbeitsgebiete angeregt hat, vermöchte sich zu ihrem alten leider sehr verblähten Ruhmesitel wieder einen neuen zu schaffen, wenn sie die Statistik der letzten preußischen Landtagswahlen zu einer bedeutsamen Statistik der Parteizugehörigkeit der einzelnen Berufsgruppen der männlichen Bevölkerung Preußens machen wollte.

Bei Inangriffnahme jeder größeren statistischen Untersuchung, deren Ergebnisse der Ausgangspunkt gesetzgeberischer Arbeit werden soll, befürchtet der praktische Politiker, daß Zeit verstreicht, die Geschesarbeit möglichst weit verschoben werden soll. Da aber bei der Fülle statistischer Kräfte in Deutschland und bei dem Nichtvorliegen großer Erhebungen die preußische Wahlstatistik auch nach diesen Vorschlägen in verhältnismäßig kurzer Zeit ausgearbeitet werden könnte, so sollte jeder für eine erschöpfende Statistik eintreten, ebenso der, der das elendeste aller Wahlsysteme führen will wie der, dem es Ehrensache ist, daß endlich auch Preußen statt eines Wahlrechtes, das nur eine Scheinvertretung schaffen kann, die Möglichkeit erhält, sich eine Volksvertretung zu geben.

## 24. Internationaler Bergarbeiterkongress.

Fünfter Tag.

Karlsbad, 25. Juli 1913.

Der Tagespräsident Smillie (England) wird bei der Uebernahme des Vorsitzes von den Engländern durch enthusiastisches Klatschen auf die Füße begrüßt. — Die Redezeit wird auf fünf Minuten beschränkt.

In der Diskussion über

die Verstaatlichung der Bergwerke

spricht Abg. Cingr (Österreich): Von den 134 000 Freischürfern in Österreich besitzt der Staat 8 1/2 Proz., aber nur aus Braunkohle und Erze (das Salz ist in Österreich Monopol). Die Steinkohlenwerke hat der Staat 1870 verstaatlicht. Kohlenmangel und Kohlensteuer regten überall in unserem Land den Ruf nach der Verstaatlichung an. Die Kohlenproduktion stieg 1900—1910 um 17 Proz., die Kohleneinfuhr um 88 Proz. Trotz der Konkurrenz der oberschlesischen Kohle im Ostrauer Revier unerschunden die mächtig-schlesischen Becken die Erweiterung der Kohlenförderung,

so daß die Regierung bei einer umfassenden Reform als notwendig erklärte im Interesse der Gesamtheit und der Befähigung des Raubbaues. Die Gemeinde Wien forderte auch die Verstaatlichung, aber es wird sich erst zeigen müssen, wie sich die in Wien bestehenden Christlich-sozialen dazu im Parlament stellen werden. Der unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Ellenbogen (Soz.) stehende Volkswirtschaftliche Ausschuss hat ein Gesetz ausgearbeitet, dessen wichtigste Bestimmung die ist, daß das Recht der Aufsuchung und Gewinnung der Kohle nur dem Staat zusteht. Die Sozialdemokraten fordern, daß der Staat wieder in den Besitz der ihm entgangenen Erntehürde kommt, haben doch die Geologen in dem bergmännisch kaum in Angriff genommenen galizischen Kohlengebiet einen Vorrat von 25 Milliarden Tonnen festgestellt. Wir fordern auch eine Verfürgung der von dem Regierungsentwurf den Privatjuristenbesitzern zur Geltendmachung noch nicht ausgearbeitet Rechte eingeräumten Fristen. Der Staat muß in die Lage versetzt werden, die Preispolitik für Kohle entscheidend zu beeinflussen. (Engländer und Franzosen widersprechen einer weiteren Uebererschreitung der Redezeit, der Redner verläßt unwillig die Tribüne. (Der Präsident bedauert dies sehr, aber sonst könne der Kongress heute nicht zu Ende kommen.)

Der Kongress beschließt nach kurzer Debatte, an der fünfminütiger Redezeit festzuhalten.

Germain-Franke (Frankreich) stimmt der Resolution mit einem Vorbehalt zu. Soll die Verstaatlichung im Interesse der Gesamtheit auch den Kapitalisten, sollen ihre Erträge dem Beiträger zugute kommen? Der Staat ist ein noch schlechterer Arbeitgeber wie der private. Nicht Verstaatlichung, sondern Vergeßlichkeit der Gruben, des Landes und der Eisenbahnen im Interesse der Arbeiter — so verstehen wir unsere Forderung. (Beifall.)

Lombard (Belgien): Die Verstaatlichung hat überall ein anderes Gesicht. In Belgien zahlen die Bergwerksbesitzer fast nichts für die Konzession und verkaufen sie nach Belieben in Teilen weiter. Wir hoffen, den Staat bewegen zu können, den Bergbau im Hennegau selbst zu betreiben. Die Verstaatlichung kann durch eine Arbeitermehrheit im Parlament oder durch internationalen Streik durchgeführt werden.

Die Resolution auf Verstaatlichung der Bergwerke, Bahnen und des Landes wird einstimmig angenommen. Die Vertreter der politischen Berufsvereine erklären vorher durch

Jakobowicz, sich der Abstimmung wegen der Verfolgung der preussischen Polen durch den Staat zu enthalten.

Präsident Smillie teilt mit, daß die mit viel neuem Material ausgestattete Rede Cingr ganz ins Protokoll kommt. (Allgemeine Zustimmung.) — Namens des Internationalen Komitees, das während des gestrigen Ausfluges tagte, berichtet Präsident Smillie, daß die internationalen Ueberweisungskarten auf zwei Jahre in der jetzigen Form weiterbestehen sollen (nämlich sofortige Bezugsberechtigung überwiegender Mitglieder für Streikunterstützung). — Der Kongress stimmt diesem Vorschlag zu. Die Ueberweisungskarte wird erst nach einjähriger Mitgliedschaft ausgeteilt.

Die belgische Resolution auf jährlich 14 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes wird nach kurzer Begründung durch Camberlin und Befürwortung durch Gödderz, Deutschland, angenommen, der aber darauf hinweist, daß zunächst die Anerkennung der Organisation und Tarifverträge durchgesetzt werden müßten. Bezahlte Ferien würden den Krankenkassen ungeheure Gelder sparen. Heute bekommen nur die Bauernarbeiter Ferien und noch was für welche! Die Steigerung der Erkrankungs-ziffern, ihr Sinken nach der Erholung während eines Streiks, ist das beste Argument für die Forderung nach Ferien. — Weiter tritt auch Belgien-Frankreich für Ferienverweigerung ein. Die Bergarbeiter hätten Karlsbad nötiger, wie die Reichen, die hier ihre Zeit verschwenden. So sozialdemokratische Gemeindevertreter sind, erhalten die Gemeindearbeiter Ferien. Auch in dieser Frage kann uns nur unsere Organisation und Disziplin helfen. — Dafs England schließt sich den Befürwortern der Bergarbeiterferien unter Hinweis auf die große gesundheitliche und familiäre Bedeutung von Ferien an. Werder man gestern noch lächelte, daß ist schon öfter morgen zur Tat geworden. — Die Annahme der Resolution wurde bereits mitgeteilt. (Österreich und Amerika verzichteten aufs Wort, da sie fastlich vollkommen mit den Vorrednern einverstanden sind.)

Dem wegen Krankheit abwesenden Schatzmeister Abg. Abraham-England wird die Sympathie des Kongresses übermittelt, ebenso dem zum erstenmal vom Kongress ferngebliebenen Gründer des Deutsch-Österreichischen Komitees, Haslem. Sachse-Vorham gedenkt der langjährigen Kongreßteilnehmer Meyer und Schröder, der jetzt gelähmten unschuldigen Richter des Essener Weimedesprozesses. Der Kongress wünscht beiden Kameraden möglichste Genesung. (Großer Beifall.)

In das Internationale Komitee werden gewählt: Ashton als Sekretär, Abraham als Kassierer.

Ueber den französischen Sekretär entwickelt sich infolge der Spaltung unter den Franzosen eine längere Debatte, Gué-Essen schlägt schließlich vor, daß diese Frage vom Internationalen Komitee entschieden werden soll. Dies wird beschlossen und es werden als internationale Sekretäre gewählt: Ashton-England, Gué-Deutschland, Jarolim-Österreich, Eifers-Holland, Green-Amerika, zu Komiteemitgliedern Marolle-Belgien, Abg. Garbe und Smillie-England, Sachse, Witt, Schmidt, Jakobowicz-Deutschland, Ebert, Cingr-Österreich, White, Gahr, Roher-Amerika, Canol, Calouvaert-Belgien, Barthuel, Camendin, Ducatin-Frankreich.

Präsident Smillie schließt den Kongress mit einem kurzen Rückblick auf die Verhandlungen, Dankesworten für das Lokalomitee und Wünschen für den weiteren Fortschritt der Organisation und glückliche Heimreise der Delegierten. Auf Wiedersehen in zwei Jahren. (Großer Beifall.)

Die Delegierten bringen Hochrufe auf die internationale Verbrüderung der Bergarbeiter aus.

## Aus Industrie und Handel.

Der Konjunkturfog für die Aktionäre

hält auch noch an, wo die Arbeiter schon unter dem Arbeitsrückgang zu leiden beginnen. So stellt der Betriebsüberwacher der Pampener Bergbau A.-G. für das zweite Quartal einen neuen Rekord dar. Die Gesellschaft erzielte 7,286 Millionen Mark Ueberschuß gegen 7,000 Millionen im ersten Quartal d. J. und 6,293 Millionen im zweiten Quartal des Vorjahres. Für die letzten vier Quartale von 1912/13 stellt sich der Ueberschuß auf 26,724 Millionen gegen 18,832 Millionen im Betriebsjahr 1911/12. Die Aktionäre können daher mit einer Erhöhung der Dividende von neun auf mindestens elf Prozent rechnen.

Ähnliche Rekordziffern weist der Jahresabschluss des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation auf. Hier ist der Rohgewinn von 6,795 auf 8,000 Millionen, also um mehr als 2 Millionen gestiegen. Trotz beträchtlich erhöhter Abschreibungen wuchs der Reingewinn von 4,9 auf 6 Millionen. Da können es die Aktionäre schon verschmerzen, daß hier von einer halben Million Mark für den Wehrbeitrag zurückgestellt wird. Sie werden trotzdem, wie im Vorjahre, 14 Prozent Dividende erhalten.

Kampf in der Schallplattenindustrie.

Seit mehreren Jahren sucht die Deutsche Grammophon-A.-G. Berlin-Danzow, eine Tochtergesellschaft einer englischen Firma, die Konkurrenz aufrechter deutscher Fabriken niederzuschlagen. Durch besondere Qualität ihrer Erzeugnisse, günstige Lieferungsbedingungen, strenge Vertriebsorganisationen

und billige Preise ist ihr das auch zum Teil gelungen. Die deutschen Firmen suchten der Hebermacht der Grammophon-A.G. durch Zusammenkauf entgegenzuwirken. Die Grammophon-A.G. antwortete, abgesehen von jetzt gültig beigelegten Patentprozessen mit ihrer Hauptgegnerin, durch Preisermäßigungen. Während eine Schallplatte vor wenigen Jahren noch 3 Mark kostete, kauft man sie heute für 2 Mark, nachdem die Grammophon-A.G. eine billige Platte „Zonophon gelb“ zu diesem geringeren Preise herausgebracht hatte. Jetzt kündigt die gleiche Gesellschaft eine neue billigere Platte an. Sie teilt in einem Zirkular ihren Händlern und Großhändlern mit, daß sie am 1. September d. J. eine neue Zonophon-Platte auf den Markt bringe, deren Detailpreis auf 1,25 Mark inklusive Eisenmarken festgesetzt wurde. Den Großhändlern wird diese Platte zu 62 1/2 Pf. ab Fabrik Hannover in Originalpackung, d. h. 25 Platten der einzelnen Kombinationen, in Kartons geliefert, während der Preis für den Händler auf 78 Pf. bestimmt worden ist. In dieser Maßnahme erklart der Schutzverband der Sprechmaschinen-Industrie e. V. in Berlin (dem u. a. die Befar-Reform-Akt.-Ges., die Favorite-Reform Akt.-Ges., Carl Lindström Akt.-Ges., Dr. Grünbaum u. Thomas Akt.-Ges., sämtlich in Berlin, die Halliope-Musikwerke Akt.-Ges. in Dippoldiswalde, die Polyphon-Kaufhülle Akt.-Ges. in Wahren bei Leipzig angehören) eine Bedrohung der Existenz der gesamten deutschen Sprechmaschinen-Industrie. Die dem Schutzverband der Sprechmaschinen-Industrie e. V. angehörenden Fabriken haben als Gegenmaßregel einstimmig beschlossen, keinem Händler und keinem Großhändler, der die neue Schallplatte „Zonophon lila“ führe, irgendeine Ware zu liefern. Ob der Schutzverband der Sprechmaschinen-Industrie e. V. durch diese Maßnahme die neue Platte führen wollen, noch durch eigene Preisermäßigungen von den deutschen Firmen wirksamer gemacht werden wird, ist zurzeit noch nicht bekannt.

Es wird in diesem Zusammenhange interessieren, daß die Hauptkonkurrentin der Grammophon-A.G., die Carl Lindström A.-G., ebenfalls einem internationalen Konzern angehört, und Niederlassungen in England, in der Schweiz und in Spanien unterhält. Die Ausfuhr von Sprechmaschinen-Platten und Walzen ist bereits recht bedeutend. In den ersten 6 Monaten d. J. wurden solche Waren im Werte von fast 4 1/2 Millionen ausgeführt. Mehr als ein Drittel davon gingen nach England.

**Berliner Viehmarkt.** Einen außergewöhnlichen kleinen Auftrieb von Rindern, wie er seit vielen Jahren nicht beobachtet wurde, wies der gestrige Berliner Viehmarkt auf. Er betrug nur 2888 Stück, während er sich an normalen Märkten auf ungefähr 4000 Stück beläuft. Zu diesem Ergebnis mag, wie die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ bemerkt, außer der noch immer bestehenden großen Viehknappheit auch die zwischen den Fleischmeistern und Viehhändlern obwaltende Meinungsverschiedenheit wegen des Fütterns des auf dem Berliner Viehmarkt zum Verkauf gelangenden Viehs beigetragen haben.

Die Sanierung des Hohenlohe-Konzerns, die zu einer Dividendenrückzahlung bei den Schiffahrtsgesellschaften des Konzerns zwang, drückt jetzt auch die Dividende der Hohenlohe-Werke A.-G. in Obereschleien (Kohlen- und Zinkgruben) herab. Die Gesellschaft wird nach erheblichen Rückschlüssen acht statt elf Prozent Dividende ausschütten.

## Soziales.

### Nichtzahlung des Lohnbeschlagnahmegesetzes.

Zwei in jüngster Zeit in Hamburg und in Berlin gefällte Entscheidungen der Gewerbegerichte lassen erkennen, daß diese Gewerbegerichte einer seit etwa 7 Jahren sich breit machenden falschen Auslegung des Lohnbeschlagnahmegesetzes sich angeschlossen haben. Das Lohnbeschlagnahmegesetz sagt klar und unabweislich: solange im Jahre der verbiente Lohn 1500 M. noch nicht beträgt, ist jede Pfändung, Beschlagnahme oder Einbehaltung des Lohnes (abgesehen von Steuer- und Alimentenforderungen) unzulässig. Die erwähnten Entscheidungen stellen sich aber auf folgenden Standpunkt: eine Pfändung des Lohnes ist zulässig, wenn pro Tag mehr als 4,11 M., pro Monat mehr als 125 M. verdient ist. Es wird durch diese falsche Auslegung dem Arbeiter die vor länger als 40 Jahren gemachte Errungenschaft völlig entwunden, nach der sein Lohn unpfändbar sein soll.

Die Frage ist so wichtig für die Arbeiterklasse, daß ein näheres Eingehen auf sie erforderlich scheint.

Das am 1. August 1869 in Kraft getretene Lohnbeschlagnahmegesetz vom 21. Juni 1869 anerkennt, daß es eine „durchaus unerschwingliche Last für Arbeiter und Arbeitgeber“ ist, wenn der Arbeitslohn, „ohne Rücksicht darauf, wie der Arbeiter existieren solle“, mit Beschlagnahme belegt oder gepfändet wird. Es verbietet deshalb für das Deutsche Reich die Beschlagnahme des Lohnes. Als für Deutschland eine gemeinsame Zivilprozessordnung geschaffen wurde, wurde auch die Pfändung des Arbeits- oder Dienstlohnes verboten (§ 749 der Zivilprozessordnung vom 30. Januar 1877). Ausnahme ließ das Gesetz (abgesehen von der Regelung des Gehalts und der Dienstbezüge der öffentlichen Beamten) nur für drei Fälle zu. Es sollte das Lohnbeschlagnahmegesetz nämlich nach § 4 keine Anwendung finden:

1. auf das Gehalt und die Dienstbezüge der öffentlichen Beamten;
2. auf die Beibringung der direkten persönlichen Staatsteuern und Kommunalabgaben, sofern diese Steuern und Abgaben nicht seit länger als 3 Monaten fällig geworden sind;
3. auf die auf gesetzlicher Vorfrist beruhenden Alimentationsansprüche der Familienglieder;
4. auf das Gehalt und die Dienstbezüge der im Privatdienste dauernd angestellten Personen, soweit der Gesamtbetrag die Summe von 400 Talern (seit 1878 geändert in 1500 M.) jährlich übersteigt.

Als dauernd in diesem Sinne gilt das Dienstverhältnis, wenn dasselbe gesetzlich, vertrags- oder gewohnheitsmäßig mindestens auf ein Jahr bestimmt oder bei unbestimmter Dauer für die Auflösung eine Kündigungsfrist von mindestens 3 Monaten einzuhalten ist.

Zwei Unbilligkeiten suchte die Novelle zu diesem Gesetz (Reichsgesetz vom 20. März 1897 und Artikel 3 des Einführungsgesetzes zur Zivilprozessordnungsnovelle vom 17. Mai 1898) zu beseitigen. Es dehnte die Zulässigkeit von Beschlagnahmen und Pfändungen auch auf die Alimentationsansprüche der geschiedenen Ehefrau und der außerheiratslichen Kinder aus und beseitigte den durch den Wortlaut des § 4 Ziffer 4 des Gesetzes herbeigeführten Mangel, daß auch bei tatsächlich jahrelang dauernden Dienstverträgen Gehälter von 6000, 10 000 M. überhaupt nicht pfändbar waren, falls eine kürzere Vertragsdauer als 1 Jahr und eine kürzere Kündigungsfrist als 3 Monate vereinbart war. Die Beseitigung der tatsächlichen Unpfändbarkeit der hohen Gehälter wurde durch folgende neue, jetzt gültige Fassung des § 4 Nr. 4 erreicht:

§ 4 des gegenwärtigen Gesetzes findet keine Anwendung: 4. insoweit der Gesamtbetrag der Vergütung (§§ 1, 3) die Summe von 1500 M. für das Jahr übersteigt.

Diese Fassung führte herbei, daß fortan bei allen Lohnverträgen eine Beschlagnahme und Pfändung nur verboten ist, solange der Jahresbetrag des Lohnes 1500 M. nicht übersteigt hat. Die Pfändung über 1500 M. hinaus ist gestattet, darunter verboten.

Der Wortlaut des Gesetzes besagt dies klar, nicht minder die Entstehungsgeschichte. Zum Heberfluß erklären noch die Motive,

durch die Renuerung ist einerseits die Grenze, über welche hinaus die Pfändung gestattet ist, in dem Gesetz selbst auf 1500 M. festgesetzt, andererseits die Pfändung mit dieser Beschränkung auch bei anderen als dauernd angestellten Personen zugelassen worden.

Wie kommen Berichte dazu, entgegen diesem klaren Tatbestand das Gesetz so zu interpretieren, als ob in ihm stünde: Die Pfändung ist zulässig, insoweit der Tagesbetrag 4,11 M. oder der Monatsbetrag 125 M. übersteigt? Durch eine eigenartige Deduktion aus den Worten „für das Jahr“. Sie sagen: Früher stand da „jährlich“, jetzt „für das Jahr“. Das Jahr ist also nicht das Kalender- oder Vertragsjahr, sondern die Zeiteinheit eines Jahres vom Tage der Zustellung des Pfändungsbefehles an gerechnet. Die Worte „für das Jahr“ drücken keine Zeitdauer, sondern nur das „Zeitraum aus, nach dem Einkünfte in der Regel berechnet werden.“ Punktum. Uebrigens sei das auch für den Arbeiter vorteilhafter, da ja sonst z. B. bei einem Monatsverdienst von 150 M. nach Verdienst von 1500 M., also nach Ablauf von 10 Monaten, der Verdienst für die noch laufenden 2 Monate voll pfändbar wäre. Eine willkürlichere, falschere Interpretation ist kaum denkbar. Sie ist auch wiederholt, so am 17. Februar 1903 vom Oberlandesgericht Stettin als völlig unsinnig abgelehnt. In neuerer Zeit hat das sächsische Oberlandesgericht im Februar 1912 (vergleiche „Soziale Praxis“ vom 29. Februar 1912, S. 689) gleichfalls diese Art der Deduktion für falsch erklärt und das Gesetz zutreffend dahin interpretiert: solange die Gesamtsumme des im Jahre verdienten Lohnes 1500 M. noch nicht erreicht hat, ist Pfändung oder Beschlagnahme unzulässig; zulässig ist lediglich die Pfändung des 1500 M. Jahresverdienst übersteigenden Betrages. Erwähnung mag finden, daß die Ausdrucksweise „für das Jahr“ sich auch in § 749 Absatz 2 der Zivilprozessordnung vorfindet und daß keinem Gericht und keinem Kommentar es beigegeben ist, diese Worte anders als das Wort „jährlich“ auszulegen.

Die falsche Interpretation ist zuerst durch den Kommentar von Meier zum Lohnbeschlagnahmegesetz aufgefunden, der in souveräner Gerachtung der Entstehungsgeschichte und des Zwecks des Gesetzes sowie seiner Motive die Wortklaubererei, die wir oben wiedergeben, für richtig hält. Dem Oberlandesgericht Düsseldorf im rheinischen Industriegebiet gebührt der wenig beneidenswerte Ruhm, zuerst (am 24. Januar 1907) diesem Mißverständnis des Lohnbeschlagnahmegesetzes gefolgt zu sein. Ihm reichte sich dann am 3. Mai 1907 das Oberlandesgericht Marienwerder an.

Diese falsche Auslegung des Lohnbeschlagnahmegesetzes raubt der Arbeiterklasse Rechte, auf die sie fast 40 Jahre unbestritten Anspruch hatte. Einem solchen Mißbrauch der Auslegungsmöglichkeit sollten die Gewerbegerichte mit Entschiedenheit entgegenreten. Es ist dies um so mehr erforderlich, als auch das im Bürgerlichen Gesetzbuch errungene Verbot einer Zurückbehaltung des Lohns, soweit dieser unpfändbar wird, durch die Nichtzahlung des Lohnbeschlagnahmegesetzes erheblich an Wert verliert.

### Militär, Studenten und Volksschüler!

Die nun bekannt werdenden amtlichen Nachweisungen über die Aufwendungen für die Volksschulen stellen erneut deren Behandlung als Stiefkinder heraus. Die Aufwendungen dafür sind noch sehr gering. Sie stehen in einem schreienden Gegensatz zu den Lasten für das höhere Schulwesen und vor allem zu den schweren Opfern, die der Militarismus dem Volke auferlegt. Sieht man von dem Ausfall ab, der unserer Volkswirtschaft durch das Brachliegen einer gewaltig großen Summe von Arbeitskraft entsteht, so belaufen sich die Ausgaben für den Militarismus jetzt auf rund 3000 Millionen Mark. Dem stehen an laufenden Ausgaben für das Volksschulwesen in Preußen im Jahre 1911 rund 421 Millionen Mark gegenüber. Auch im Verhältnis zu den Universitäten sind die Volksschulen kümmerlich bedacht. Die Zahl der Volksschulkinder war 240 mal so groß als die der Studenten, aber die Aufwendungen waren nur 21 mal so groß.

Die Kultur unserer Zeit kann kaum schöner beleuchtet werden als wenn wir die in Betracht kommenden Ziffern hier zu einem Bilde vereinigten. Es schaut so aus:

Gesamtausgabe für das Militär (Etat 1912)	2 886 135 100 M.
Friedenspräsenz (Etat 1912)	720 669 Mann
Aufwendungen für die Volksschule in Preußen im Jahre 1911	420 898 000 M.
Zahl der Volksschulkinder	6 872 072
Kosten der Universitäten in Preußen (1911)	19 469 730 M.
Zahl der Studenten	27 341

Demnach betrug die Ausgabe für einen Soldaten . . . . . 4 004.— M.  
Studenten . . . . . 712.— „  
Volksschüler . . . . . 64,50 „

Die neue Militärvorlage steigert die Kosten noch ganz erheblich. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß für Kulturaufgaben, vor allem für die Volksschule, kein Geld vorhanden ist.

Die amtlichen Zahlen enthalten noch intimere Reize preußischer Kultur. Die Aufwendungen für Schulen werden nur zum Teile aus Staatsmitteln bestreiten. Von den Volksschulkindern haben den Löwenanteil die Kommunen zu tragen, von den Kosten für die Universitäten entfallen auf den Staatsfiskus etwa Dreiviertel. Daraus ergibt sich, daß aus Staatsmitteln ungefähr aufgebracht werden

für einen Studenten . . . . .	518,80 M.
Volksschüler . . . . .	19,20 „

Man sieht, die Leistungen des Staates für das Stiefkind Volksschule sind gering. Um so größer aber ist die Annäherung der Staatsbehörden bei der Reglementierung der Volksschule. Trotz dem sogenannten Selbstverwaltungsrecht und obwohl die Gemeinden den Löwenanteil der Lasten für die staatliche Einrichtung der Zwangsschulen aufbringen müssen, nimmt sich die preussische Staatsmacht herab, vorzuschreiben, daß Staatsbürger mit ihr nicht genehmer politischer Heberzeugung nicht in den Schulkommissionen tätig sein dürfen und Arbeiter-Turnvereine von der Benutzung der Turnhallen ausgeschlossen bleiben müssen.

In Preußen muß alles seine richtiggehende Ordnung haben. Es würde etwas fehlen, ließe die Volksschule den Einschlag agrarischer Bevorzugung vermissen. Keine Sorge, er findet sich auch hier, dazu ziemlich scharf ausgeprägt. Die Zahl der Volksschulkinder auf dem Lande ist 1 1/2 mal so groß als wie die in der Stadt, aber für die Schule auf dem Lande entfällt aus Staatsmitteln 4 mal so viel als auf die städtischen Schulen! Ohne diese besondere liebevolle Fürsorge des Staates würden allerdings manche Schulen auf dem Lande noch hinter besseren Schweineställen zurückbleiben.

Den Reaktionen ist die Volksschule ein Greuel. Wenigstens insoweit, als sie den Kindern mehr vermittelt als Autoritätsglauben, Unterwürdigkeitsgefühl und dogmatische, auf die Anergiebung von Bescheidenheit und Gehorsam eingestellte Religion. Das erklärt zur Genüge die stiefmütterliche Behandlung der Volksschule in Preußen. Unwissenheit und Erbgeheimnis — so heißt die beste Grundlage reaktionärer Herrschaft. Sie der großen Masse zu erhalten, ist Preußens oberster Grundsat!

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Die Kontrolle der Wanderarbeiter. Damit die Agrarier die ausländischen Arbeiter besser in die Gewalt bekommen können, wurden durch Gesetz des preussischen

Ministers des Innern vom 21. Dezember 1907 die Legitimationen der ausländischen Arbeiter für Preußen geregelt. Danach müssen alle aus Rußland, Oesterreich-Ungarn oder anderen Ländern kommende Arbeiter mit Inlandsausweispapieren versehen werden. Die Ausstellung der Legitimationspapiere ist der deutschen Arbeiterzentrale in Berlin, früher deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle und ihren 44 Legitimierungsbüroen übertragen.

Die Legitimationskarte wird von dem Grenzamt bei Heberzschreiden der Grenze auf Grund der ausländischen oder anderer Papiere in deutscher Sprache ausgestellt und von der für das Grenzamt der Arbeiterzentrale zuständigen Ortspolizeibehörde beglaubigt. Die Arbeiterzentrale führt ein Kartenblatregister über die legitimierten Leute, stellt die Legitimationskarte auf einen bestimmten Arbeitgeber, in roter Farbe für Polen, in gelber für Ruthenen und in weißer für Leute anderer Nationalität aus. Doch können die fremden Arbeiter auch nach Ankunft an ihrer Arbeitsstelle eine Legitimationskarte erhalten. In diesem Falle wendet man sich an die Ortspolizei der Arbeitsstätte. Die Folgei veranlaßt die Ausstellung der Legitimationskarte durch ein Amt der Feldarbeiter-Zentralstelle. Für die Legitimation an der Grenze wird eine Gebühr von 2 M., für die an der Arbeitsstelle eine solche von 5 M. erhoben. Der Feldarbeiterzentrale fließen durch diese mit den Staatsverträgen unterzeichnete, einen Vertragsbruch darstellende Eintragung jährlich gegen 2 Millionen Mark Liebesgaben zu.

Im letzten Geschäftsjahre, das vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1912 lief, hat die Arbeiterzentrale 729 575 Ausländer (gegen 694 025 des Vorjahres) legitimiert, davon 388 850 (gegen 375 083) an der Grenze und 342 725 (gegen 320 942 des Vorjahres) an der Arbeitsstelle. Aus Rußland kamen 281 813 Polen und nur 148 Ruthenen, 17 937 Deutsche, 3682 Litauer und 5253 Angehörige anderer Völker, aus Oesterreich 75 851 (von Jahr zu Jahr weniger) Polen, 77 911 Ruthenen, 54 553 Deutsche, 26 854 Tschechen und 27 784 Angehörige anderer Völker, aus Ungarn 23 025, aus Italien 52 177, aus den Niederlanden und Belgien zusammen 65 613 Personen, der Rest aus anderen Staaten, darunter 9458 aus den drei skandinavischen Königreichen. Die Sachengänger der Polen, Ruthenen und Deutschen aus Oesterreich ist gegen das Vorjahr zurückgegangen, hingegen ist der Zugang der Polen aus Rußland, der Italiener, der Niederländer und Belgier seit 1908/09 in stetig und starkem Maße gewachsen.

Die Einrichtung erscheint den Agrariern aber noch nicht als ein Ideal, da durch sie ja auch die Industrie mit Arbeitern versorgt wird, wodurch wieder die Löhne zur Steigerung neigen. Im Jahre 1909/10 entfielen auf die Industrie 268 182 oder 41,7 Proz. der legitimierten Personen, im letzten Geschäftsjahre bereits 332 211 oder 45,5 Proz. gegen 307 364 oder 54,5 Proz. in der Landwirtschaft. Die Industrie hatte im vergangenen Jahre über 42 000 Polen, über 87 000 Ruthenen, drei Siebentel der russischen Deutschen, fast alle österreichischen Deutschen (nämlich 51 906), fast alle Tschechen (25 784), so auch wie alle Italiener (52 145), etwa fünf Sechstel (nämlich 55 310) der Belgier und Niederländer beschäftigt. Hingegen bevorzugt die Landwirtschaft die billigeren polnischen Arbeitskräfte. Von den in ihr beschäftigten Leuten waren 815 638 Polen und 41 033 Ruthenen, 12 881 Deutsche aus Rußland und Oesterreich, 6818 Ungarn und 10 381 Niederländer und Belgier.

Durch das von der Zentrale geführte Register werden bei Ermittlungen noch flüchtigen Ausländern die Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften unterstützt, die Ausländer durch den Kartenzwang an freier Bewegung gehindert. Und das ist der Zweck der Einrichtung.

## Gerichts-Zeitung.

### „Burschmäre“ als Störenfried.

Der als Berliner Original allgemein unter dem Namen „Burschmäre“ bekannte Buchhändler Heinrich Müller hatte gestern vor den Moabitern Strafverurteilung eine Gastrolle zu geben. Wegen Störung eines Gottesdienstes hatte die 4. Ferienstrafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Wenz gegen ihn zu verhandeln. — Der Angeklagte betreibt seit 26 Jahren das Gewerbe eines Buchhändlers und zwar hält er sich ständig in der Nähe der Weidendammbrücke in der Friedrichstraße auf, wo er mit einem mächtigen Burschmäre bepackt und mit weißer Schürze, Zylinderhut und Monocle bekleidet den Ruf: „Warm sind se noch!“ ertönen läßt. Wie „Burschmäre“ gestern zaghaft dem Vorsitzenden erzählte, trinke er „leider“. Dies komme daher, weil er häufig von seinen Stammkunden eingeladen werde und er überall, wo er hinkomme, mit dem Ruf: „Burschmäre trinkt ein mit“ begrüßt werde. Die Folge war, daß er sich bei seinem anstrengenden nächtlichen Dienst langsam dem edlen „Suff“ ergeben habe.

Doch dies mitunter wenig harmlose Formen annehmen kann, zeigte ein Vorfall, der sich am 20. April, einem Sonntage, zugetragen hatte. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntage hatte der Angeklagte etwas stark dem Alkohol in allen möglichen Variationen zugeprochen. Als er am Morgen stark begehrt nach Hause kam, bekam er plötzlich, eine Folge des sog. „grauen Glanz“, den Einfall, das Grab seiner ersten Frau aufzusuchen. Er stülpte sich den Zylinder wieder auf den Kopf und wanderte los. Seine Absicht scheiterte jedoch daran, daß er, als es an der ersten Kniepe, an der er vorbeikommt, so schön nach Alkohol roch, erst schnell einen kleinen „Leichenwagen mit Trödeln“ (Schnapsmischung) genehmigte. Da nebenan noch mehrere Kniepen waren, wiederholte sich hier der gleiche Vorgang. Nachmittags um 6 Uhr befand er sich dann glücklich in einem derartig „betäubten“ Zustande, daß er in die Wolfgangkirche hingeriet, in der gerade der Nachmittagsgottesdienst begonnen hatte. Er ließ sich hier auf einer Bank nieder, winkte dem Geistlichen mit seinem Zylinder und später mit einem Taschentuch zu, so daß er schließlich mit vereinten Kräften von dem Küster und dem Kirchendiener hinausgeführt werden mußte. Der Staatsanwalt beantragte 3 Tage Gefängnis. Das Gericht kam jedoch auf Grund der Aussagen der Zeugen zu der Ansicht, daß sich der Angeklagte tatsächlich in einem Zustande sinnloser Trunkenheit befunden habe und kam gemäß § 51 zu einer Freisprechung.

**J. Baer**  
Ecke  
Banstr. 26 Prinz-Allee  
Herren- und Knaben-  
Moden, Berufskleidung,  
Eleg. Palots, Großes  
Stofflager zur Anfertigung nach Maß, Allerbilligste streng feste Preise.

**Gneisenastraße 10,**  
S. Grau, billigste u. beste  
Bezugsquelle für  
**Möbel jeder Art.**  
Kassa und Teilzahlung.

**Zigaretten.**  
100 Stk. Sumatra 3.—, 3,50 und  
3,45 M., Optima 11 cm 4 M., bessere  
4,60, 5,70—5,90 M., Soera St. Heltz  
7,50 und 9 M., 100 Zigaretten 1,20 M.,  
bei 50 St. 10 Pf., bei 25 St. 20 Pf.  
Kaufweg, Lieferung portofrei bis  
zum 15. August 1913.  
Wendtschki, Berlin, Jagdstr. 13.

**Augusta-Bad**  
Köpenicker Straße 60.  
Sämtliche Bäderarten. — Mierant  
aller Krankenanstalten. 1920\*

**Buchhandlung Vorwärts**  
Lindenstr. 69 (Laden)

**Ansichtskarten**  
vom  
Riesengebirge, Harz,  
Sächsische Schweiz,  
Dresden, Berlin  
in reicher Auswahl.  
Stück 5 Pf.

**Wanderkarten**  
hält stets vorräthig  
Buchhandlung Vorwärts  
Lindenstr. 69 (Laden)

# Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 29. Juli 1913, abends 8 Uhr:

## Sechs Viertels-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

### 1. Görliger Viertel

bei Graumann, Raunhstr. 27.  
Referent: Genosse **Büchner**.

### 2. Köpenicker Viertel

in Süd-Ost, Waldeemarstr. 75.  
Referent: Genosse **Slegle**.

### 3. Frankfurter Viertel

bei Doerfer, Weberstr. 17.  
Referent: Genosse **Basner**.

### 4. Stralauer Viertel

in den Comenius-Sälen, Memeler Str. 67.  
Referent: Genosse **Sassen**.

### 5. Petersburger Viertel

in der Löwenbrauerei, Frankfurter Allee 53.  
Referent: Genosse **Wieloch**.

### 6. Landsberger Viertel

im Clysium, Landsberger Allee 40.  
Referent: Genosse **Kelle**.

Tagesordnung:

1. Anträge und Vorschläge der Delegierten zum Parteitag. 2. Bestätigung der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

215/20\*

# Verband d. Hausarzt-Vereine

## Zentrale Organisation für Volksgesundheitspflege.

Unsere Mitglieder ersuchen wir höflichst, die ausgegebenen Fragebogen recht genau auszufüllen. Die eingehende Beantwortung ist dringend notwendig und soll eine wissenschaftliche Grundlage bilden, um für unsere Ziele

## 70 000 Verbandsangehörigen

Verbesserungen einführen zu können.

Schon jetzt gebären wir für den geringen Beitrag von **25 Pfg.** pro Woche unseren Mitgliederfamilien, ob mit vielen oder wenigen Kindern, **freien Hausarzt, freie Medizin, Diphtherie-Serum, Mütter, Verbandstoffe, Kronleuchter** und viele andere Vorteile. Herzlicher Rat steht den Frauen und Kindern zu jeder Zeit, unbegrenzt der Zahl und Dauer der Krankheiten und ohne Formalitäten, wie Krankmeldung o. dgl. zur Verfügung.

Nähere Auskunft erteilen:

- für Moabit: **P. Häbe**, Beusselstr. 60.
- Charlottenburg: **G. Leupold**, Krummstr. 7.
- Norden: **O. Wölke**, Brunnenstr. 84.
- Osten: **K. Robel**, Kopernikusstr. 9.
- Wilhelmsruh: **M. Kretke**, Replerstr. 26.
- Reinickendorf: **Riedel**, Brunnenstr. 87.
- Mariendorf u. Umg.: **M. Herbst**, Schwerinstr. 75.
- Tegel-Borsigwalde: **A. Becker**, Brunowstr. 16.

- für Neukölln: **A. Kuhnert**, Stutigarter Str. 54.
- Nied.-Schönhausen: **E. Hellrich**, Kaiser-Wilhelm-Str. 49.
- Wilmerd.-Friedenau: **R. Becker**, Wilhelmstraße 133.
- Westen: **M. Erdmann**, Kuglerstr. 13.
- Süden: **M. Tharm**, Dieffenbachstr. 18.
- Spandau: **G. Ruhnke**, Weidenburger Str. 21.
- Fürstenwalde: **R. Flicke**, Holzstr. 3.

Zentral-Vorstand: **G. Jacob**, Berlin NW., Emdener Str. 45. Tel.: 216. 1134.

# Bezirk Neukölln.

fest bei **Bartsch**. Karten bei den Kassendoten.

Sonntag, den 3. Aug.: **Ausflug** nach der **Königsheide**, mit Musik. Gemeinsamer Abmarsch: 1 Uhr, Köpcke-Str., Eingang d. Spielplatzes. Bei sehr ungünstigem Wetter: **Kinderpiele** und gemütliches **Besammeln** bei **Bartsch**. Erwachsene 10 Pf. — Sonnabend, 16. Aug.: **Stiftungsfeier**. 287/17

## Residenz-Festsäle

Alexanderplatz — Landsberger Str. 31  
Empfehle meine renovierten Räume (50—1000 Personen fassend) den Gewerkschaftsvereinen zur Abhaltung von Versammlungen, sowie Festlichkeiten jeder Art einer gütigen Beachtung.  
**Restaurant Kegelbahnen**  
18285\* A. F. Manthey.

# Kaarausfall

lonie Schuppen und Spalten der Haut wird unbedingt beseitigt durch tägliches Waschen mit der besten

**Steckenpferd-Teerschwefel-Seife** von **Bergmann & Co.**, Koberdel. Bestes Mittel zur Stärkung und Reinhaltung des Haarwuchses. **50 Pf. Ueberall zu haben.**

# Deutscher Bauarbeiter - Verband.

Zweigverein Berlin.  
Sektion der Gips- und Zementbranche.

## Gipsbaubranche, Rabizputzer, Spanner und Träger!

Montag, den 28. Juli 1913, abends 8 Uhr:

## Außerordentliche Mitgliederversammlung

in Haberlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35.

Tagesordnung:

Bericht und Beschlussfassung über das Ergebnis der Tarifverhandlung vor dem Einigungsamt.

Werte Kollegen! In dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen, ist Ehrenpflicht jedes Mitgliedes unserer Sektion, welches in der Gipsbaubranche arbeitet.

Mit kollegialem Gruß

143/19\* Der Sektionsvorstand. **F. K. P. Gähne.**

# Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Verwaltung Berlin.

**Achtung!**

Die **Generalversammlung** findet am **21. August 1913**, abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 15, Saal 4, statt.

## Branchen-Versammlungen Sargtischler.

Mittwoch, den 30. Juli 1913, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von **P. Michaltseck**, Petersburger Str. 84.

## Bodenleger.

Mittwoch, 30. Juli, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15, Saal 3.

Tagesordnung:

1. Bau Wertheim. 2. Branchenangelegenheit. 3. Verschiedenes.

Donnerstag, den 31. Juli 1913, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12:

## Außerordentliche Branchen-Versammlung Stellmacher u. Treppengeländer-Arbeiter

Tagesordnung:

1. Die Arbeitsvermittlung in unseren Branchen. 2. Verbands- und Branchen-Angelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

50/10

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finienstr. 83—85.

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Die für

## Stummelsburg u. Stralau

zum Montag, den 28. Juli, anberaumte Bezirksversammlung

findet nicht statt!

Dienstag, den 29. Juli 1913, abends 6 1/2 Uhr:

## Versammlung

sämtlicher in den Sargbetrieben beschäftigten Klempner in den **Andreas-Festsälen**, Andreasstraße 21.

Tagesordnung:

1. Sind unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen verbesserungsbedürftig? Referent: Kollege **Designeur**. 2. Diskussion. 3. Beschlussfassung über die weiteren Maßnahmen.

Die Kollegen von den Firmen **Klee, Griensleben, Koch u. Carius, Potliker u. Schwabach** und **Hindelen** sind hiermit ganz besonders eingeladen. — Zahlreichem Besuch steht entgegen.

Die Ortsverwaltung.

# Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.

Montag, den 28. Juli, abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**, Saal 1:

## General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag über „Die Volkshilfe“. Referent: Kollege **C. Wisbach**. — 2. Diskussion. — 3. Bericht des Vorstandes und der Revisoren über das 2. Quartal. (Antrag auf Entlastung der arbeitslosen und ausgefallenen Kollegen). — 4. Wahl von zwei Schriftführern. — 5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

20/8

Der Vorstand.

# Arbeiter - Wanderbund „Die Naturfreunde“.

## Billige Gesellschaftsfahrten nach dem Spreewald

am 10. August und 7. September 1913.

Besuch der malerischsten und schönsten Punkte des Spreewaldes. Wanderung durch die Dürger Kolonie nach Burg. Besichtigung des Rückganges der Sandbinnen. Kahnfahrt über Hb. Fische, Rannowühle, Schützengrund und Wolfshof nach Lössenau.

Teilnehmerkarte 6,75 M. (einschl. Eisenbahnfahrt 3. Klasse, Mittagessen und Kahnfahrt.) Ausführliche Programme und Teilnehmerkarten sind zu haben bei **Hoysa**, Bodenstr. 19; **Horsch**, Engelauer 15, und **G. Zepmeisel**, Neukölln, Seemannstr. 176.

Schluss der Kartenausgabe zwei Tage vor dem Stattfinden der betr. Fahrt.

# Einladung zur Konstituieren der General-Versammlung

der

## Rohstoff- und Spargenossenschaft der Schuhmacher

Neutölln und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Am Montag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr,

bei **Gätig**, Erstr. 8 in Neutölln.

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorstandes.

2. Wahl des Aufsichtsrates.

3. Genehmigung des Statuts.

4. Verschiedenes.

Nur Mitglieder haben Zutritt gegen Vorzeigung der gedruckten Quittung.

Andere müssen sich vor dem Eingang des Lokals aufnehmen lassen. Der Eintritt kostet 1 Mark Einschreibegeld.

100/3

Die interimistische Verwaltung.

Conrad Holland.

## Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Mariendorf und Umgegend.

Dienstag, den 5. August 1913, nachmittags 6 1/2 Uhr, im Lokal

„Schwarzer Adler“, Berlin-Mariendorf, Chausseestr. 49:

## Allgemeine Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

Vortrag über die Wirkungen des § 1513 d. Reichsversicherungsordnung.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend ist recht zahlreiche Beteiligung der Mitglieder sehr erwünscht.

Nach Schluss der Versammlung:

## Außerordentliche Generalversammlung sämtlicher Delegierten.

Tagesordnung:

Beratung und Beschlussfassung über die neue Dienstordnung der Angestellten. (§ 361 R.-V.-D.)

100/3

Nachdem: **Generalversammlung der Vertreter der Kassenmitglieder.**

Tagesordnung:

Erwahlung eines Vertreters zum Vorstand für das ausgeübene Vorstandsmitglied Herrn **Ernst Seile**.

Als Legitimation gilt die den Herren Vertretern bezogenen zugehende Einladung. Um pünktliches Erscheinen wird möglichst gebeten.

274/6

Berlin-Mariendorf, 27. Juli 1913.

Der Vorstand.

Aug. Loip, 1. Marek, Schriftführer, Vorsitzender.

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

100/3

Gewerkschaftliches.

Derfid.

In Schaffigkeit und nichtsnutziger Verleumdung der Arbeiter schlägt die ultramontane Presse jeden Scharfmacher...

Da entsteht die Frage, wie es nur möglich sein kann, daß disziplinierter Arbeiter gegen den Willen ihrer Leitungen...

Wehr, Wobheit und Lücke, als hier sich offenbart, kann wohl kaum sonst noch in so wenigen Zeilen aufgegeben werden...

Die Verdächtigungen kommen zu sehr aus den Niederungen böser Absicht...

Wir begnügen uns damit, das Denkmal pfäffischer Nichtsnutzigkeit hier niedriger zu hängen.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter der Metallwarenfabrik H. A. Schulze in der Fehrbelliner Straße klagen über schwere Mißstände in dem Betriebe...

Zweierlei Ansichten.

Dem Alltag Abgelauft.

Auf dem Neumarkt zu Gotha steht ein prächtiger Brunnen. Seine Wasser plätschern Tag und Nacht, seit Jahrhunderten schon...

niedrig gefaßt, daß die Leute beim besten Willen nicht zu ihrem Gelde kommen können. Die Arbeiter hatten immer 50 Pf. Mindestlohn...

Diese und noch andere Mißstände haben eine derartige Erregung in die Arbeiterschaft der Firma hineingetragen...

Die vollständig besuchte Betriebsversammlung betonte am Schluß einer einstimmig angenommenen Resolution: „Die Versammlung erwartet bestimmt eine Aenderung und wird sich eine Verschlechterung unter keinen Umständen gefallen lassen.“

In der Versammlung wurde gerade von Hirsch-Dunderscher Seite betont: Wenn die Arbeiter noch nicht scharfer vorgegangen seien...

Die Tabak- und Zigarettenfabrik L. Winiak (Herbstsk. Wignetti), Schönhauser Allee 8, ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs für Zigaretten- und Zigarettenhülsen-Maschinenführer gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zur Werftarbeiterbewegung.

Die Arbeiter des technischen Betriebes des Bremer Lloyd in Bremerhaven haben am Freitag zu der Frage über die Arbeitseinstellung Stellung genommen...

In Einwarden wurde am Freitag ebenfalls der Streik beschlossen. Die Arbeiter der Werft von Frerich u. Co. in Einwarden hatten sich durch ihre örtliche Verbandsleitung ebenso wie die der anderen Werften an der Unterweser in Bremerhaven und Westermünde bei Teschenburg, Seebad und Kidmers und des Bremer Vulkan in Begeß mit den Betriebsleitungen in Verbindung gesetzt...

und am Freitag abend ist nun auch die Entscheidung in Einwarden gefallen. Am Sonnabend morgen, 26. Juli, haben die Arbeiter das Werkzeug abgeliefert...

Die Auszahlung der Streikunterstützung in Hanburg ist am Sonnabend, den 26. Juli, in allen beteiligten Verbänden ohne Störung erfolgt. 800 Delegierte und Vertrauensmänner der Holzarbeiter nahmen am Freitag, den 26. Juli, eine Entschliessung an...

Die Unternehmer im Malergewerbe geben sich die erdenklichste Mühe, offen darzulegen, daß sie nur durch die Macht der Verhältnisse und durch den Druck der Arbeiterorganisation gezwungen...

Im übrigen Deutschland erschwert der Unternehmerverband die örtlichen Verhandlungen durch die Weigerung die Ziffer 4 des letzten Schiedsspruches zu erfüllen...

Trag des Widerstandes der Unternehmer erreichte es der Vorstand des Verbandes der Maler dennoch, daß für den 22. Juli eine Sitzung des Haupttarifamtes festgesetzt wurde...

Die Beschlüsse der letzten Generalversammlung des Malerverbandes auf Stärkung des Kampffonds und den inneren Ausbau der Organisation durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung werden der Gehilfenorganisation und den organisierten Malergehilfen so zum Vorteil gereichen...

An jenem Abend schrie er unablässig. Es war, als der heraufkommende Duff der Linden ihn ganz toll gemacht hätte...

„Es das ekelhafte Vieh schon wieder auf dem Scheuerdach!“ schimpfte ein bieder Hausbesitzer, den sein abendlicher Spaziergang vorbeiführte...

Samstagsnachmittag. Ja, gehe über's Feld heimwärts. Ueberall duftet nach Heu und späten Rosen. Die Keimen Gehölze auf dem Weg nach Remstädt sehen blank und freundlich aus...

Durch die süße Stille schritt ein scharfer Schrei. Die Schulkin hat ein Duhn bei den Hügelin gepackt, um es zu schlagen. Einem Messers Schneide glüht auf im Strahle der sinkenden Sonne...

Ihr kleines Mädchen steht abseits, hält die Schürze vors Gesicht und weint bitterlich: ist's doch sein Lieblingshuhn, das die Mutter jetzt schlägt, sein Gaderli...

Das Brädellein aber hopft lustig auf seinen nackten, staubigen Füßen hin und her, klatscht jauchzend in die Hände und schreit über's Feld: „Morgen gibst Diederbraten!“

Die feuerwehr-Ausstellung in Leipzig.

Die Feuerwehr-Ausstellung, die in stiller emsiger Arbeit auf dem großen Leipziger Neßplatz geschaffen wurde, ist nun stoffreich, stattliche Bauten und weite Zelte umringen einen gewaltigen Halbkreis...

opfert, oft aus reiner Menschenliebe, als „Freiwilliger“, Leben und Familienglück im Dienst der Allgemeinheit gegen das gestrige Element legt.

Die Landesverbände haben ihre Reliquien zur wissenschaftlichen Schau zusammengetragen. Vor allem der Braunschweigische Landesfeuerwehverband "helechte um ein altes Bauernhaus, das schwer behängt ist mit alten Menschenleuten der ersten Selbsthilfe gegen das tödliche Element...

So liegen hier die Marksteine der Feuerwehrergangenen. Jwanzig, von Wurmlöchern durchzogene „Spritzwagen“, mit Sprüchlein, von zitternden Händen mit Dankgebeten bekränzt, aus braunfleckigen Gefäßen, Coffer umgeben und Leipziger Nachbardsfern. Verdiente Wasserfässer und Aohrfässer, Sturmgloden, Signalkörner und das alte Telephon, das dröhnende Sproachrohr, das 1700 Meter weit rief...

Über mit der Verminderung der Mannschaften und der staatl. militärischen Regie aus die Technik im Einzug ein. Die Löschzüge, Geräte und Ausrüstungen wurden von der Technik der Feuerwehrromantik entfremdet, maschinell uniformiert. Da stehen ganze Löschzüge im Autobetrieb, Spritzen, Mannschaften, und Leitern...

und kampfbereiter bestehen werden als je. Dafür bürgt die verständnisvolle Aufnahme, die die tiefenleidenden Beschäfte bei der übergroßen Anzahl der Malergeliebten finden. Und die noch indifferent oder schmallos beiseite stehen, werden durch das arbeiterfeindliche und anmaßende Vorgehen der Unternehmerbündler während und nach dem letzten Kampfe im Malergewerbe dem Verbanne der Maler sicher bald beitreten.

### Finanzieller Zusammenbruch der national-polnischen Gewerkschaften.

Im Frühjahr leiteten bekanntlich die polnischen Gewerkschaften in Oberschlesien unter den Bergarbeitern eine Lohnbewegung ein, ohne vorher eine andere Gewerkschaftsrichtung zu verständigern. Diese Bewegung erreichte in dem ober-schlesischen Bergarbeiterstreik, an welchem sich rund 75 000 Bergarbeiter beteiligten, ihren Höhepunkt. Dieser Kampf wurde von den polnischen Gewerkschaften begonnen, ohne daß sie über Mittel zur Unterstützung der Streikenden auch nur für eine Woche verfügten, in der Hoffnung, daß er durch Entgegenkommen der Grubeneigentümer in 4-5 Tagen zu Ende sein würde. Doch diese Kalkulation ging fehl. Die Grubeneigentümer gaben, was vernünftige Menschen den polnischen Führern voraussetzten, in 4-5 Tagen nicht nach. Die Arbeiter blieben standhaft und wurden nicht zu Streikbrechern. In der Hoffnung, daß der Streik in wenigen Tagen erledigt sein würde, wurden den Arbeitern die größten Versprechungen gemacht. Es wurde gesagt: alle Arbeiter müßten sich der polnischen Berufsvereinigungen anschließen, dann erhielten sie Unterstützung. Aus Frankreich, Amerika, England usw. kämen zur Unterstützung Millionen. In einer offiziellen Erklärung des Vorstandes hieß es sogar, daß sich die Chinesen (!) an der Sammlung für die Streikenden beteiligen würden, um sie aus der Knechtschaft zu befreien.

Das waren große Worte, denen ein Zusammenbruch folgte, wie er in der Geschichte der Arbeiterkämpfe einzig dastehen dürfte. Plötzlich verließen die Führer, die aus Westfalen, Posen ins Streikrevier gekommen waren, den Schauplatz ihrer „Siege“. Die Arbeiter aber verlangten, daß Unterstützung gezahlt würde. Um überhaupt noch Mitglieder zu halten, mußte die Berufsvereinigung mit der Kriegskasse schon herausdrücken. Trotzdem sind die Arbeiter aber zu Tausenden ausgestreut. Nun werden sie mit folgendem Ansprechen bedacht:

..... dem ..... 1913.

Wie dem Herrn bekannt ist, wurde den neu eingetretenen Mitgliedern der Polnischen Berufsvereinigung während des Streiks die Unterstützung nur teilweise gezahlt. Diese Unterstützung brauchen diejenigen, welche Mitglieder der Polnischen Berufsvereinigung geblieben sind und ihre Beiträge weiterzahlen, nicht zurückzugeben. Wie uns aber unser Vertrauensmann mitteilt, zahlt der Herr die Beiträge nicht weiter und deshalb fordern wir den Herrn auf, den geliebten Betrag der Unterstützung zurückzugeben, widrigenfalls wir gezwungen sind, andere Schritte zu unternehmen. Wir machen auch auf die Unterschrift des Herrn beim Empfang der Unterstützung aufmerksam.

Das Geld heraus, oder — wir klagen! Das ist der Grundton des Briefes. Selbstverständlich kommt niemand dieser Aufforderung nach. Aber warum die Berufsvereinigung solche Aufforderungen versendet, wird erst dann recht ersichtlich, wenn man das Finanzgebaren näher kennt. Im Juni hielten die polnischen Gewerkschaften in Berlin ihren Kongress ab. Dort wurde das Vermögen der gesamten polnisch-nationalen Gewerkschaften auf 894 728 M. angegeben. In einem solchen ausgegebenen Flugblatt wird nun behauptet, daß die Berufsvereinigung im Streik über eine Million Mark Unterstützung ausgezahlt habe. Demnach haben diese Gewerkschaften jetzt über 100 000 M. Schulden. Das bedeutet für sie einen finanziellen Zusammenbruch.

### Der Streik bei der Firma Bosh beendet.

Wie das Wolffsche Bureau aus Stuttgart meldet, wurde in einer Versammlung der streikenden Arbeiter der Firma Robert Bosh mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, die Arbeit bei der Firma geschlossen wieder aufzunehmen, und zwar zu den Bedingungen, die zwischen dem Verband der Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiterverband vereinbart worden sind.

## Die proletarische Jugendbewegung.

I.  
Ihre Arbeit.

Die eben erschienenen Berichte der Jugendausschüsse lassen erkennen, daß die Bewegung der jungen Arbeiterschaft einen weiteren erfreulichen Aufstieg genommen, und daß in den neun Monaten der Berichtszeit eine immense Arbeit zum Schutze und zur Bildung der heranwachsenden Arbeitergeneration geleistet worden ist.

wagen der Autofabriken Benz, Adler, Daimler. Da zeigen selbsttätige Feuermelder die technische Entwicklung der Vorapparate bis zu unseren telephonischen Meldestellen und Selbstalarmen, die bei Atmosphärenerhöhung ihrer Aufstellungsräume automatisch Kontakt einstellen und der Kilometerweit entfernten Hauptwache Kriegserklärung melden. Da beweisen statistische Erhebungen den Sieg des Feuerschutzes über plötzliche große Brände in wenigen Minuten mittels unserer Technik in Wehr, Ausrüstung und Organisation. Sanitätsräume zeigen den „Veruschub“, Sauerstoffzuführung zu im Rauchqualm arbeitenden Helfern und sofortige Selbsthilfen durch Wassertränke. Pläne erläutern die unterirdischen Abstellungen für Feuermelung, Photos zeigen die Vorgänge geschlagener Schlachten, die dem gefährlichen Elemente Fabriken und Wollentzucker wieder entziehen, kartographische Darstellungen zeigen, mit roten Punkten wie Sternennormale überflutet, die 1000 Brandstätten des Jahres in der Großstadt. Uniformen, glänzende und praktisch zugleich, Kapmasken, die in den Rauch lauten lassen ... Brandkarten, Wagenmodelle, Wachbauten. ... Man fühlt sich so sicher in diesem Arsenal des Krieges der Elemente, man hält die Feuerberufungspolice für unnötige Ausgabe und vergißt ganz, daß erst jetzt wieder in Remhof der Fabrikbau abbrannt, mit 44 verkokelten Leichen armer Arbeiterinnen. P. R.

Der „literarische Film“. In der dänischen Zeitung „Politiken“ findet sich folgende Notiz, die eine prächtige Illustration zu der Sicherheit ist, die den Dichtern bei der Verfilmung ihrer Werke angeblich geboten wird.

„Gerhart Hauptmanns Film „Atlantis“ wird der größte Film sein, der je bei De Olfen (d. i. der Direktor der „Nordische Filmcompagnie“) aufgenommen wurde. Das erste Filmmanuskript, das von Deutschland kam und von Gerhart Hauptmann selbst durchgesehen war, hat sich als unbrauchbar erwiesen, wird aber jetzt von Hr. Garde bearbeitet.“

Hr. Garde, der Dramaturg der „Nordischen“, ist aber eben jener „Bearbeiter“, der die von uns seinerzeit gemeldete Verschandelung des Viechen Romans „Die Tochter des Kommandeurs“ befragt hat. Und dem fällt jetzt Hauptmanns Werk in die Hände! Es gibt doch noch eine Remesse!

Wie entsteht das Selterswasser? Das natürliche Selterswasser, das die Hitze des Sommers einigermassen erträglich macht, hat eine Entstehungsweise, die reich an interessanten chemischen Vorgängen ist. Um das Auftreten der Kohlensäure im Selterswasser zu erklären, kann man annehmen, daß sich unterirdisch Kohlensäure angesammelt hat, sei es infolge vulkanischer Ursprünge, sei es durch Zufuhr aus den obersten Schichten der Erde, deren Vegetationshülle reichlich Kohlensäure aufweist. Oft geht aber auch die Bildung dieses Stoffes in anderer Weise vor sich. Sichert Wasser der atmosphärischen Niederschläge in tiefen, wo sich Schwefelwasser in Kalkstein ein-

Die ziffernmäßige Stärke der freien Jugendbewegung wird durch den Abonnementstand der „Arbeiter-Jugend“ ausgedrückt. Er hat sich von 80 086 auf 89 409 gehoben. Der Fortschritt entspricht dem des vorhergehenden Jahres. Gegenwärtig mußte die „Arbeiter-Jugend“ 95 000 Abonnenten. Jugendausschüsse bestehen in 655 (574)\* Orten. 409 haben über ihre Tätigkeit berichtet.

Jugendheime existieren in 291 (208) Orten. 196 (170) Heime haben nur einen Raum, 61 (45) zwei, 21 (16) drei, 17 (9) vier, 1 (3) fünf, 2 (0) sechs und 2 (0) sieben Räume. 186 Heime stellen Vereinszimmer von Wirtschaften dar, die gegen eine entsprechende Entschädigung für die Zusammenkünfte der Jugendlichen gemietet und für diese Zeit dem Verfügungsrecht des Wirtes entzogen werden. Häufig benutzen die Jugendlichen einen besonderen Eingang, um nicht den Weg durch den Schankraum zu nehmen. Der Genuß alkoholischer Getränke und des Tabaks ist in allen Jugendheimen nicht erlaubt. Einer gesundheitsmäßigen Pflege des leiblichen Wohls wird in vielen Heimen durch Verabfolgung von alkoholfreien Getränken und von Gebäck zum Selbstkostenpreise entprochen. Auch auf eine schlichte, geschmackvolle Ausstattung der Heime, auch der in den Wirtschaften, wird Sorgfalt verwendet. Die jährliche Miete beträgt in 177 (167) Orten 46 010,60 (40 237,60) M. In 13 Fällen haben die Gewerkschaftshäuser Räume unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Berlin zählt 7370 (4230) M., Leipzig 3000 (2000) M., Kiel 2700 M., Dresden 2500 (750) M., Köln 2000 M., Lichtenberg 1350 (924) M., Düsseldorf 1200 M., Eberfeld 1130 (960) M., Chemnitz 1100 M., Hannover 1000 (1000) M. und Mannheim 1000 (1000) M. Mehrere Heime können 8 Orte aufweisen. Dresden hat 7 (2 mit je einem Raum, 3 mit je zwei Räumen und 2 mit je drei Räumen). Halle hat 6 (mit je einem Raum), Berlin 3 (2 mit je sieben und 1 mit sechs Räumen), Leipzig 3 (je einen Raum) und 22 gemietete Lokale in Wirtschaften, Suhl 3 (je einen Raum), Köln 2 (1 mit vier und 1 mit zwei Räumen), Eberfeld 2 (ebenfalls 1 mit vier und 1 mit zwei Räumen), Kiel 2 (1 mit fünf und 1 mit drei Räumen). In 171 (143) Heimen sind Büchereien vorhanden, die 36 681 (31 852) Bände umfassen. In allen Heimen liegen Zeitschriften und Gesellschaftsspiele zur Verfügung und Unterhaltung aus. Die Benutzung der Heime steht überall den Jugendlichen frei. Die meisten (124) der Heime sind nur an einem Tage der Woche geöffnet, 65 an zwei, 26 an drei, 5 an vier, 3 an fünf, 13 an sechs und 27 an allen Tagen der Woche. Die weibliche Jugend war in 73 Heimen nicht vertreten, in 5 stellte sie zwei Drittel, in 17 die Hälfte, in 48 ein Drittel und in den übrigen weniger als ein Drittel der Besucher. Die Ausgaben für die Jugendheime betragen 68 600,94 M.

### Bildungsveranstaltungen wurden getroffen:

Art der Veranstaltungen	Anzahl	Teilnehmer		
		Jugendliche	Erwachsene	Insgesamt
Einzelvorträge . . .	3309	119787	14549	134336
im Vorjahr . . .	(3474)	(133080)	(9898)	(142978)
Künstlerische Veranstaltungen u. Feste im Vorjahr . . .	2405	89947	59471	149418
(1648)	(126881)	(82494)	(188876)	
Wissenschaftliche Führungen . . .	672	16919	2993	19912
im Vorjahr . . .	(390)	(10410)	(1064)	(11474)
Wanderungen . . .	8630	78817	—	—
im Vorjahr . . .	(4830)	(153616)	—	—

Außerdem fanden 208 (103) Vortragsreihen und Kurse statt. An den Kursen, die von den örtlichen Bildungsausschüssen abgehalten wurden, durften sich die Jugendlichen fast überall unentgeltlich beteiligen.

Eigene Jugendbibliotheken gibt es außer den in den Jugendheimen in 78 (69) Orten, die 18 000 (8891) Bände aufweisen. Demnach verfügt unsere Jugendbewegung über insgesamt 274 (212) Jugendbibliotheken mit 54 771 (40 703) Bänden. Die Pflege des wissenschaftlichen Jugendschutzes wird überall in Gemeinschaft mit den Arbeitersekretariaten und Gewerkschaften betrieben. In 49 (30) Orten sind besondere Jugendschutzkommissionen eingesetzt worden.

\*) Die Ziffern in Klammern stammen aus dem Bericht des Vorjahres. Sie geben die Arbeit in einem Jahre an, während die diesjährigen Ziffern die Tätigkeit in neun Monaten widerspiegeln.

geschloßen vorfindet, so oxydiert der im Wasser enthaltene Sauerstoff das Schwefelisen nicht nur zu einem leichtlöslichen Eisensulfat, sondern auch zu schwefliger Säure. Diese wirkt sofort auf Kalkstein und in pechenden Bläschen reichert sich das Wasser mit Kohlenäure an. Ist das Wasser einmal auf irgendeine Weise mit Kohlenäure gesättigt, so löst es all die kohlenlauren Steine, die es berührt, stark auf und mit doppeltkohlensauren Salzen beladen bringt es endlich durch irgend eine Spalte an die Erdoberfläche.

Kälte, das beste Haarwuchsmittel. „Die Polarländer sind das Dorado der Rahtöpfe!“ Darin gipfeln die Beobachtungen, die der bekannte Polarforscher Ernst Schadleton auf seiner Südpolarpedition gemacht hat. Er stellt fest, daß einige Teilnehmer, die bei der Ausreise nur einen äußerst spärlichen Haarwuchs besaßen, schon kurze Zeit, nachdem sie in den Polarregionen weilten, sich eines prächtigen Haarwuchses erfreuen konnten. Dabei war das neue Haar von einer Beschaffenheit, die das Entzünden jedes Haarankers erzeugt haben würde: dicht, kräftig, glänzend. Hebriges soll die Beobachtung, daß die Kälte das beste Haarwuchsmittel ist, schon früher gemacht worden sein. So ist es bekannt, daß Leute, die in Kältearbeiten arbeiten oder sich dort längere Zeit aufhalten, nie an Rahtöpfgeleit leiden, sondern den prächtigsten Haarwuchs besitzen. Auch die Tierwelt der Polarregionen rühmt sich ja des dichtesten und schönsten Haarwuchses, was den Schluss zulassen dürfte, daß die Temperatur dieser Gegenden dem Haarwuchs sehr zuträglich ist. Sobald aber Polartiere in Gegenden mit wärmerem Klima gebracht werden, wird ihr Haar lichter. Warum sollten nun diese Temperaturunterschiede nicht in gleichem Maße auch den Haarwuchs des Menschen beeinflussen? Man kann also die Beobachtung Schadletons als wahr unterstellen, und darum ergehe an alle Rahtöpfe oder solche, die es zu werden drohen, der Rat: „Auf in die Polarregion!“

### Notizen.

— Kenniere in Deutschland. Der erste Versuch, das Kennier in Deutschland zu einem Haus- und Nutztier zu machen, ist auf der Insel Röm, Kreis Londern, ausgeführt worden. In Jüland, wo ähnliche Verhältnisse bestehen, werden schon 300 Kenniere, im Herbst bringt ein Schiff weitere 200 Stück. Die großen Heidefröden Deutschlands würden, wenn die Kennierzucht sich bei uns einbürgern läßt, wesentlich wertvoller werden und zur Fleisch- und Milchverwertung beitragen können.

— Verichtigung. In dem kleinen Heuilton: Vom Export deutscher Musikinstrumente in R. 185 ist infolge eines Versehens des Einleiters ein Fehler unterlaufen. An Streichinstrumenten und deren Teilen wurden im ersten Vierteljahr 1913 nur 781 Doppelzentner im Werte von 1,038 Millionen Mark exportiert. Diese Instrumente sehen also keineswegs an der Spitze, sondern kommen erst hinter den Klavieren, Sprechmaschinen, Harmonikas,

Die Ausgaben der Jugendausschüsse betragen in 308 (245) Orten 186 747,13 (120 732,41) M. 182 Orte haben spezialisierte Angaben gemacht. Danach wurden ausgegeben: für die Bildungsarbeit 97 633,16 M. (hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß in vielen Orten die Honorare nicht honoriert werden), für Veranstaltungen der Körperpflege 6811,69 M. und für die Agitation 13 009,97 M.

Zur tatkräftigen Unterstützung der Agitations- und Bildungsarbeit in den einzelnen Orten sind die Bezirksleitungen gebildet worden, deren 30 (28) vorhanden sind. Für die Ausbildung von Funktionären wurden 19 Konferenzen und Kurse veranstaltet. Die Bezirksleitungen vermittelten 438 (252) Vorträge, hielten 108 (196) Sitzungen und 44 (22) Konferenzen ab, ferner gaben 6 Leitungen 8 verschiedene Flugblätter heraus, die in 181 200 (77 200) Exemplaren verbreitet wurden. Die Ausgaben der Bezirksleitungen erreichten die Höhe von 20 850,73 (5012,13) M.

Den Funktionären mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, befreite sich auch die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Ihr schriftlicher Verkehr zeitigte 4245 (4032) Postausgänge. Durch Herausgabe von Agitationsmaterial wurde die Werbearbeit im besonderen zu fördern gesucht. Vier neue Flugblätter wurden herausgebracht. Ein Flugblatt dient der Propaganda für die „Arbeiter-Jugend“, ein anderes wendet sich gegen den Bund „Jungdeutschland“, den Kriegerverein der Jungen, das dritte richtet sich speziell an die junge Arbeiterin und das vierte: „Die wahren und die falschen Freunde der arbeitenden Jugend“ klärt die Jugendlichen über die wahren Zwecke der staatlich organisierten gegnerischen Jugendbewegung auf. Die vier Flugblätter wurden in 414 000 Exemplaren verlangt. Dazu kommen 277 000 Exemplare, die von sechs älteren Flugblättern noch verteilt wurden, so daß insgesamt 691 000 (468 000) Flugblätter abgegeben wurden. Außerdem gelangten von der Agitationsbroschüre „Gehörst Du zu uns?“ 23 575 Exemplare und von der „Arbeiter-Jugend“ 32 000 Probenummern zur Verteilung.

Der Jugendalmanach „Jungvolk“, der vor Weihnachten zum ersten Male erschien, hat eine gute Aufnahme gefunden. 27 120 Exemplare wurden abgesetzt. „Jungvolk“ soll in jedem Jahre als eine Weihnachtsgabe an die Jugend in neuer Auflage erscheinen. Das unverantwortliche Treiben der Kriegshöhe, das begünstigt durch die neuere Entwicklung der bürgerlichen Jugendbewegung, auch schon die Jugend der Arbeiterklasse zum Opfer erlösen hat, veranlaßte die Zentralstelle, von der Schrift: Lamszus, Das Menschenschicksal, eine billige (aber ungefügte) Ausgabe zum Preise von 30 Pf. herauszugeben, um diese feindselige, teilweise dramatisch wirkende Darstellung des mit allem technischen Raffinement ausgeführten modernen Krieges in die Köpfe der Arbeiter, junge wie alte, zu bringen. (Die gewöhnliche Ausgabe kostet 1 M.)

Die Schriften, die in den früheren Jahren erschienen sind, wurden viel verlangt, allein das Jugendliederbuch in 22 223 Exemplaren.

Eine besondere Aufmerksamkeit ist der Ausbildung von Funktionären geschenkt worden. Der schriftlichen Belehrung, die durch das noch Bedarf herausgegebene Rundschreiben und die selbständigen Schriften erfolgt, sind auf diesem Gebiete sehr enge Grenzen gezogen. Die Zentralstelle ist darum zur Schaffung einer neuen Einrichtung geschritten: Im Oktober fand zum ersten Male ein Ausbildungskursus für Jugendleiter statt. Er dauerte eine Woche, 32 Funktionäre aus verschiedenen Bezirken Deutschlands nahmen teil. Der Unterricht, der täglich durchschnittlich acht Stunden währte, umfaßte: Pädagogisches, Rechtsbelehrung und Agitation, Agitation unter der weiblichen Jugend, Jugendschutz, Jugendheim, Wanderungen, Spiele im Freien, Jugendschau, wissenschaftliche Führungen, Bibliothekswesen, Gesundheitspflege, gewerkschaftliche Jugendbewegung, bürgerliche Jugendbewegung. An jeden Vortrag schloß sich eine kurze Aussprache an. Die Vorträge wurden noch Möglichkeit durch Vorführung praktischer Beispiele wirkungsvoll unterstützt. So wurden die Teilnehmer in ein Museum und in eine Erziehungsanstalt geführt, um ihnen die Art und Weise wissenschaftlicher Führungen zu demonstrieren. Die Einrichtung eines Jugendheims und die Organisation des inneren Betriebes wurde den Kurssteilnehmern ebenfalls an Musterbeispielen gezeigt. Ferner wurde ihnen die Organisation und Leitung von Wanderungen und die Veranstaltung von Spielen im Freien auf die praktische Art erläutert, indem die Lehrer mit den Schülern eine gemeinsame Wanderung unternahmen und Spiele im Freien arrangierten. Und schließlich fand im Anschluß an den Vortrag über das Arrangement künstlerischer Veranstaltungen eine Jugendfeier statt. Am Schluß des Unterrichts wurde Schülern und Lehrern Gelegenheit zu einer allgemeinen Aussprache über den Kursus gegeben. Sämtliche Schüler betonten, daß der Kursus sehr wertvoll sei. Der allgemeine Wunsch nach öfterer Wiederholung wurde schon im Mai dieses Jahres erfüllt. Und im September findet der dritte Kursus statt.

Die Ausgaben der Zentralstelle belaufen sich auf 18 029,34 (8812,20) M. Für Prozesse wurden 806,97 (3619) M. ausgegeben, der Kursus erforderte 4523,40 M., an Bezirksleitungen wurden Zuschüsse in Höhe von 2900 (2500) M. geleistet.

Unpolitische Jugendvereine bestehen in 114 (102) Orten. Sie zählen 18 067 (17 757) Mitglieder, und zwar 13 100 (13 543) männliche und 3405 (3062) weibliche Jugendliche unter 18 Jahren und 1528 (1182) Erwachsene. In vielen Orten sind die von der Behörde zertrümmerten Vereine von Jugendlichen neugegründet worden. Die Fähigkeit, mit der die Jugendlichen, aller rigorosen Verfolgungen zum Trotz, an ihren Vereinen hängen, ist gewiß bewundernswert.

So repräsentiert sich die Bewegung des jungen Proletariats als ein starker gutgepflegter Zweig der modernen Arbeiterbewegung, dessen Früchte bald heranreifen werden.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag 6 Uhr abends, Sonnabends — 4 Uhr abends —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Kuverts hat ein Rückblatt und eine Zahl als Rückzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erbeten. Anfragen, denen keine Abonnentenentwertung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

N. N. 220. Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie noch an, ob und welche Rindjungstiere Sie befehlen, ferner wie lange die Lebung dauern soll. — P. G. 4. 1. Das ist nicht zulässig. Die Miete müssen Sie am Fälligkeitstage zahlen. 2. Forbern Sie unter Setzung einer Frist von etwa 4 Wochen die Remoivierung unter Androhung, daß nach erfolgtem Ablauf der Frist Sie die Arbeit auf Kosten des Vermieters machen lassen werden. Sofort die Frist erfolglos verstreicht, können Sie dies auch tun. Eine Abkündigung von der Miete ist jedoch ebenfalls nicht zulässig. Sie müssen dann auf Erhaltung der Rollen klagen. An den jetzt laufenden Mieten sind Sie gebunden. Ob Sie weiterhin gebunden sind, hängt davon ab, ob ein Vertrag bereits gemacht ist oder nicht, was aus Ihrem Schreiben nicht hervorgeht. — G. P. 150. 1. Der Vertrag ist zu schreiben oder gerichtlichem Protokoll zu erklären und wird wirksam durch notariellen oder gerichtlichen Protokoll, die unmittelbar nach Einreichung der Verhandlung müssen Sie sowohl wie auch Ihre Frau zugegen sein. Die Rollen richten sich nach der Höhe des Objekts. 2. Rein gegen Sie. In dem Alimentationsprozeß können Sie sich auf das Zeugnis der Rindbesitzer berufen. Die Alimente betragen für Berlin 30—35 M. monatlich.



Als Verlobte empfehlen sich:

**Anna Both  
Max Klug**

Gewiesen bei Rohr L. Pomm.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.  
Görliizer Viertel. (Bezirk 208 I.)**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
das unsere Genossin, Frau

**Berta Bahr**

Reichenberger Straße 97, ge-  
storben ist.

**Ehre ihrem Andenken!**

Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 29. Juli, nachmittags  
6 Uhr, von der Halle des Zen-  
tral-Friedhofes in Friedrichsfelde  
aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
I. d. 5. Berl. Reichstagswahlkreis.  
Bezirk 443.**

Am 24. Juli verstarb unser  
Genosse, der Kellner

**Otto Schlagenhoff**

Georgenstraße 82.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am  
Montag, den 28. Juli, nachm. 5 Uhr,  
von der Halle des Bartholomäus-  
Kirchhofes, Falkenberger Weg,  
aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Verband der Gastwirtsgehilfen.**

Am 24. Juli verstarb unser  
langjähriges Mitglied, der Kellner

**Otto Schlagenhoff.**

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am  
Montag, den 28. Juli, nach-  
mittags 1/2 5 Uhr, von der Halle  
des Bartholomäus-Kirchhofes,  
Falkenberger Straße,  
aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Silberarbeiter

**Max Konschek**

Reichenberger Str. 35, am 24. Juli  
an Herzleiden gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 27. Juli, nachm.  
3 Uhr, von der Leichenhalle des  
neuen Gemeinde-Friedhofes in  
Neufeld, Mariendorfer Weg,  
aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.**

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Lager-  
arbeiter

**Hugo Nickel**

am 26. Juli im Alter von 50 Jahren  
verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 29. Juli, nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Pauls-Kirchhofes, Pflanzens-  
tr., aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Bezirksverwaltung.**

**Verband der Sattler u. Portefeuliers  
Ordnungsverwaltung Berlin.**

Am 20. Juli verstarb unser  
Kollege

**Albert Rudolph**

(Beruflich B. Witter)  
im Alter von 23 Jahren.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am  
Montag, den 28. Juli, nach-  
mittags 1/2 5 Uhr, von der Halle  
des neuen Pflanzenshofes, Rey-  
kowskistr., aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Dankagung.**

Für die innige Teilnahme bei der  
Beerdigung unseres unvergesslichen  
Sohnes, Bruders, Schwagers und  
Onkels

**Richard Lutze**

sagen wir allen Teilnehmern sowie  
dem Gefolge unsern tiefgefühlten  
Dank. Im Namen der Hinterbliebenen  
**W. Lutze** nebst Frau,  
Blumenstraße.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Hautleiden.  
Prinzenstr. 41, nicht am  
Moritzplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

In der Nacht zum Mittwoch, den 23. Juli, verstarb  
auf einer Geschäftsreise in Bern unser lieber Kollege  
und Abteilungsvorsteher der Stereotypie

**Herr Hermann Thormeyer**

im 48. Lebensjahre.

Sein offener und wahrer Charakter sichern ihm ein  
treues Gedenken.

Das Personal

der Buchdruckerei „Deutsche Tageszeitung“.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 29. Juli, nachm.  
5 Uhr, auf dem Gethsemane-Kirchhof in Nordend statt.

**Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.**

Am 23. Juli verstarb plötzlich auf einer Geschäftsreise  
in Bern unser lieber Kollege, der Stereotypiefaktor

**Hermann Thormeyer.**

Als ehemaliges Gauvorstandsmitglied war er stets  
bemüht, in organisatorischer und kollegialer Beziehung  
für die Interessen der Gesamtheit zu wirken, und verlieren  
wir in dem Dahingegangenen einen treuen Mitarbeiter,  
Freund und Berater.

Der Gauvorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Dienstag, den 29. Juli 1913:

**Bezirks - Versammlungen  
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin  
in folgenden Lokalen:**

**Norden: Pharmasäle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.**

**Norden: Obigios Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.**

**Norden: Frankes Festsäle, Bahstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.**

**Moabit: Prachtsäle Nordwest, Wielestr. 24, abends 8 1/2 Uhr.**

**Charlottenburg: Volkshaus, Reichenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.**

**Tegel: Restaurant Müller, Berliner Straße 84, abends 6 Uhr.**

**Westen und Schöneberg: Vereinshaus, Schönberg,  
Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.**

**Osten: Bookers Festsäle, Webersstraße 17, abends 8 1/2 Uhr.**

**Lichtenberg: Restaurant Kurkowski, Pfarrstraße 74,  
abends 8 1/2 Uhr.**

**Stralau - Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstraße 3,  
abends 8 1/2 Uhr.**

**Weißensee: Peukert, Berliner Allee 251, abends 8 1/2 Uhr.**

**Südenbezirke: Hohenstaufen-Säle, Rottbuscher Damm 76,  
abends 8 1/2 Uhr.**

**Neukölln: Bartschs Festsäle, Hermannstr. 48/49, abends  
8 1/2 Uhr.**

**Steglitz: Albrechtshof, Albrechtstr. 1a, abends 8 1/2 Uhr.**

**Köpenick u. Friedrichshagen: Restaur. Lehmann,  
Köpenick, Bahnhofsstr. 45,  
abends 8 1/2 Uhr.**

**Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannis-  
thal u. Umg.: Prochowski, Rathausstr. 13 (gegenüber  
der Post), abends 8 1/2 Uhr.**

**Spandau: Restaurant Dannenberg, Pichelsdorfer Str. 5,  
abends 8 1/2 Uhr.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

**Stellungnahme zum außerordentlichen Verbandstag.**

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

**Dresdener Kasino 96, Dresdener Str. 96.**

Abhaber: Wilhelm Kube

Am Moritzplatz 11 922.

**Säle** von 200 bis 600 Personen noch einige Sonnabende in der  
Winterhalbjahreszeit.

**Schmeitzner's  
Nährsalz = Kaffee  
KALOBION**

Kein Bohnenkaffee, sondern infolge  
richtigen Nährsalzgehaltes der gesündeste  
und billigste **KAFFEE-ERSATZ.**

Ein Segen für die deutsche Hausfrau!

Schmeckt wie Bohnenkaffee! 45 Pf. das Pfund.

Überall käuflich!

**Die reellsten und billigsten  
Möbel**

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit  
35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz, Reichenberger  
Straße 5.** Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehn-  
jähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenszahlung.

**Graumanns Festsäle und Garten**

Naunynstraße 27

Bühne mit elektrischer farbiger Beleuchtung. Sonnabende und Sonntage  
im August noch zu vergeben. Sonnabend, den 13. September, frei-  
geworden. 13302\*

**Erfrischend!**

**Durststillend!**



Köstliche, Limonaden mit wundervollem  
erfrischende Fruchtaroma kosten  
nur 1 Pf. pro Glas bei schwachem Zusatz einiger  
Tropfen **Noa's Original-Extrakt**  
zu einem Glas Wasser mit etwas Zucker.

Noa's Original-Extrakte sind in jedem Fruchtaroma  
erhältlich: Himbeere, Zitrone, Apfelsine, Erd-  
beere usw., Flasche 50 Pf.

Noa's Original-Extrakte ergeben auch herrliche Sirupe als Zu-  
satz für Weißbier od. Selters, Puddings, Speisen, Cremes usw.

**MAX NOA, Fruchtsaftpresserei,  
Berlin, Elsasser Str. 5** vom Rosenthaler Tor  
rechte Seite, drittes Haus,  
und Niederschönhausen, Treskowstraße 5/6.

**Möbel**

Der Möbelkauf ist, veräufte  
nicht, unsere Ausstellung komplett  
angeregter Winterwohnungen  
zu beschäftigen.

Unsere beliebtesten Ein- und Zwei-  
zimmer-Einrichtungen zu M. 214,  
280, 321, 432, 516 u. c. werden  
infolge der gebotenen und  
modernen Ausführung sowie  
wegen der niedrigen Preise auch  
Ihnen gefallen. Unser fünfziges  
Jahrgang von ca. 300 Einrichtungen  
bietet eine Auswahl von über-  
raschender Großartigkeit.

Wir geben weitgehendste Gar-  
antien für gute und zuverlässige  
Bedienung. Nichtgefallendes wird  
kostenlos zurückgenommen, und  
Zahlung erst beantragt, nach-  
dem Sie sich in aller Ruhe von  
der Güte unserer Lieferung über-  
zeugt haben.

Unser Umsatz von jährlich über  
4000 Lieferungen beweist am  
besten unsere Preiswürdigkeit.  
Geschäftsgrundlag: Jede Lieferung  
eine Empfehlung!

Verlangen Sie unsere Preis-  
listen mit Abbildungen von  
ca. 2000 Lieferfertigen Möbeln  
gratis und franco.

**Höfner's Möbel-Engroshaus**  
Berlin N. 201.  
Veteranenstr. 11, 12, 13.

Von der Reise zurück  
**Dr. Swarsensky, Kinder-  
Wrangelstr. 49.**  
Die orthopädischen Luxationen beginnen  
erst am 4. August.

**Spezialarzt f. Syphilis  
Harn-  
und Frauenleiden - Ehrlich - Hata.**  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere  
Heilung. Mäßige Preise. 252/2  
**Dr. med. Wockelhub, Friedrichstr. 125,  
Oranienb. Tor. Spr. 8-8, Sonnt. 8-2.**

Von der Reise zurück  
**Dr. Max Jacobsohn**  
Blumenstr. 4. 122/5

**+ Magerkeit +**

schwindet durch Haufe's Nähr-  
pulver „Thalossia“. Preisgekrönt  
Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund  
ärztlich kontrollierte Zunahme. Gar-  
unschädlich. Viele Anerk. Karton  
2 M., bei Postversand Porto und  
Nachnahmebespon extra. H. Haufe,  
Berlin - Waidmannslust 801. Depots  
in folgenden Apotheken:  
Lothringenstr. 50, Elefant-Apo-  
thek, Leipzigerstr. 74, Weiß-  
burgerstr. 53, Potsdamerstr. 23,  
Turnstr. 28, Köpenickerstr. 119,  
Bernburgerstraße 3, Frankfurter  
Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Rein-  
ickendorferstr. 1, Charlottenberg  
Bismarckstr. 81. Spandau: Pot-  
damer Str. 40.

**Billige Landparzellen,**  
Borum, direkt am Bahnhof. An  
Bauernhäuser schon mit 100 M.  
Anzahlung. 11. jährl. Teilzahlung.  
Guter Boden, Acker, Wald, Viehe.  
Große Zukunft und Besteuerung.  
Anspruch **H. Buchholz, NO,  
Aniprotelstr. 19.**

**Gardinenhaus  
Bernhard Schwartz**  
Erfüll Bezugsquelle für  
**Gardinen  
Portieren  
Teppiche**  
Gr. Volken unter Preis!  
Berlin, Wallstr. 13,  
Spindlershof.

**Merkowskis Andreas-Garten**  
Anh. Bringmann.  
Andreasstr. 26  
Fernspr. 22 948 Admitt.  
empfiehlt den geehrten Vereinen  
u. Gewerkschaften Saal in Neben-  
räumen für Versammlungen und  
Festlichkeiten.  
Sengelbahn noch einige Tage frei.

**Mohrenstr. 37**  
Kolonnaden.  
Gr. Frankfurterstr. 115

**Trauer-  
Magazin**  
Kleider, Hüte etc.  
Außerste Preise

**Farbige  
Konfektion**  
in größtem  
Maßstabe  
zu billigsten  
Preisen

**Westmann**

**Arbeitermöbel!**

Die Musterwohnung im  
Gewerkschaftshaus ist  
**geschlossen!**

Es können die Möbel aber an  
jedem Wochentage bis 7 Uhr  
abends in der Fabrik

= 20 Finghoffstraße 20 =  
Besichtigt werden. 10792

**Schwarze Kleidung**

Fertig am Lager:

Gebrock-Anzüge 70, 60, 36 M.

Smoking-Anzüge 60, 50, 40 M.

Catway u. Weste 65, 50, 33 M.

Beinkleider 18, 15, 8 M.

Fertige schwarze Kleidung  
für Knaben und Jünglinge  
in größter Auswahl

Feine Maß-Anfertigung  
in ca. 10 Stunden

**Baer Sohn**

Kleider-Werke  
Berlin, Geogr. 1961.  
Chausseestraße 29-30,  
11. Brückensstraße 11,  
Gr. Frankfurter Str. 20,  
Schöneberg, Haspelstr. 10.

**Achtung! Männer-Chor Achtung!**

**„Nord-Ost Lyrania“ 1849.**

Allen Gesangsbrüdern zur Kenntnis,  
daß unsere Übungsstunden von jetzt ab  
in

**Fürstenbergs Festsäle,**  
Frankfurter Allee 106,  
jeden Dienstag, abends von 9-11 Uhr,  
stattfinden. Stimmbegabte Herren als  
Mitglieder und Gäste stets willkommen.  
59/16 **Der Vorstand.**



**Metzner**

**Kinderwagen-Welthaus**

Metall-Bettstellen  
Balken, Kinder-  
u. Korb-Möbel etc.  
Größte Auswahl Berlins

**Andreasstr. 23 Andraasplatz**  
Chausseestr. 87 Leipzig Str. 54  
Potsdamerstr. 95 Neukölln, Bergstr. 123

**Spezialarzt**

f. Haut-, Harn-, Frauenleiden,  
neurot. Schindeln, Reintakte jeder  
Art, Ehrlich Hata - Kuren in  
u. Co. fong.  
Laborat. f.  
Blut-

**Dr. Homeyer**  
Blut-  
untersuchung, Säden i. Harn usw.  
Friedrichstr. 81, gegenüber  
Panoptikum  
Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.  
Honorar mäßig, ca. 3 Teilzahl.  
Separates Damenzimmer.

**300 Mark 1187\***  
Anzahl an verkaufte Parzellen von  
2000 R. an. 10. St. Teur elektr.  
Bahnhofsstr. 164. Rosenstr. 5 n.  
Hausen, Hauptstr. 17, Hof pt.

**Concordia-Festsäle**

**Andreasstr. 64.**

Großer Saal Sonnabend, den  
27. September, und Sonnabend,  
den 6. Dezember, frei!

**Garbáty  
Cigaretten**

**für  
Qualitätsraucher**

Responsible Redakteur: Alfred Diepp, Neufeld. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Schwärz Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl

Liegen nur noch bis Mittwoch, den 30. Juli, zur Einsichtnahme aus, und zwar an den Wochentagen von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, am heutigen Sonntag von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags in den Turnhallen der folgenden Gemeindefschulen:

- Hagelberger Str. 34, Wahlbezirke 1-8: für die Stadtbezirke 1-78C, 118, 120 und 210-217, Waldemarstr. 77, Wahlbezirke 9-14: für die Stadtbezirke 79-117, 119 und 121-144, Strausberger Str. 9, Wahlbezirke 15-25: für die Stadtbezirke 145-201, Oberberger Str. 57, Wahlbezirke 26-35: für die Stadtbezirke 202-209, 218-254E, 258-267, 276-278 und 321, Ravenstr. 12, Wahlbezirke 36-48: für die Stadtbezirke 255-257, 268-275, 279-320C, 322-326D.

Jeder steuerzahlende Einwohner sollte sich überzeugen, ob sein Name in der Liste aufgeführt ist.

Partei-Angelegenheiten.

Die Genossinnen der 33. Abteilung veranlassen am Montag, den 28. Juli, einen Familienausflug nach Restaurant Bierdebusch, Station Sadowa. Treffpunkt 8 1/2 Uhr früh, Bahnhof Nummelsburg, Bahnsteig E. Gäste willkommen. Für Nachzügler Restaurant Sadowa.

Der nächste Kinderausflug findet statt am 31. Juli. Die Kinder fahren mit dem Krenfer nach Schulendorf. Abfahrt pünktlich 8 1/2 Uhr Rangardstraße, Ecke Carmen-Elbe-Straße. Kinder, welche daran teilnehmen wollen, müssen sich bis Dienstag melden (siehe Plakate) und zahlen pro Kind 20 Pf., wofür sie außer Erfrischungen Kaffee und Kuchen bekommen. Der Abteilungsleiter.

Die Wahlvereinsversammlung findet am Dienstag, den 29. Juli, abends 8 Uhr, in den Neuen Rathauskafé, Reiningersstr. 8, statt. Tagesordnung lautet: Der Jenaer Parteitag. Anträge, Vorschläge zur Delegation. Vereinsangelegenheiten und Wahl der Delegierten für Groß-Berlin und der Kreis-Generalversammlung. Verschiedenes.

Die Wahlvereinsversammlung findet am Mittwoch, den 30. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Witte Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Der bevorstehende Parteitag und evtl. Anträge dazu. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Wahlvereinsversammlung findet am Dienstag, den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Wohlfahrt, Eichhornstr. 18, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. J. Rosen über politischen Massenstreik. 2. Anträge zum Parteitag.

Die Wahlvereinsversammlung findet am Montag, den 28. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal von Wohlfahrt, Eichhornstr. 18, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag. 2. Stellungnahme zur Verbands-Generalversammlung. 3. Verschiedenes. - Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Wahlvereinsversammlung findet am Dienstag, den 29. Juli, abends 8 1/2 Uhr, außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins im Schwarzen Adler (Arnhold), Frankf. Chaussee. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag. 2. Stellungnahme zur Verbands-Generalversammlung. 3. Verschiedenes. - Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Wahlvereinsversammlung findet am Dienstag, den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Wohlfahrt, Eichhornstr. 18, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Wahlen zum Vorstand. 3. Die Aufgaben des Parteitag. Referent Genosse H. Ströbel. 4. Wahlen zur Kreis- und Verbands-Generalversammlung. 5. Bericht der Untersuchungs-Kommission über das Nichtwählen einiger Parteigenossen bei der Landtagswahl.

Die Wahlvereinsversammlung findet am Mittwoch, den 30. Juli, im Lokal von H. Schulz, Wühlensstr. 21, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Die Deutung der letzten Parteivorlage. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Paul Göhre.

Die Wahlvereinsversammlung findet am Dienstag, den 29. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Kurfürsten“, Berlinerstr. 102, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag. 2. Ortsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. - Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Wahlvereinsversammlung findet am Sonntag, den 27. Juli, im Restaurant „Schloß Schönhausen“ in Rieder-Schönhausen, Linden- und Kaiserin-Augustastr. Ecke das Sommerfest des Wahlvereins statt. Mitglieder und deren Frauen, die vierzehn Tage arbeitslos sind, haben nach Ausweis freien Eintritt.

Die Wahlvereinsversammlung findet am Sonntag, den 28. Juli, im Restaurant „Schweizerhaus“ statt. Anfang 2 Uhr. Großer schattiger Garten. Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.

Die für Dienstag, den 29. Juli, geplante Dampferpartie nach Babelsberg findet am Dienstag, den 29. Juli, statt. Treffpunkt: 8 1/2 Uhr bei Wilhelm Schulze, Schubertstr. 30.

Berliner Nachrichten.

Liebhaver-Jäger.

Es ist ein eigenartiger und nicht der schlechteste Menschenschlag, der im Sommer den Herdenwohnern weit aus dem Wege geht und möglichst einsame Erdenstellen aufsucht, um der Liebhaberei nach sonst wenig begehrten Jagdtrophäen zu fröhnen. Die stillste, erhabenste Waldabgeschiedenheit ist diesen menschenfeindlichen Waldmännern gerade recht. Dieb und teurer sind ihnen Waldgebiete, die nur der Fuß des Förstlers und der Goldfäller selten betritt. Hier ist ihre Domäne, weil auch der jagdbare Kleinotter aller Art die Orte scheut, wo im Sommer sich viele Menschen zusammenfinden pflegen. Seit ihm schon mal durch den abendlichen Himmel verflucht ist, die Baumrinden wie schwarze Gespenster ihre Arme nach uns ausstrecken, Eulen und Fledermäuse flattern, die Wege nur dem geübteren Auge erkennbar sind und versprengte Mondstrahlen magisch durch die Tannen leuchten? Herrlich ist es. Mit dunklem Schwoigen kündigt sich die Majestät der Nacht an. Dort drüben blüht wie ein Glühwürmchen ein winziges Licht. Neugierig nähern wir uns, sehen zu unserem Erstaunen einen Mann gemächlich am Wege neben einer Windlampe lauern. Und um das einlam leuchtende Waldlicht, das zuweilen wohl auch ein Reh anlockt, wirbelt es wie schwarze und weiße Fladen. Tüchtige Schmetterlinge, aus süßem Schläse geschleudert, fliegen zu sicherem Untergang ins blendende Licht, dem klugen Sammler eine leichte Beute. Ruhig läßt er die

Tiere sich ermüden, bis sie kraftlos niedersinken und mit aller Behutsamkeit, damit die schillernden Flügel keinen Schaden erleiden, dem Behälter einberleibt werden. Prachtigste Falter, die am Tage nur mit größter Mühe zu erlangen wären, werden so in großer Zahl gewonnen. Der Sammler verbindet das Angenehme mit dem Nützlichen, indem er hervorragend schöne Dubletten in der Berliner Schmetterlingsbörse zum Kauf stellt. Da sieht man erst, welchen Reichtum an Schmetterlingen unsere märkischen Gefilde bieten. Es sind Dutzende von Gattungen, und wer Glück hat, entdeckt immer neue Spielarten in Farbe und Zeichnung. Andere Sammler suchen die Gewässer ab, am liebsten kleine Waldweiber, versteckte Lämpel und Sumpfböden. Sie sind mit den Eigenheiten des Iribelnden Wassergetiers eng vertraut und besitzen im Einfangen eine erstaunliche Routine. Herrlich gepflegte Molche, die in Sumpflöchern hausen, eigroße Schwimmläfer und selbst Schildkröten werden so erjagt und teils für den eigenen Sammelzweck verwendet, teils an andere Liebhaber abgegeben. Sehr begehrt sind die fingerlangen Hirschkäfer mit ihren starken Gebeinen. Sie finden sich nur in größeren Eichenwäldern und stehen bei ihrer verhältnismäßigen Seltenheit in der Mark hoch im Kurse. Noch seltener ist in unserer märkischen Heimat die grüne Eidechse, dagegen leider recht zahlreich vertreten die Kreuzotter, deren Erjagen dem Geübten ganz gefahrlos erscheint. Der Otternjäger läßt das so überaus giftige Reptil in einen alten Füllhut becken, hält es gleich hinter dem Kopf geschnitten mit einer Holzgabel am Boden fest und tötet das Tier nun leicht oder befördert es in einen bereitgehaltenen, eigens konstruierten dicken Sad. Lebende Kreuzottern finden guten Absatz bei wissenschaftlichen Instituten oder in zoologischen Handlungen, die auch die lebend schwer einzufangenden Eichhörnchen gern abnehmen. Für Kreuzottern zahlt die Regierung eine kleine Prämie, ebenso für die gefährlichen Räuber unserer Landschaft, die Fischotter und den Fischreiher. Während die Jagd auf alle diese Tiere frei ist und der Förster es gar nicht ungern sieht, wenn ein mit Jagdschein versehener Laie auch mal einem Fuchs den Balg mit Pulver austräufert, werden Vogelfänger mit Recht verfolgt. Unseren Singvögeln, denen schon vom Raubgetier des Waldes arg nachgestellt wird, gebührt der weiteste Schutz. Trotzdem kommen ja noch genug gefiederte Sänger als Gesangsene im Käfig in den Vogelhandlungen wieder zum Vorschein. Das Raubtier Mensch gönnt ihnen nicht die Lust und die Freiheit des herrlichen Waldes.

Was bedeuten Subventionsbeiträge?

Die Subventionsbeiträge sind eine Art Ablösung für die den Grundeigentümern im Frieden geleglich obliegende Quartierlast. Nach diesen geleglichen Bestimmungen wären allein die Grundeigentümer verpflichtet, die erforderlichen Quartiere für das Militär herzugeben oder, falls sie dazu infolge von Vermietungen außerstande sind, andertweitig auf ihre Kosten zu beschaffen. Die Stadt Berlin hat ihnen aber diese Unbequemlichkeit insofern abgenommen, als sie selber nach dem Ortstatut vom 24. Januar 1885 die Unterbringung der einquartierenden Truppen in den von ihr gemieteten Quartieren und Stallungen veranlaßt, wogegen die Grundeigentümer nach Abgabe des Aukertrages ihrer Grundstücke die Subventionsbeiträge zu zahlen haben.

Diese Beiträge, deren Höhe von den Gemeindebehörden festgestellt wird, stehen in die bei der Hauptstiftungskasse verwaltete Subventionskasse. Sie werden zur Bezahlung der Einquartierungslosten verwendet und nur dann erhoben, wenn die Mittel der Kasse erschöpft sind. Die letztmalige Erhebung der Beiträge hat im Januar/März 1906 stattgefunden. Voraussichtlich werden auch die jetzt für April/Juni d. J. erhobenen Beiträge auf Jahre hinaus reichen, da im Frieden größere Einquartierungen nur in außerordentlichen Fällen wie im Herbst v. J. aus Anlaß des Kaisermandivers des 3. Armeekorps zu erwarten sind. Für Kriegszwecke kommen die von den Grundstückeigentümern aufzubringenden Subventionsbeiträge nicht in Frage, da im Kriege auch den Mietern die Quartierlast obliegt.

Auf den Ferienpielplätzen.

Der Besuch der Kinder auf den Ferienpielplätzen wechelt an den verschiedenen Tagen der Woche recht stark. Der stärkste Besuch ist am Dienstag zu verzeichnen. Das läßt darauf schließen, daß viele Kinder am Sonntag mit den Eltern ausgehen und am Montag länger schlafen. Gegen Ende der Woche flaut die Beteiligung merklich ab und am Sonnabend ist sie am schwächsten. Der Grund ist ganz klar. Den Eltern fehlen die Mittel, um die Kinder eine volle Woche nach den Spielplätzen zu senden. Das tritt besonders dort stark in die Erscheinung, wo die Kinder 20 Pf. Fahrgehalt opfern müssen. Eine Arbeiterfamilie mit mehreren Kindern kann es in solchen Fällen gar nicht durchsetzen, ihren Kindern eine volle Woche hindurch die Wohlthat des Besuchs der Ferienpielplätze zuteil werden zu lassen. Wir haben gestern in Blankensfelde auf den beiden großen Plätzen im ganzen etwa 1600 Kinder, die, wie um Spielleiter versicherten, in der Hauptsache auf Freilarten gekommen waren. Nach den Plätzen in Blankensfelde haben die Kinder nach Abschluß der Straßenbahnfahrt noch einen ganz hübschen Weg zurückzulegen, weil die meisten von Nordend laufen müssen; bei der jetzigen Witterung allerdings ein unangenehmer Spaziergang. Auf den Plätzen selber herrscht Ungezogenheit und Frohsinn. Die strenge Schulzucht ist ausgeschaltet, die Kinder können sich geben, wie sie sind. Man sieht auch auf den ersten Blick, welche Kinder den Spielplatz schon länger besuchen, und welche Kinder „neu“ sind. Die Gesichtsfarbe verrät. Jene braun wie die Keger, diese noch bleich und blaß. Aber wenn die Letzgelkommenen die Zeit noch wahrnehmen können, werden auch sie bald anders Farbe annehmen.

Es wäre zu wünschen, daß recht viele Kinder in die Lage kommen, diese Aussenpielplätze besuchen zu können. Sie kommen von der Straße und sie erholen sich zusehends. Vielleicht überlegt es sich die städtische Verwaltung endlich, den Kindern diese Ferienfreude in größerem Maße als bisher zugute kommen zu lassen durch größeres Entgegenkommen an die Eltern. Würden durchschnittlich 10 Pfennig für das Kind und für den Tag von den Eltern verlangt bei Ausdehnung der Verabfolgung von Freilarten, so würde sich der gesamte Betrieb glatter und rationeller abwickeln und die Beteiligung würde erheblich größer sein können als bisher. Uns scheint, daß heute da und dort etwas zu großer Fiskalismus und Kleinliche Kontrolle obwaltet und den Spielbetrieb erschwert.

Wir sind überzeugt, daß nach unserem Vorschlage der Spielbetrieb sich noch mehr heben dürfte und zahlreicheren armen Kindern genützt werden könnte. Die Sache selber ist so gut, daß wir ihre Ausdehnung nur wünschen können.

In den letzten Tagen haben sich in Blankensfelde und in Wartenberg bedauerlicherweise einige Unfälle ereignet. In Wartenberg kletterte ein Junge kurz vor der Abfahrt in der dort vorhandenen Unterfahnhalle an einem Balken empor, entgegen dem Verbot,

stürzte herunter und brach sich ein Bein. Der Junge wurde sofort verbunden und in ärztliche Behandlung gebracht. In Blankensfelde fiel ein Junge beim Rausen hin und brach sich ebenfalls ein Bein, ein anderer fiel auf die Hände und zog sich einen Armbruch zu. Die Betroffenen Eltern waren natürlich über diese unangenehmen Vorkommnisse sehr erschrocken und wurden recht schmerzhaft berührt. Am peinlichsten ist es aber den Spielleitern, wenn Unfälle sich ereignen. Aber hinter jedem Kinde kann auch ein Spielleiter nicht her sein. Ist es doch vorgekommen, daß ein Junge einen Stein in die Höhe warf, der ihm selber auf den Kopf fiel und ihn nicht unerheblich verletzte. In den Vorjahren sind bemerkenswerte Unfälle nicht vorgekommen. Hoffen wir, daß es mit den bisherigen sein Bewenden hat. Es sind unglückliche Zufälle, für die man kaum jemand verantwortlich machen kann; wenn sie aber ausbleiben, ist es im Interesse der Beteiligten und des Spielbetriebes besser.

Zum öffentlichen Baden freigegeben ist jetzt: 1. Raufangwerber-See bei Juchener See bis Schmöditz, 2. Großer Zug- und Krossin-See auf beiden Seiten. Motorfahrer nicht her sein. Ist es doch vorgekommen, daß ein Junge einen Stein in die Höhe warf, der ihm selber auf den Kopf fiel und ihn nicht unerheblich verletzte. In den Vorjahren sind bemerkenswerte Unfälle nicht vorgekommen. Hoffen wir, daß es mit den bisherigen sein Bewenden hat. Es sind unglückliche Zufälle, für die man kaum jemand verantwortlich machen kann; wenn sie aber ausbleiben, ist es im Interesse der Beteiligten und des Spielbetriebes besser.

Beim Baden ertrunken

Ist am Freitag im Freibad bei Rahnsdorf ein in den mittleren Jahren stehender Mann. Obwohl Angestellter im Freibad mit einem Kahn die Stelle absuchten, konnte die Leiche noch nicht gefunden werden. Allem Anschein nach handelt es sich um einen Angestellten der A. E. W., der sich in der Erholungsstätte in Sadowa aufhielt und einen Absteher nach dem Freibad gemacht hatte. An der Stelle, wo der Mann ertrunken ist, ist es sehr tief und es wurde von Badegästen die Ansicht ausgesprochen, daß an der Stelle zur Vorsicht gemahnt werden sollte.

Drei Malerlehrlinge durch Gas vergiftet.

Eine Gasvergiftung, bei der drei blühende Menschenleben in größter Gefahr schwebten, hat sich in dem Hause Pappelallee 25 zugetragen. Dort besitzt der Maler und Dekorateur Franz Schulz ein Atelier, in dem auch drei Lehrlinge beschäftigt sind. Gestern wurde für die Lehrlinge ein Bad hergerichtet und alle drei suchten gemeinsam die Badestube auf. Nachdem sie ein Bad genommen, machten sie sich auch an dem Gasbad zu schaffen. Bald öffnete ihn der eine, bald der andere. Der Gas blieb schließlich offen stehen und während sich die jungen Leute ankleideten, strömten die Gase in großen Mengen aus der breiten Öffnung heraus. Die drei Lehrlinge, der 15jährige Ernst Diegel, Schlemmerstr. 21, der gleichaltrige Hugo Klein, Juchener Str. 18 und der 14jährige Herbert Stürpe, Kochstr. 17, brachen bald bestimmungslos zusammen. Dem Meister fiel es auf, daß die Lehrlinge gar nicht wieder die Badestube verließen. Als sich dann ein verdächtigter Gasgeruch bemerkbar machte und niemand auf die Zurufe des Meisters hörte, brach der letztere die Badestütur gewaltsam auf. Er fand alle drei jungen Leute leblos auf dem Erdboden liegend vor. Ein aus der Nachbarschaft herbeigerufener Arzt bemühte sich über eine Stunde lang um die Verunglückten, bis er endlich Erfolg haben sollte. Die drei jungen Leute liegen jetzt krank danieder.

Pferd und Wagen gestohlen.

Ein dreifacher Fahrwerksdiebstahl ist nach einer längeren Pause wieder einmal verübt worden. Der Landwirt Kämpfer konnte gestern früh einen Kutscher mit einem Gespann nach der Markthalle in der Adlerstraße. Der Mann nahm mit anderen Fahrwerksleuten in der stillen Elisabethstraße Aufstellung, um seine Angelegenheiten zu besorgen. Als er nach kurzer Zeit wiederkam, war das Gespann spurlos verschwunden. Der Bestohlene erleidet einen Schaden von über 2000 M. Auf die Wiederbeschaffung des Wagens und der Pferde schreibt er eine angemessene Belohnung aus. Der grüne Kastenwagen, der einen überdeckten Kutscherstuhl hat und auf Federn ruht, war bespannt mit einer zehnjährigen schwarzbraunen Stute und einem achthährigen hochbeinigen Fuchswallach. Beide Pferde sind coupirt. Besondere Zeichen haben sie nicht. Von dem Verbleib des Gespanns ist noch keine Spur gefunden.

Zu der Pockenkrankung.

Im Laufe des gestrigen Vormittags wurde das ganze Hans, in dem die Kranke wohnte, desinfiziert. Der Krankenwagen von Mänzel wurde sofort von der Städtischen Desinfektionsanstalt von allen Ansteckungsstoffen gereinigt.

Eine Pockenkrankung mit tödlichem Verlauf wurde auch vor 6 Wochen in Berlin festgestellt. In dem Hause Chaussee 45 erkrankte die Frau des Konteurs Windolat, als sie von einer Auslandsreise hierher zurückgekehrt war. Frau Windolat, die Artistin ist, brachte einen Ausschlag mit, den man zuerst als Windpocken ansah. Der Ausschlag heilte auch bald. Dann erkrankte aber die Mutter der Frau, die damals 69 Jahre alt Witwe Firsch. Ein Arzt behandelte sie auf Gallensteine und Bauchfellentzündung. Ihr Zustand verschlimmerte sich aber plötzlich und wenige Tage darauf verstarb sie. Im Schauhaus, wohin sie zur Feststellung der Todesursache gebracht wurde, erregte ihr Aussehen bei dem Leiter des Schauhauses, Dr. Koestly, der Arzt ist, sofort den Verdacht, daß die Frau an den schwarzen Pocken gestorben sei. Der Gerichtsarzt Dr. Strauch und der Kreisarzt Dr. Lindemann bestätigten auch den Verdacht. Auch hier wurden sofort alle Vorsichtsmassregeln getroffen, alle Personen, die mit der Frau in Berührung gekommen sind, wurden gemischt und die Wohnräume und das Schauhaus desinfiziert. Ein weiterer Fall war denn auch in der dortigen Gegend, wo die Pocken einige Verunruhigung hervorgerufen, nicht mehr zu verzeichnen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern mittag in der Fabrik von Gebrüder Arndt in der Fennstraße. Dort geriet ein Arbeiter der Gusspugerei in die Transmissionsrinne und wurde von der Welle mehrere Male herumgeschleudert. Er stieg erst herunter, nachdem die Welle ihm buchstäblich vom Leibe gerissen waren. Schwer verletzt wurde der Kernste nach dem Augustahospital in der Schornhorststraße gebracht.

Ein Major vor dem Oberkriegsgericht.

Die Tragödie in der Militärschwimmhalle in Pichensee, wobei ein Grenadier den Tod in den Fluten fand, führte gestern vor dem Oberkriegsgericht des Garderegiments zu einem Raufspiel. Die Anklage richtete sich gegen den Vorstand der Schwimmhalle Major v. Dressow vom 4. Garderegiment. Die Anklage legte ihm zur Last, in schuldhafter Weise die ihm obliegende Beaufsichtigung Untergebener verabsäumt zu haben.

In erster Linie wurde für den traurigen Vorgang der aufsichtführende Leutnant v. Schod verantwortlich gemacht. Ihm wurde vorgeworfen, er habe ungehorsam gegen einen Befehl in Dienstsachen begangen und dadurch die Gefahr eines erheblichen Nachteils herbeigeführt. Leutnant von Sch. wurde dessentwegen auch kriegsgerichtlich zu sechs Wochen und einem Tag Festungshaft verurteilt. Aber auch den Vorstand der Militärschwimmhalle, Major von Dressow, suchte man zur Verantwortung heranzuziehen. Auch gegen ihn wurde Anklage erhoben, und zwar wegen schuldhafter Verabsäumung der ihm obliegenden Beaufsichtigung Untergebener. Das Kriegsgericht gelangte auch bei ihm zur Verurteilung und erkannte

auf drei Tage Stubenarrest. Während sich Leutnant von Schad sofort bei dem Urteil beruhigte, legte Major von D. Berufung beim Oberkriegsgericht des Gardekorps ein. Gestern wurde der Major freigesprochen.

Den Tod im Wasser suchte und fand Freitagabend ein junges Mädchen. Passanten sahen, wie die Lebensmüde am Gartenufer, in der Nähe der Stadtbahn, in den Landwehrkanal sprang. Sie machten sich sofort an ihre Rettung, vermochten sie jedoch nur als Leiche aus dem Wasser zu ziehen. Nach Papieren, die man bei der Toten fand, handelt es sich um ein erst 17 Jahre altes Dienstmädchen Erna Anabe. Ihre bisherige Wohnung ließ sich noch nicht feststellen. Die Leiche befindet sich im Schanzenpark.

Ein Opfer seines Berufes ist der 33 jährige Fischer Ernst Schulz aus Diensdorf geworden. Er wollte am Freitag mit noch einem Kollegen in einem Motorboot Fische nach Berlin bringen. Raum hatten sie sich einige Hundert Meter entfernt, als ein starkes Gewitter heraufzog. Durch einen Blitzschlag erlitt er Sch. demnach, daß er über Bord fiel. Seine Kollegen suchten ihn später als Leiche aus dem Wasser. Er hinterläßt eine Frau und zwei Kinder.

Für Wandersfreunde. Vernünftiges Wandern ist eine Kunst, die wie andere Künste auch, erlernt werden muß. Wandern heißt schauen und beobachten und in Schauen und Beobachten genießen und lernen. In der Deutschen Bibliothek und Lesehalle, 50 Abalberstr. 41, sind Anleitungen, sowie zahlreiche Karten und Führer, ferner viele illustrierte Werke und Zeitschriften über Naturwissenschaft, Länderkunde, Volkskunde, Geschichte, Volkswirtschaft usw. vorhanden, die in den Abendstunden von 8 1/2-9 1/2 und Sonntags vormittag von 9-1 Uhr vollkommen unentgeltlich ausgeliehen werden.

Im Berliner Frater-Theater, Rosinien-Allee 7-9, gelangt am Montag, den 28. Juli, die Ausstattungspose „Bummelmädchen“ von Max Gebe, Musik von Hugo Hirsch und Harry Schreyer, zum 76. Male zur Aufführung.

Gefunden wurde in der Königgräber Straße, Ecke Hedemannstraße ein Portemonnaie, enthaltend außer Geld einen Trauring, gezeichnet L. K. Abzuholen bei Eichbaum, Schöneberg, Eberstr. 20a.

Strassenperierung. Die Alexanderstraße ist von der Kleinen Alexanderstraße bis Prenzlauer Straße wegen Pflasterungsarbeiten vom 28. d. M. bis auf weiteres für Fuhrwerke und Lastwagen gesperrt.

Die Mühlstraße ist von der Kaiser-Wilhelm-Straße bis zur Kl. Alexanderstraße ebenfalls wegen Pflasterungsarbeiten vom 28. d. M. bis auf weiteres gesperrt.

Der Kraft- und Artisten-Klub „Teutonia 94“, Weihensee, ersucht um unter Bezugnahme auf unsere Notiz unter Spiel und Sport am Sonnabend um Aufnahme folgender Verichtigung: 1. Die Veranstaltung findet statt vom Kraft- und Artisten-Klub „Teutonia 94“, Weihensee, Mitglied des 1. Athleten- und Artistenverbandes Berlins und Umgebung, gegr. 1896, sowie des Freien Bundes Deutscher Athletenverbände, Sitz Berlin. 2. Wir gehören keiner Korporation an, welche am Deutschen Stadion in Berlin betätigt ist. 3. Mit dem Jungdeutschland stehen wir oder haben wir bis dato in keiner Verbindung gestanden, auch beabsichtigen wir für fernere Zeiten nichts Derartiges. 4. Für etwaige Unfälle leistet der Arbeiter-Samariterbund seine Dienste, da der 1. Athleten- und Artistenverband Berlins und Umgebung, gegr. 1896 (wo wir Mitglied sind), selbst Mitglied ist.

Wer ist der Tote? Aus dem Spandauer Schiffschleusenkanal gelangt wurde bei Ploegensee die Leiche eines unbekanntes, etwa 25 Jahre alten Mannes. Der Tote ist ungefähr 1,75 Meter groß und kräftig, hat ein rundes Gesicht und dunkelblondes, hochgelammtes Haar und trägt eine dunkelgefärbte Hose, ein blaues Jackett, eine schwarze Weste und schwarze Gummistiefel. In der Tasche hatte er eine Schlüsselkette, die die Nummer 299 925 trägt, mit einer wertvollen Kette. Die Leiche wurde nach der Halle des Gemeindefriedhofes in Ploegensee gebracht.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

#### Hochbaudeputation und Arbeitslosigkeit.

In der am Freitag abgehaltenen Sitzung der Hochbaudeputation kam es, anlässlich der Vergabe der Erd- und Maurerarbeiten für den Neubau der Gemeindepflichtschule in der Oranienstraße zu einer Erörterung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und der damit im Zusammenhang stehenden Verufe. Der Vertreter unserer Fraktion erinnerte hierbei an die Wünsche der hiesigen Handwerksmeister, welche als bisher bei der Vergabe von händischen Arbeiten berücksichtigt zu werden und bemerkte, daß auch die ortsanfässigen Arbeiter und Gesellen wünschen von solchen Arbeiten zu profitieren, um in ihrer Existenz und Steuerkraft nicht geschwächt zu werden. Es sei daher angebracht, bei der anormalen Lage des Baugewerbes den Submittenten, die den Zuschlag erhalten, die Verpflichtung aufzuerlegen, soweit als tunlich ihren Bedarf an Arbeitskräften aus den Reihen der in der Stadt wohnenden Arbeiter zu decken.

Vom Magistrat wurde erwidert, daß eine solche Verpflichtung den Unternehmern schon seit Jahren durch „Allgemeine Bestimmungen für die Ausführung von Bauten usw.“ auferlegt sei. Es heißt darin:

Es wird den Unternehmern anheimgegeben, ihre Arbeitskräfte durch den hiesigen Arbeitsnachweis zu beziehen. Der Unternehmer ist verpflichtet, auf der Arbeitsstelle möglichst solche Arbeiter, Gesellen und Poliere zu beschäftigen, welche in Charlottenburg wohnen. — Dem Unternehmer ist auf der Arbeitsstelle die Beschäftigung von ungelerten Arbeitern, welche Ausländer sind, untersagt, es verfallt in jedem einzelnen Falle der Zuwiderhandlung in eine Strafe von 5 M. für jeden Arbeiter. Würde auch niemals verlangt, daß Unternehmer ihre alten Arbeiter entlassen sollen, so werde aber bei Neueinstellungen durch Einsichtnahme in die Listen eingehend Kontrolle geführt über den Wohnsitz der Arbeiter, um so die Durchführung der Bestimmungen zu sichern. Herr Stadtrat Samitz hält es, in Anbetracht der Konsequenzen, die die Benutzungsbeschränkung des Wunsches unserer Genossen nach sich ziehen könnte, für bedenklich darauf einzugehen, sprach aber unter allgemeiner Zustimmung der Deputation den Wunsch aus, alle Bauprojekte schleunigst zur Reife zu bringen, um schnellstens mit den Bauten beginnen zu können. Es wäre dadurch möglich, die Arbeitslosigkeit zu mildern. Er verwies dabei auf Danzig, wo die private Bautätigkeit vollständig daniederliege, aber sehr viel händische und industrielle Bauten in Angriff genommen worden seien. Des weiteren teilt er mit, daß schließlich in diesem Jahre noch mit der Herstellung des Volksparks in der Jungfernheide begonnen werden wird und so dadurch für einige Tausend Arbeiter Brot geschaffen werde. — Einen Beweis selbst von der tieftraurigen Lage des Baugewerbes gab das Resultat der Ausschreibung der obgenannten Arbeiten. Es waren 29 Angebote eingegangen, die zwischen 84 244,50 und 188 588,00 M. schwanken. Der Mindestbietende erhielt den Zuschlag nicht, da er teils Einheitspreise eingeleistet hatte, welche, wenn er regelrechte Löhne zahlen wollte, keinen Verdienst für ihn abwerfen konnten, aber über ihn Veranlassung geben könnten, dieselben weit unter das normale Maß zu drücken.

Sollten und dürfen die Arbeiter Charlottenburgs auch nicht verlangen, daß schließlich die Stadt mit einer Umwechslung ver-

sehen wird, um andere Arbeiter nicht einzulassen, so ist aber wohl zu verstehen, daß sie auf händische Arbeiten Anspruch erheben. Sie haben es auf Grund der Verhandlungen in der Hand, darauf zu achten, daß ihren Wünschen in der jetzigen Zeit Rechnung getragen wird.

### Schöneberg.

Ein Sommerfest veranstaltet der Schöneberger Arbeiter-Turnverein heute Sonntag in sämtlichen Räumen der Neuen Rathausstraße. Eintritt 25 Pf., Kinder frei. Anfang 4 Uhr. Die Kaffeeküche ist ab 3 Uhr geöffnet. Um regen Besuch wird gebeten.

### Wilmerdsdorf.

Die Freie Turnerschaft Wilmerdsdorf unternimmt am kommenden Dienstag, den 20. d. M., eine Schülerturnfahrt nach dem Grunewald. Abmarsch vormittags 9 Uhr von der Apotheke in der Wilhelmstraße. Den Schülern ist Essen und Trinken für den ganzen Tag, 10 Pf. Fahrgehalt und Legitimation mitzugeben. Erwachsene ist gern gestattet, an der Partie teilzunehmen. Rückkehr um etwa 7 Uhr. Die Arbeiterkinder werden ersucht, ihre Kinder recht zahlreich an der Partie teilnehmen zu lassen.

Am 10. August wird eine Familienpartie nach dem neuen Botanischen Garten in Dahlem veranstaltet, dortselbst Beschäftigung unter sachmännlicher Leitung. Nachdem Familienkassen im Vorkursus in Steglitz. Kinder unter zehn Jahren haben zum Botanischen Garten keinen Zutritt und werden für diese so lange Spiele veranstaltet. Der Zutritt ist gänzlich frei und sollte sich kein Genosse diese Sehenswürdigkeit entgehen lassen. Abmarsch mittags 1 Uhr vom Restaurant Sella, Brandenburgische Str. 60.

### Brig.

Erklärung. Das in Brig vorbereitete Verbot: Der Genosse Karl Schmidt, Neulöhler, Juliusstr. 39 wohnhaft, habe in Berningrode Streichbruch geübt, entbehrt, wie nach eingehender Prüfung festgestellt wurde, jeder Begründung. Die Schiedskommission des Wahlvereins Brig. J. A.: Alfred Schröder.

### Lichterfelde.

Der Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“, Ortsgruppe Lichterfelde, feiert heute im Stablissemment „Birkenwäldchen“, Schützenstraße, ein Sommerfest, verbunden mit sportlichen Aufführungen und Auftreten des Berliner Humor-Quartetts.

Der Arbeiter-Turnverein „Froh und Frei“ feiert heute sein fünfzehnjähriges Stiftungsfest. Nachmittags Schauturnen auf dem Festplatz, Nieten-Straße, Lantw. Abends Ball bei E. Richter, Schauffeestr. 104.

Nachmittags 1 1/2 Uhr gemeinsamer Festzug vom „Birkenwäldchen“.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Dienstag, den 29. Juli, abends 8 1/2 Uhr bei Erpel, Berliner Str. 129 statt.

Die Genossinnen veranstalten heute nachmittags 3 Uhr bei Erpel ein Kaffeelocher, verbunden mit Kinderspielen unter Aufsicht der Genossinnen.

### Lantw.

Der Bildungsausschuss veranstaltet am Sonntag, den 27. Juli, einen Familienausflug nach Lichterfelde. Dasselbst Kaffeelocher, Spiele für Jung und Alt. Treffpunkt bei Schulz, Mühlenstraße, 1/2 2 Uhr. Abmarsch 2 Uhr. Radsportler treffen sich im Gartenrestaurant Bahnhof Lichterfelde.

### Mariendorf.

Der nächste Ferienausflug nach Treptow findet am Dienstag, den 29. d. M. statt. Treffpunkt um 12 Uhr am Rathaus, Abfahrt vom Ringbahnhof Tempelhof bis Baumgartenweg. Fahrgehalt 20 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Bepfer und Abendbrot ist den Kindern mitzugeben.

Spielt wird jetzt Sonntag vormittags von 9-12 Uhr auf dem Spielplatz und Freitag von 4-7 Uhr an den Schapelbergen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen. Lubars-Waldmannstr. Montag, den 28. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Gemeindebureau, Kirchhofstraße. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Jugendbewegung.

### Die Kenntnisse eines Weltblattes.

Die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 245) widmet dem Kampfe um die Jugend einen Leitartikel. Sie erwähnt die Unternehmer, sich noch mehr der gelben Jugendpflege anzunehmen. Sie begründet diese Forderung unter anderem wie folgt:

Es läßt sich schließlich kaum bestreiten, daß der Arbeitgeber das lebhafteste Interesse daran haben muß, daß der gewerbliche Nachwuchs gesund an Körper und Geist ins Berufsleben eintritt; denn von der willigen und starken Mühsale der Arbeiter hängt der Fortschritt unserer Industrie ebenso ab, wie von der Umsicht der Fabrikleiter und der Tüchtigkeit der Angestellten.

Sehr schön und sehr richtig gesagt. Wenn das rheinische Unternehmerblatt aber wirklich so um die Gesamtheit der Arbeiterjugend besorgt ist, möge es doch vor allem gegen die größten Auswüchse der Jugendmissbrauchung angehen. Wichtiger als gelbe Jugendvereine wäre beispielsweise die Abschaffung der Nachtarbeit für 14 bis 16 jährige Kinder in der Schwerindustrie und die Beschränkung der Arbeitszeit für Jugendliche auf sechs Stunden. Bei solchen Forderungen hört es aber plötzlich mit dem guten Herzen für die Arbeiterjugend auf.

Die „Kölnische Zeitung“ gesteht übrigens zu, daß die Unternehmer die gelbe Jugendpflege aus Furcht vor der sozialistischen Jugendbewegung betreiben. Um die Fabrikanten zu noch größerem Eifer anzuspornen, sucht das Blatt seinen kapitalistischen Lesern einen Schrecken vor dem Anwachsen der freien Jugendbewegung einzuflöhen. Lustig ist, wie das geschieht:

Ohne daß der sogenannte Jugendlichensparagraf des Reichsvereinsgesetzes dagegen etwas ausrichten kann, geht die sozialistische Jugendorganisation ihre Wege mit Hilfe von Mittelsgliedern. Der Verband junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Sitz Mannheim, die Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands, Sitz Berlin, die Zentralstelle für die arbeitende Jugend, Berlin, umfassen mit den Verbindungen mit Partei- und Gewerkschaftsorganisationen der Sozialdemokraten und mit Hilfe ihrer Zeitungen „Die junge Garde“, „Die arbeitende Jugend“ und die „Arbeiterjugend“ alle die auf die Rehabilitierung gerichteten Absichten im ganzen Reich.

Au diesem Tage ist nur richtig, daß in Berlin eine Zentralstelle für die arbeitende Jugend besteht. Dagegen haben sich die übrigen genannten Verbände schon im Jahre 1909 aufgelöst und auch die Zeitungen „Die junge Garde“ und „Die arbeitende Jugend“ haben seit 1 1/2 Jahren ihr Erscheinen eingestellt. Wie muß es um das Wissen über die Arbeiterjugendbewegung bei den Herren aussehen, die sich herausnehmen, über diese Bewegung Leitartikel zu verfassen.

## Verfammlungen.

Der Zentralverband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter beschäftigte sich in seiner Quartalsversammlung mit dem Massenbericht und mit dem Vorgehen der Ralspazierbrauerei Groterjan. Den Massenbericht erstattete der Geschäftsführer. Die Einnahme der Zentralkasse betrug 4621,90 M., die Ausgabe 3900,19 M., darunter an arbeitslose Kollegen 1188 M., an Kranke 1541 M., an

die Hauptkasse 631,71 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 4097,34 M., die Ausgabe 1012,79 M., bleibt ein Bestand von 2184,55 M. Mitgliederbestand 627, gleich 97 Proz. aller organisierbaren Kollegen. Von dem Vorgehen der Ralspazierbrauerei Groterjan, Prinzallee 79/80, wurde berichtet, daß dieselbe nach dem Abschluß des Tarifvertrages an Stelle der Böttcher ungelernete, minderbezahlte Arbeiter zur Bedienung des Beckens und des Sprühapparats anstellte. Den Böttchern wurde das Anfechten gestellt, die Arbeiter anzulernen. Dies lehnte der in Frage kommende Böttcher ab, worauf seine sofortige Entlassung wegen Arbeitsverweigerung erfolgte. Nach mehrmaliger Verhandlung durch den Verband mußte der zu Unrecht entlassene Böttcher wieder eingestellt werden. Daraufhin klagte die Brauerei beim Einigungsamt des Gewerbegerichts. Ein Schiedsspruch wurde nicht gefällt; den Parteien wurde empfohlen, sich zu einigen. Der Brauerei wurde zugestimmt, daß sie berechtigt ist, in dringenden Fällen mit Hilfsarbeitern zu piken. Daraufhin zog die Brauerei Groterjan die Klage zurück. Nach am selben Tage wurde abermals der eine Böttcher sofort entlassen und dem zweiten Böttcher wurde wegen Arbeitsmangel gekündigt. Von der Versammlung wurde festgestellt, daß Arbeitsmangel nicht in Frage kommen kann, weil an Stelle der Böttcher minderbezahlte Arbeiter als Lohnbrüder beschäftigt werden. Früher wurden bei drei Fuhrwagen 3 bis 4 Böttcher beschäftigt, jetzt, wo acht Fuhrwagen gehen, soll nur ein Böttcher beschäftigt werden. Infolge der Unkenntnis der ungelerten Arbeiter hat sich beim Bischen schon ein Unglücksfall ereignet, der böse Folgen haben könnte. Die Versammlung war sich darüber klar, daß es sich nur um eine Lohnbrüdererei handelte.

## Aus aller Welt.

### Abermalige Alpenüberquerung im Flugzeug.

Basel, 26. Juli. Der Flieger Bider, der heute früh in Mailand den Rückflug über die Alpen nach der Schweiz angetreten hatte, passierte 6 1/2 Uhr Passo di Conaria, 2542 Meter hoch, im Gotthardmassiv, überflog um 7 Uhr Luzern und traf nach einer Zwischenlandung in Lital um 8 Uhr 15 Minuten in Basel ein.

### Folgen der ungarischen Hochwasserkatastrophen.

Nach dem Rückgange des Hochwassers kommen besonders im Komitat Säkely zahlreiche Erdbeben vor. In der Ortsgast Löbete sind allein 120, in anderen Orten vier bis 30 Häuser eingestürzt. Auf den Feldern machen sich überall große Erdsenkungen bemerkbar, so daß ein Teil der Ernte zerstört ist.

### Schweres Erdbeben auf Jamaika.

Jamaika, 26. Juli. Ein großer Teil Jamaikas wurde gestern von einem Erdbeben heimgesucht, das an Heftigkeit dem letzten großen Erdbebenunglück vom 14. Januar 1907 gleich, wenn auch der Schaden diesmal bedeutend geringer ist.

### Eine Hundertjährige vor Gericht.

Wegen Bettelns wurde dieser Tage ein uraltes Mütterchen in Mailand aufgegriffen, das angeblich keinen Unterhalt und keine Verwandten zu haben. Dem Polizeibeamten erklärte sie, sie wäre 106 Jahre alt, wisse es aber nicht ganz genau. Ihre Söhne wären alle gestorben, nachdem sie über 70 Jahre alt waren. Der Polizeibeamte ließ der Greisin ein Mitgefühl bringen und traf dann die Anordnungen für ihre Unterbringung in einem Hospiz. Wenn sie nicht glücklicherweise verstorben wäre, würde sich die Hundertjährige weiter ohne Abbruch mit Betteln durchgebracht haben: eine herrliche Gesellschaftsordnung!

### Ein Generalstreik wegen der Verfehlung eines . . . Priesters.

In weid merkwürdigen Anachronismen sich die Wirklichkeit gefällt, sieht man aus einem Generalstreik, der am 22. d. M. in dem Dörfchen Jangano in der Lombardei proklamiert worden ist. Dort hat der Erzbischof den Priester Noia verfeht, weil der Mann zu liberal ist und sich nicht zur Baglagation für den kirchlichen Kandidaten hergeben will. Die Bevölkerung hat aber den Priester gern und will ihn nicht fortlassen, deshalb hat sie den Generalstreik proklamiert. Nicht genug damit haben die Einwohner des recht industriellen Ortes sich entschlossen, den neuen Priester zu hohlstieren, falls man ihn wirklich den alten nimmt. Den, den sie haben, wollen sie nicht weg lassen, sind aber bereit, jedem neuen den Einzug in den Ort zu verwehren. Wozu nicht alles ein Generalstreik zu gebrauchen ist!

### Ein von der Anklage der Simonie freigesprochener Priester.

Wir haben seinerzeit von der Verurteilung eines Monseigneurs Cantelmo wegen Unterschlagung berichtet. Dieser sollte von einem anderen Geistlichen, einem Priester Rosciaro, 6000 Lire erhalten und sich verpflichtet haben, für diese Summe dem Zahlenden den Titel eines Monseigneur zu verschaffen. In erster Instanz wurde Cantelmo zu 2 Monaten Gefängnis und 500 Lire Buße verurteilt. Im Appell ist nun dieser Tage Freisprechung wegen mangelnden Schuldbeweises erfolgt.

### Eisenbahnkatastrophe in Dänemark.

Wie uns ein Telegramm aus Kopenhagen meldet, ist am Sonnabend nachmittag der Expresszug Kopenhagen-Esbjerg bei Bramminge entgleist. Die erste Lokomotive stürzte um, die zweite entgleiste; sämtliche Wagen mit Ausnahme des letzten sind umgestürzt. Bis jetzt sind 16 Tote und eine Anzahl Schwerverwundeter festgestellt worden. Unter den Toten befinden sich der sozialdemokratische Abgeordnete Sabros und Frau Professor Pauli aus Kopenhagen. Man befürchtet, daß unter den Trümmern noch weitere Tote sich befinden. Der Lokomotivführer und der Geizer konnten sich durch Abspringen von der Lokomotive retten. Die Verwundeten wurden nach Esbjerg übergeführt, die Toten nach Bramminge gebracht.

### Kleine Notizen.

Ueberfall durch eine Räuberbande. In Ludwigshafen drangen am Sonnabendvormittag drei Individuen in den Kassenraum der Badischen Anilin- und Sodafabrik ein, bedrohten zwei ihnen entgegenretende Beamte mit einem Revolver und verletzten den einen durch einen Schuß in den Arm. Dann raubten sie einen größeren Betrag und flüchteten damit. Bei der Verfolgung der Räuber wurde einer ergriffen, doch er erschloß sich selbst.

Ein Berliner in der Sächsischen Schweiz verunglückt. Aus Schandau wird gemeldet: In der Nähe von Rauschenstein stürzte bei einer Kletterpartie der 20 Jahre alte Mechaniker Willi Gesehus aus Berlin, der mit mehreren jungen Leuten in Schmilka weilte, ab und verletzte sich so schwer, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus in Schmilka starb. Seine Leiche wurde nach Schandau gebracht.

Ueberfahren und getötet. Am Freitag wurde auf der Bahnstrecke Stolp-Jezier der Bahnwärter Pette vom Bötterhaus 164 vom Materialzug 164 überfahren und sofort getötet. — Gleichfalls am Freitag wurde die 3 1/2 Jahre alte Tochter des Arbeiters Lippig aus Stolp vom durchgehenden Fuhrwerk des Viehhändlers Wölle



